

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

193 · November 2006

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 963

## Essay

WERNER SCHMIDT

Peter Weiss – Intellektueller in der geteilten Welt 965

## Partei ohne Bewegung

ERHARD CROME

Nach der Wahl ist vor der Wahl 974

WOLFRAM ADOLPHI

Kaderpartei. Skizze für ein HKWM-Stichwort 982

JÖRN SCHÜTRUMPF

Rosa Luxemburg, die Bolschewiki und »gewisse Fragen« 995

## Gesellschaft – Analysen & Alternativen

CAREN LAY

Abschied vom »Ernährermodell«.

Zur Familien-, Sozial- und Arbeitspolitik der Neuen Linken 1004

CARSTEN HERZBERG

Der Bürgerhaushalt –

ein Transformationsprojekt der Linken? 1015

MARCUS HAWEL

Normalisierte Außenpolitik. Zum Verhältnis

von Vergangenheitsbewältigung und der Restauration

des ius ad bellum in Deutschland 1020

## Konferenzen & Veranstaltungen

BRIGITTE HOLM

Gemeinsam sind wir Stadt 1033

## Festplatte

WOLFGANG SABATH  
Die Wochen im Rückstau 1040

## Bücher & Zeitschriften

Hermann Weber, Ulrich Mählert, Bernhard H. Bayerlein,  
Horst Dähn, Bernd Faulenbach, Jan Foitzik, Ehrhart Neubert,  
Manfred Wilke (Hrsg.):  
Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung  
(REINER TOSSTORFF) 1042

Gunnar Heinsohn, Otto Steiger:  
Eigentumsökonomik  
(ULRICH BUSCH) 1043

Christoph Henning:  
Philosophie nach Marx. 100 Jahre Marxrezeption  
und die normative Sozialphilosophie der Gegenwart  
in der Kritik  
(INGO ELBE) 1045

Matthias Steinbach (Hrsg.):  
Universitätserfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer  
im Gespräch  
(KAI AGTHE) 1046

Günther Glaser:  
»...auf die andere Seite übergehen«.  
NVA-Angehörige in Krise und revolutionärem Umbruch  
der DDR. Studie mit Dokumenten  
(22. September – 17./18. November 1989)  
(PAUL HEIDER) 1048

Mike Davis:  
Die Geburt der Dritten Welt.  
Hungerkatastrophen und Massenvernichtung  
im imperialistischen Zeitalter  
(ULRICH VAN DER HEYDEN) 1049

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (Hrsg.):  
WSI Tarifhandbuch 2006  
(MARCUS SCHWARZBACH) 1051

Bernd Hüttner, Gottfried Oy, Norbert Schepers (Hg.):  
Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte  
und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen  
(PETER BIRKE) 1052

Summaries 1054

An unsere Autorinnen und Autoren  
Impressum 1056

# VorSatz

*Haben wir eigentlich eine Regierung? Ich will mich nicht dümmer stellen, als ich bin, ich weiß natürlich, dass im Bundestag vor etwa einem Jahr eine solche gewählt worden ist. Aber mein Eindruck ist zunehmend, dass man sie nicht oder nur eingeschränkt spürt. Regiert sie auch? Dies in dem Sinne, dass sie sich um die gemeinsamen Angelegenheiten, die Probleme und das Wohl des Gemeinwesens Bundesrepublik Deutschland kümmert. Oder ist es mit der Regierung so wie mit dem Zitronenfalter, der ja bekanntlich auch keine Zitronen faltet?*

*Ob wir in einer Informationsgesellschaft leben, ist nicht gewiss, auf jeden Fall kann man sich eine Menge mehr oder weniger nützlicher Informationen beschaffen. Wie sich herausstellt, auch Informationen über die Bundesregierung, [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de). Das sieht alles ganz übersichtlich aus, man kann sich zum Bundeskanzleramt durchklicken oder zu den einzelnen Bundesministerien, zu verschiedenen Bundesbehörden usw. Man erfährt, dass es am vergangenen Freitag eine Pressekonzferenz gegeben hat, auf der über die Arbeit der Bundeskanzlerin Angela Merkel informiert wurde. Donnerwetter, denke ich, das ist es.*

*So sieht der Wochenarbeitsplan der Regierungschefin aus:*

*Der Montag wird mit einem Spitzentreffen um Familie und Wirtschaft beginnen, diverse Präsidenten von Wirtschaftsverbänden, Vorsitzende von Gewerkschaften und Wissenschaftsverbänden werden daran teilnehmen. Am Nachmittag wird Frau Merkel den mazedonischen Ministerpräsidenten Nikola Gruevski mit militärischen Ehren empfangen. Am Abend steht ein Geburtstagsempfang zu Ehren des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber auf dem Programm. Sie hat es eben auch nicht leicht.*

*Am Dienstag reist die Bundeskanzlerin nach Leipzig, sie wird am Bergfest des Bauprojektes DHL-Luftfrachtdrehkreuz Leipzig/Halle teilnehmen, mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Post AG die Baustelle besichtigen und dabei eine Rede halten.*

*Der Mittwoch beginnt mit der üblichen Kabinettsitzung, da soll es um die Vorbereitung der G7/G8-Präsidentschaft im nächsten Jahr und des G7/G8-Gipfels in Heiligendamm gehen (G7/G8 sind die sieben reichsten Länder der Erde plus Russland). Außerdem will man sich noch kurz mit der »Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt« befassen, wie die Ausbildungsmisere in unserem Land euphemistisch bezeichnet wird. Am Nachmittag geht Frau Merkel zum jährlichen Unternehmertag des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels. Am Abend wird sie die Union mittelständischer Unternehmer mit ihrer Gegenwart beehren und bei der Verleihung des Mittelstands-*

preises 2006 an den thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) die Laudatio halten, man ist halt unter sich.

Nach diesem prall gefüllten Mittwoch fängt sie am Donnerstag ein bisschen später an – Zeit zum Staub wischen. Am Abend empfängt sie die chilenische Staatspräsidentin Michelle Bachelet.

Der Freitag wird wieder stressig, da findet im finnischen Lahti ein informelles Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs statt (Warum eigentlich informell? Informelle Gruppen sind z. B. Seilschaften oder auch kriminelle Banden). Auf der Tagesordnung stehen die Innovationspolitik und die Energiepolitik in Europa, daneben die Migrationspolitik der Europäischen Union und die Lage im Sudan. Am Abend wird es ein gemeinsames Essen geben, zu dem auch der russische Präsident Wladimir Putin erwartet wird. Man mampft aber nicht einfach schweigend vor sich hin, sie wollen über Fragen der strategischen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Russland sprechen.

Was Gespräche mit Präsident Putin angeht, ist die Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Übung, sie hatte erst letzte Woche die Gelegenheit. Da es mit der »Richtlinienkompetenz« der Kanzlerin im eigenen Kabinett nicht weit her ist, hat sie diese gleich einmal am russischen Staatschef erproben wollen. Den Mord an der Journalistin Anna Politkowskaja in Moskau nahm sie zum Anlass, für Russland Pressefreiheit als Bestandteil und Voraussetzung für Demokratie anzumahnen. Putin reagierte gelassen, der Mord an Anna Politkowskaja habe Russland mehr geschadet als ihre Artikel. Das kann man als zynisch ansehen, aber es wird wohl zutreffen. Das wäre in Deutschland auch nicht anders, wobei dahin gestellt bleiben soll, ob wir gegenwärtig eine Journalistin oder einen Journalisten vom Profil der Ermordeten haben.

Was gibt es noch an Regierungstätigkeit zu vermelden? Zunächst wurde der Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan um ein Jahr verlängert. Was deutsche Soldaten eigentlich konkret machen, indem sie »deutsche Interessen am Hindukusch verteidigen«, bleibt unklar, darüber gibt es keine Informationen, das muss das Volk nicht wissen.

Und dann ist ja noch die Gesundheitsreform. Auch darum wird es in der kommenden Woche bei Spitzengesprächen gehen, ohne direkte Teilnahme der Bundeskanzlerin. Vertreter wichtiger Verbände der Ärzte, Apotheker und Krankenkassen werden gleich gar nicht daran teilnehmen, wohl weil sie nichts oder nichts Gutes davon erwarten. Kenner warnen vor zwei Konsequenzen: Zum einen werden die Menschen mit mittlerem Einkommen übermäßig belastet, zum anderen droht ein Rückbau der flächendeckenden gesundheitlichen Betreuung und Versorgung. Damit reiht sich das Projekt Gesundheitsreform in das ein, was in den letzten Jahren in Deutschland »Reform« genannt wird, den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder tief in die Taschen zu greifen.

Damit sind wir wieder beim Thema. Wir spüren die Regierung, wenn sie uns immer wieder zur Kasse »bittet«, d. h. zwingt. Ansonsten können wir sie nicht weiter bemerken, weil sie – wie Frau Merkel – unentwegt bei Unternehmerverbänden und Großunternehmen unterwegs ist. Kann man das Klassenpolitik nennen?

DIETMAR WITTICH

Wir gratulieren unserem Autor der ersten Stunde, dem Vorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Reinhard Mocek, herzlich zum 70. Geburtstag.

WERNER SCHMIDT

## Peter Weiss – Intellektueller in der geteilten Welt

Der Schriftsteller Peter Weiss wäre am 8. November dieses Jahres 90 Jahre alt geworden. Auf seiner Flucht vor dem deutschen Faschismus war der in Nowawes (heute Neubabelsberg) geborene Weiss über London, Varnsdorf in Böhmen, Prag und die Schweiz Anfang 1939 nach Schweden gekommen, wo der Vater, ein jüdischer Textilfabrikant ungarischer Herkunft, den Neuaufbau eines Betriebes übernommen hatte. Mit verschiedenen künstlerischen Mitteln – als Schriftsteller in schwedischer Sprache, Maler, Filmemacher – versuchte er während der ersten beiden Jahrzehnte im neuen Land, sich von der ihn plagenden Vergangenheit zu befreien. Dies gelang ihm aber erst, als er durch seine politische Stellungnahme eine Grundlage fand, auf der er stehen konnte. In diesem Augenblick hatte er den Schlüssel zu Kunst und Geschichte gefunden, und die deutsche Sprache kehrte zu ihm zurück.<sup>1</sup> Anfang der 1960er Jahre erlebte er mit den beiden Prosa-bänden *Abschied von den Eltern* (1961) und *Fluchtpunkt* (1962) seinen Durchbruch als deutschsprachiger Autor. Weltweite Anerkennung erwarb er sich dann mit *Marat/Sade* (1964) und *Die Ermittlung* (1965).

Mit seinem literarischen Durchbruch geriet Weiss unmittelbar ins Zentrum politischer Auseinandersetzungen. In einer Zeit restaurativer Tendenzen, in der eine »heile Welt« imaginiert wurde, brachte Weiss mit *Marat/Sade* großes Weltanschauungstheater auf die Bühne, das politische Grundfragen der Epoche zur Diskussion und angebliche Sekurität in Frage stellte. Besonders brisant war die westdeutsche Debatte im Zusammenhang mit der gemeinsamen Uraufführung des Auschwitz-Stückes *Die Ermittlung* im Oktober 1965 an 16 Bühnen, u. a. an der Freien Volksbühne Berlin (West) und der Deutschen Akademie der Künste Berlin/DDR. Die politische Auseinandersetzung entzündete sich vor allem daran, dass Weiss die Mitschuld deutscher Monopole an Auschwitz betonte. »Aus der vorgeblichen Kunstdebatte (›Ist Auschwitz auf dem Theater darstellbar?‹) war ein politischer Streit geworden.«<sup>2</sup>

Es waren aber nicht nur seine Stücke, die Weiss zu einem umstrittenen Schriftsteller machten. Einen Monat vor der Uraufführung der *Ermittlung* hatte er mit seinen programmatischen *10 Arbeitspunkten eines Autors in der geteilten Welt* explizit Stellung für die sozialistische Seite in der antagonistischen Welt des Kalten Krieges bezogen. Er hatte damit in den Augen des konservativen literarischen Publikums, aber auch einiger seiner Schriftstellerkollegen, allen voran Günter Grass,<sup>3</sup> die Literatur zweifach verraten: durch ihre Operationa-

Werner Schmidt – Jg. 1944; Dr. phil., Historiker, Dozent an Södertörns högskola, Stockholm. Publiizierte zuletzt eine Biographie über den ehemaligen Vorsitzenden der schwedischen Linkspartei Kommunisten (VPK): »C-H Hermansson – en politisk biografi« (2005).

1 Vgl. Olof Lagercrantz, Anwalt gemordeter und versklavter Millionen, in: Gunilla Palmstierna-Weiss und Jürgen Schutte (Hrsg.): Peter Weiss. Leben und Werk, Frankfurt/Main 1991, S. 16 f.

2 Manfred Haiduk: Vom Turm zum Neuen Prozess, in: Peter Weiss. Leben und Werk, S. 180 ff.

3 Über Grass und einige andere Kollegen schreibt Weiss in seinen Notizbüchern: »weil sie meine

politische Einstellung ablehnen, lehnen sie auch meine literarischen Arbeiten ab. Ihre spöttischen Bemerkungen zu meiner polit. Haltung betreffen ebenso meine Bücher. Politik u Schreiben ist für mich eins. Für sie auch, aber bei ihnen ist die Politik liberal, reformistisch. Immer wieder: eine uralte parteipol. Gegnerschaft, übertragen aufs Kulturelle«. Peter Weiss, Notizbücher 1971-1980. Erster Band, Frankfurt am Main 1981, S. 56 f.

4 Vgl. Günter Giesenfeld: »Politisches Engagement ist altmodisch«. Peter Weiss und die Dritte Welt, in: Peter Weiss. Leben und Werk, S. 205.

5 Pierre Bourdieu: Die Intellektuellen und die Macht, Hamburg 1991, S. 42.

6 Ebenda, S. 19 f.

7 Gramscis Konzeption geht von der Hegemonieproblematik aus und bezieht sich auf die organisierende gesellschaftliche Funktion der Intellektuellen (Siehe Alex Demirovič, Peter Jehle: Intellektuelle, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6/II, Hamburg 2004, S. 1273 ff.).

8 Bourdieu 1991, S. 62 f.

9 Peter Weiss: Meine Ortschaft, in: Peter Weiss: In Gegensätzen denken. Ein Lesebuch, ausgewählt von Rainer Gerlach und Matthias Richter, Frankfurt am Main 1988, S. 199.

lisierung für politische Ziele und durch seine politische Parteinahme unter Ausnutzung seiner Autorität als Schriftsteller.<sup>4</sup>

Mit *Marat/Sade* und den späteren antiimperialistischen Stücken *Gesang vom Lusitanischen Popanz* (1967) und *Viet Nam Diskurs* (1968) gehörte Weiss zu den deutschsprachigen Wegbereitern der neuen internationalen Protestbewegung. Er war auch einer der wichtigsten intellektuellen Impulsgeber und Aktivisten der schwedischen Vietnambewegung (u.a. als einer der Organisatoren des *International War Crimes Tribunal* (Russell-Tribunal) in Stockholm 1967). Nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in Nordvietnam im Frühsommer 1968 – und trotz der militärischen Zerschlagung des »Prager Frühlings«, gegen die er öffentlich protestierte – entschloss er sich, der schwedischen Linkspartei Kommunisten (VPK) beizutreten.

Mit seinem »Verrat«, der darin bestand, dass er mit seiner Autorität als anerkannter Autor in das politische Geschehen eingriff, erfüllte Peter Weiss gerade eines der Kriterien, um in Sinne Pierre Bourdieus in den Rang eines Intellektuellen gehoben zu werden.

Bourdieu beschreibt den Intellektuellen als ein »bi-dimensionales Wesen«. Um den Namen Intellektueller zu verdienen, muss ein Kulturproduzent zwei Voraussetzungen erfüllen: »zum einen muss er einer intellektuell autonomen, d. h. von religiösen, politischen, ökonomischen usf. Mächten unabhängigen Welt (einem Feld) angehören und deren besondere Gesetze respektieren; zum anderen muss er in eine politische Aktion, die in jedem Fall außerhalb des intellektuellen Feldes in engerem Sinn stattfindet, seine spezifische Kompetenz und Autorität einbringen, die er innerhalb des intellektuellen Feldes erworben hat.«<sup>5</sup> Leider haben viele Intellektuelle »ihre Erkenntnisse, ihr Wissen, ihre Kompetenz in einer Art Schuldbewusstsein dem Proletariat als Opfergabe dargebracht«. Der Preis, den sie für ihr politisches Engagement bezahlten, entwertete ihren Status als Intellektuelle. Bourdieu zitiert Blaise Pascals Warnung, dass man sich verdummen muss, wenn man gläubig werden will. Und so erging es laut Bourdieu vielen, die sich einer kommunistischen Partei anschlossen: »Man trat in einen Glauben ein, indem man sich dümmer machte.«<sup>6</sup> In diesem Zusammenhang sieht Bourdieu die Gefahr, dass Antonio Gramscis organischer Intellektueller<sup>7</sup> in einen »Weggefährten« des Proletariats mutiert.<sup>8</sup>

Peter Weiss war dieser Gefahr auf existenzielle Weise ausgesetzt.

### *Der Weg zum politischen Engagement*

Seit seiner Vertreibung aus Deutschland war Weiss von einem Gefühl der Unzugehörigkeit geplagt. In Schweden, dessen Staatsbürgerschaft er seit 1946 besaß, galt er bis zum Schluss als »fremder Vogel«. Seine Aufenthalte auf geographischen Punkten waren immer nur zufällige Durchgangsstellen, die zu blinden Flecken wurden, »und nur eine Ortschaft, in der ich nur einen Tag lang war, bleibt bestehen. (...) Ich habe keine andere Beziehung zu ihr, als dass mein Name auf den Listen derer stand, die dorthin für immer übersiedelt werden sollten«: Auschwitz.<sup>9</sup>

Im Dezember 1964 hatte Weiss im Rahmen des Frankfurter Auschwitz-Prozesses an einer Ortsbegehung des ehemaligen Konzentrationslagers teilgenommen. Über diesen einen Tag in der »Ortschaft,

für die ich bestimmt war und der ich entkam«, schreibt er: »Ein Lebender ist gekommen, und vor diesem Lebenden verschließt sich, was hier geschah. (...) Jetzt steht er nur in einer untergegangenen Welt. Hier kann er nichts mehr tun. Eine Weile herrscht die äußerste Stille. – Dann weiß er, es ist noch nicht zuende.«<sup>10</sup>

Er hatte lange in der Hoffnung gelebt, dass der zeitweise psychotische Zustand, an dem er nach seiner Emigration litt, sich in dem Augenblick verflüchtigen würde, »in dem meine Arbeit sich einmal als sinnvoll erweisen würde, in dem es gelänge, eine Resonanz, eine Perspektive herzustellen.«<sup>11</sup> Die Einsicht, dass der Schrecken noch nicht zuende ist, dass wir immer noch in der gleichen Welt, »in der jene lebten, die darin vernichtet wurden«,<sup>12</sup> gab seiner Arbeit endlich eine Perspektive.<sup>13</sup>

Jetzt konnte er die »Schuld« tragen, dass er der vorbestimmten Vernichtung entkommen war. Das Tragen dieser Schuld wird ihm zur existenziellen Verpflichtung, den Opfern die Stimme zu leihen, ihr Schweigen zum Sprechen zu bringen.<sup>14</sup> Doch gehörte Weiss nicht zu denen, die im faschistischen Massenmord einen einmaligen Akt unfassbarer Barbarei sahen. Für ihn wurde die »Tradition von Guernica, Lidice und Maidanek« auch nach 1945 weitergeführt.<sup>15</sup>

### *Vielfach geteilte Welt*

Anfang der 1960er Jahre tritt mit dem Schicksal Patrice Lumumbas die ›Dritte Welt‹ an Weiss heran. Und schon während der Arbeit an *Marat/Sade* verwoben sich Faschismus und Kolonialismus und prägten seine politische Bewusstwerdung. »Das faschistische Regime in Deutschland wurde besiegt«, schreibt er in sein Notizbuch, doch »das Prinzip der Verfolgung und Ausbeutung großer Bevölkerungsgruppen, bis zur Vernichtung besteht weiter«.<sup>16</sup> Den Grund dieses Prinzips der Unmenschlichkeit findet er im kapitalistischen System, und die Lösungsperspektive kann für ihn nur der Sozialismus sein. In diesem Sinne formuliert er seine *10 Arbeitspunkte eines Autors in der geteilten Welt*.<sup>17</sup>

Die geteilte Welt in der Peter Weiss 1965 politisch Stellung bezieht, ist zunächst und vor allem die antagonistische Welt des Kalten Krieges. Auch wenn er damals schon konstatiert, dass »die Zweiteilung der Welt in sich vielfach gebrochen und von komplizierten, einander oft bekämpfenden Tendenzen durchsetzt ist«, so sieht er dennoch »zwei deutliche Machtblöcke«: der eine »enthält die vom Kapitalismus bedingte Ordnung«, der andere »die teils etablierten, teils sich heranformenden sozialistischen Kräfte, sowie die Freiheitsbewegungen in den ehemals kolonialisierten oder noch unter Gewaltherrschaften stehenden Ländern«. Seine Stellungnahme, seine Seitenwahl ist zwar eindeutig, aber keineswegs unkritisch, nicht ohne Vorbehalte. Sie ist die Antwort auf die Frage: »Auf welcher der beiden Seiten sehe ich hinter den Unvollkommenheiten, den Widersprüchen und Fehlern die Möglichkeit zu einer Entwicklung, die meinen Vorstellungen von Humanität und Gerechtigkeit entspricht?« Bei den Wahlmöglichkeiten, »die mir heute bleiben«, sieht er nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Möglichkeit zur Beseitigung der bestehenden Missverhältnisse in der Welt, vorausgesetzt allerdings, dass »Selbstkritik, die dialektische Auseinandersetzung, die ständige Offenheit zur

10 Ebenda, S. 208.

11 Peter Weiss: *Rekonvaleszenz*, Frankfurt am Main 1991, S. 106.

12 Peter Weiss: Brief an H. M. Enzensberger, August 1965, in: Ders.: *Rapporte 2*, Frankfurt am Main 1980, S. 37.

13 Wenn Weiss nach seinem Aufenthalt in Auschwitz schreibt, dass sich vor ihm, dem Besucher, verschlösse, was da geschah, und dass er dort, in Auschwitz, nichts mehr tun könne, dann bedeutet das nicht, dass es sich um Dinge handele, die wir nicht fassen könnten. »Und doch zeigt es sich«, betont er in seiner Kontroverse mit H. M. Enzensberger, »dass auch das Schrecklichste immer noch menschliche Proportionen besitzt, und dass alles was von Menschen in die Wege geleitet worden ist, seinen Ursprung und seine Erklärung hat. Wir sind zufällig von der Macht, die jene Lager errichtete, verschont geblieben – doch haben wir deshalb das Recht, von uns als ›Verschonte‹ zu sprechen, im Gegensatz zu denen, die wir die ›Betroffenen‹ nennen können? Besteht ein kategorischer Unterschied zwischen den Verschonten und den Betroffenen? Wir leben immer noch in der gleichen Welt, in der jene lebten, die darin vernichtet wurden.«  
Ebenda, S. 36 f.

14 Vgl. Alfons Söllner: *Widerstand gegen die*

Verdrängung. Peter Weiss und die deutsche Zeitgeschichte, in: Peter Weiss. Leben und Werk, S. 286.

15 In einem Artikel in Dagens Nyheter (2. 8. 1966) schreibt Weiss: »Seit dem Kampf, der gegen Hitlers Faschismus und um die ökonomische Machtstellung in der Welt geführt wurde, sind jedes Jahr in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika unzählige Menschen, die sich dem System des ›Freien Unternehmertums‹ und der der kolonialistischen Ausbeutung widersetzen, von der Polizei und dem Militär der Macht habenden unschädlich gemacht worden. Die Besitztümer der reichen Nationen sind verpestet von Aasgeruch. (...) Amerika, dieses Land, das so viele wahre Demokraten beherbergt, steht heute vor den Völkern, die nach Freiheit und Unabhängigkeit streben, als Weiterführer der Tradition von Guernica, Lidice und Maidanek.«

16 Notizbücher 1960-1971, a. a. O., S. 374.

17 Peter Weiss, 10 Arbeitspunkte eines Autors in der geteilten Welt, in: Ders., Rapporte 2, a. a. O., S. 14-23. Die 10 Arbeitspunkte erschienen auf Schwedisch und Deutsch in Dagens Nyheter (1. 9. 1965) und Neues Deutschland (2. 9. 1965).

18 Es ist dies die gleiche Grundhaltung, mit der später das Roman-Ich der Ästhetik des Widerstands sich der kommunistischen Partei anschließen wird: »Mitgliedschaft Prinzip-erklärung – ideologische Zugehörigkeit – Abwesenheit von Zwang u. Dogma-

Veränderung und Weiterentwicklung« als unabdingbare Bestandteile des Sozialismus anerkannt werden.<sup>18</sup> Dass es in der DDR, der von ihm gewählten Seite des geteilten Deutschlands, um diese Voraussetzung schlecht bestellt war, wurde ihm schon bald vor Augen geführt, als er nach dem 11. Plenum der SED im Dezember 1965 eine öffentliche Solidaritätserklärung für Wolf Biermann abgab.<sup>19</sup>

Nach seiner politischen Seitenwahl ist er einem »Kreuzfeuer« von allen Richtungen her ausgesetzt. »Als zwei Pole dieser Angriffe«, die innerhalb der westlichen Länder auf ihn zukommen, erklärt er, »können symptomatische Namen wie Grass und Marcuse gestellt werden.«<sup>20</sup> Diese Kritik war zu verschmerzen. Doch eine andere traf ihn tiefer, weil unerwartet und unvorbereitet. Heiner Müller berichtet von einem Streit mit Weiss nach der DDR-Premiere von *Viet Nam Diskurs* am Berliner Ensemble. Das Treffen in einer Berliner Wohnung, an dem auch Wolf Biermann teilnahm, »hatte für uns Eingeborene des Sozialismus einen Hauch von Konspiration, was Peter Weiss, der sich mit gutem Gewissen auf der richtigen Seite der Weltbarrikade fand, deutlich nicht verstehen konnte«. Das Gespräch ging schnell in einen Streit über, der Aufschluss gab »über die Verschiedenheit der linken Erfahrungen in den Ländern des Westens und der unsern hier, wo die Linke Staat geworden war und Uniform trug«. Streitpunkt war »die Leichtigkeit, mit der man im Herzen der Bestie den Imperialismus und den Kolonialismus an den Pranger der Literatur stellen konnte, und die Obszönität der gleichen Anstrengung in unsern Ländern, wo ganze Bevölkerungen im Status von Kolonisierten gehalten wurden im Namen eines Programms, an dessen Realisierung wir zu arbeiten glaubten. Von Vietnam sprechen, heißt von Bautzen schweigen.« Der *westliche* Intellektuelle Weiss glaubte noch, in zwei Welten zu leben, der kapitalistischen und der sozialistischen. Doch letztere bezeichnet Müller als »imaginär«. Selbst bewohnte er, wie alle *östlichen* Intellektuellen, »eine Dritte Welt, in der das kleinste Kollektiv der Schizophrene war«.<sup>21</sup>

### *Politische Stellungnahme als persönliche Haltung*

Weiss wollte mit seiner politischen Stellungnahme den toten und den lebenden Opfern seine Stimme leihen. Doch darf dies nicht als eine Stellvertreterrolle verstanden werden. Er sah sich nicht, wie es Enzensberger mit mitleidigem Verständnis ausdrückte, als »Wortführer der Armen Welt«.<sup>22</sup> Weiss nahm politisch Stellung als Autor und als Individuum. Seine Stellungnahme war Ausdruck eines persönlichen Bedürfnisses, sie war eine *persönliche Haltung*. Für ihn konnte nur eine solche Haltung zu widerstandsfähigem Verhalten führen, das seinerseits Voraussetzung ist für eine haltbare politische Solidarität.<sup>23</sup>

Er hatte lange geglaubt, schreibt Weiss in den *10 Arbeitspunkten*, dass ihm »die künstlerische Arbeit eine Unabhängigkeit verschaffen könnte, die mir die Welt öffnete. Heute aber sehe ich, dass eine solche Bindungslosigkeit der Kunst eine Vermessenheit ist (...). Jedes meiner in vermeintlicher Freiheit gewonnenen Arbeitsergebnisse hebt sich ab von der Notlage, die für den größten Teil der Welt noch gegeben ist. Ich sage deshalb: meine Arbeit kann erst fruchtbar werden, wenn sie in direkter Beziehung steht zu den Kräften, die für mich die positiven Kräfte dieser Welt bedeuten.«<sup>24</sup>

Trotz seiner bürgerlichen Herkunft charakterisierte er seine reale Biographie in einem bestimmten Sinne als »proletarisch«. In einem Brief an Klaus Scherpe schreibt er, dass er aufgrund seiner Erfahrungen von früh an den Begriff des Proletariats erweitert hatte. Er weist auf sein »Unbeheimatetsein« hin, auf »die ständige existentielle Unsicherheit, (...) das Außenseitertum des Emigranten, seine Unerwünschtheit in jedem Land«. Wichtig an dieser Selbstvergewisserung ist laut Scherpe nicht die Frage, ob Weiss einen richtigen oder falschen *Begriff* vom Proletariat hatte, auch geht es nicht um Selbstlegitimierung. Wichtig ist das Benennen eines historischen Zustands, einer Erfahrung.<sup>25</sup> Diese eigene »proletarische« Erfahrung des Nicht-Identischen, des Nicht-Geborgenseins, der Sprachlosigkeit, des Ausgeschlossenseins war für ihn die Grundlage für seine politische Standortbestimmung, d. h. für seine Zugehörigkeit zu diesem erweiterten globalen Proletariat und damit zu den »positiven Kräften dieser Welt«, die seine literarische Arbeit erst sinnvoll und fruchtbar machen würde.

Er hatte endlich seine Unzugehörigkeit überwunden. Glaubte er.

### Zusammenbruch

Fünf Jahre später notiert er in sein Tagebuch: »Es klang richtig, wenn ich von meiner Zusammengehörigkeit mit ihnen sprach, wenn ich darauf hinwies, dass ich sie verstand, dass ich seit jeher auf der Seite der Getretenen gewesen war (...). Es gab mir neuen Mut, neue Ausdauer, es gab mir Genugtuung in der Arbeit, da ich mir einbildete, nicht mehr nur für mich allein zu versuchen, aus dem Morast herauszukommen, aus dem Gestrüpp mir einen Weg zu bahnen, da ich meine eignen Mühen als Bestandteil größerer organisierter Bestrebungen sah, da ich nicht länger isoliert hinter der Schanze meines Schreibetischs lauerte und grübelte, sondern einem Internationalismus anzuhören meinte. Und doch war es dieser Umweg, auf dem ich zu den politischen Stellungnahmen gekommen war, der ein ständig nagendes schlechtes Gewissen zurückließ, eine Empfindung, dass meine Solidarität ungerechtfertigt sei, dass ich sie mir erschlichen, gestohlen hatte. (...) Eins sein mit dir selbst, im Vollbesitz deiner Fähigkeiten leben, Sicherheit verspüren, dich an einer Zugehörigkeit erfreuen, welche Illusion, welche Verstiegtheit, da du in der großen Zersplitterung und Brutalisierung, in dem ständigen Aufeinanderprallen von Feindseligkeiten, in der hektischen Spannung zwischen Katastrophen froh sein kannst, wenn es dir gelingt, einen Bruchteil deines Anliegens zur Sprache zu bringen, wenn du sogar zwischen den Phasen der Niedergänge, der Bewusstlosigkeit, ein paar Bücher, ein paar Stücke angefertigt hast. Für diese Halbheit, für das äußerst Geringe was ich erreicht hatte, wollte ich mich rechtfertigen, als ich mich in jener Nacht, Anfang Juni, wiederholt rufen hörte, ich habe das Richtige getan ...«.<sup>26</sup>

Am 6. Juni 1970 erlitt Peter Weiss einen Herzinfarkt, den er als eine politische Krankheit bezeichnete. Was war geschehn? Nach seinem Stück über Trotzki, »den Antichrist des Kommunismus«,<sup>27</sup> erreichte ihn der Schatten der Inquisition. *Trotzki im Exil*, das im Januar 1970 im Schauspielhaus Düsseldorf uraufgeführt wurde, war sein spezieller Beitrag zum Leninjahr 1970. Als ein Autor, »dessen gesamte Arbeit darauf abzielt, die Muster von Lüge, Ungerechtigkeit und Unter-

tismus – Linie Luxemburg-Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung der histori. Fehler – die lebendige kritische Wissenschaft, Ablehnung jeglicher Illusionsbildungen, Idealismen, Mystifikationen.«. Notizbücher 1971-1980. Zweiter Band, Frankfurt a. M. 1981, S. 608, Eintragung 1. 3. 1977.

19 Siehe Peter Weiss: Antwort auf einen Offenen Brief von Wilhelm Girnus an den Autor in der Zeitung »Neues Deutschland«, in: Rapporte 2, S. 24-34. Zum 11. Ple-num siehe z. B. Werner Mittenzwei: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 2000, Leipzig 2001, S. 229 ff.

20 Er verdeutlicht: »Grass, aus seiner bürgerlich liberalen Sicht, verurteilte meinen sozialistischen Standpunkt, er, der Reformist, konnte mein Vorhaben nur verhöhnen als Hofnarrentum. Marcuse, seinerseits, seinen Rang als Oberpriester der Revolution schwindend sehend, beschimpfte mich von seiner Villa an der französischen Riviera aus, weil ich über Viet Nam schrieb, anstatt mit der Maschinenpistole in Indochina den Imperialismus zu bekämpfen.« Rekonvaleszenz, S. 77.

21 Heiner Müller: Erinnerung an Peter Weiss, in: Peter Weiss. Leben und Werk, S. 21 f.

22 Siehe Peter Weiss: Brief an Enzensberger, in: Rapporte 2, S. 35.

23 Vgl. Klaus R. Scherpe: Die Ästhetik des Widerstands. Peter Weiss' Traum von der Vernunft, in: Peter Weiss. Leben und Werk, S. 258.

24 10 Arbeitspunkte ..., S. 23.

25 Scherpe 1991, S. 252.

26 Rekonvaleszenz, Frankfurt a. M. 1991, S. 24 f. (Eintrag 16. 8. 1970).

27 Ebenda, S. 18.

28 Ebenda, S. 18 und Peter Weiss: Offener Brief an Lew Ginsburg, in: Rapporte 2, S. 15 (der Brief erschien gekürzt in Süddeutsche Zeitung, 18. 4. 1970).

29 Rekonvaleszenz, S. 32.

30 Notizbücher 1971-1980, Zweiter Band, S. 691 f.

31 Der damalige Parteivorsitzende Hermansson, der mit Weiss befreundet war, verurteilte den Artikel scharf. Siehe Werner Schmidt: C-H Hermansson – en politisk biografi, Stockholm 2005, S. 486 f.

32 Rekonvaleszenz, S. 31.

33 Rekonvaleszenz, S. 140.

34 Notizbücher 1971-1980, S. 25 (Eintrag 23. 11. 1971).

35 Ebenda, S. 24 ff.

drückung aufzuzeigen, und nach Mitteln zu suchen, sie zu beheben«, wollte er mit diesem Stück eine Debatte über ein Tabu entfachen.<sup>28</sup>

Die Schärfe und Unerbittlichkeit der Reaktion aus *seinem* Lager, vorgetragen in »der sturen Sprache des Antihumanismus«, <sup>29</sup> verletzte ihn tief. Das Signal zum Angriff gab die Zeitschrift des sowjetischen Schriftstellerverbands *Literaturnaja Gaseta* Ende März 1970. Die DDR verweigerte ihm die Einreise. Er wurde »in einem Holzverschlag in den untern Gelassen des Bahnhofs Friedrichstraße festgehalten. Nach stundenlangem Warten erfuhr ich, dass ich in der Deutschen Demokratischen Republik nicht erwünscht sei. (...) Ich wurde ausgewiesen, abgeführt, an den Kontrollschaltern vorbei, durch die Sperren, hinauf zum Bahnsteig«. Zwei Jahre lang war er *persona non grata* in der DDR.<sup>30</sup>

Ende Mai kam auch ein Echo aus der eigenen Partei. Die Zeitung der nordschwedischen Kommunisten *Norrskensflaman* veröffentlichte den Artikel eines Altstalinisten unter der Rubrik »Ein Wolf im Schafsfell«. Darin wurde Weiss als ein im Bürgertum verwurzelter »Glücksritter« in der kommunistischen Bewegung diffamiert und angedeutet, dass seine jüdische Abstammung ihn für Trotzki Partei ergreifen ließ. Ihm wurde nahe gelegt, die Partei zu verlassen.<sup>31</sup> Kurz danach erlitt Weiss den Herzinfarkt.

#### *Suche nach Wahrheit*

In sein Tagebuch *Rekonvaleszenz*, das er in den folgenden sechs Monaten führte, notierte er: Nach »der Absetzung meiner Stücke, dem Verbot meiner Bücher, meiner Ernennung zum Renegaten, zum Sowjetfeind«, füllte ihn Scham darüber, dass er »für die gleiche Ideologie eintrat, die auch jene für sich in Anspruch nahmen, die die historische Fälschung, das primitive Tabu, die Unterdrückung der Kritik, die Aufhebung der freien Meinungsäußerung für vereinbar halten mit dem dialektischen Materialismus«. <sup>32</sup> Ihn plagte immer und immer wieder diese Frage: »wie kannst du den Gedanken der Entwicklungsfähigkeit des Sozialismus vertreten, da Stagnation, Unterdrückung, Inhumanität in seinem Namen stattfinden, was hast du zur Verteidigung deines sozialistischen Bildes anzuführen, da dessen Wächter sich mit ihrer ganzen Gewalt gegen dich stellen, dich unmündig erklären, dich aburteilen, dich verbannen.«<sup>33</sup>

Weiss hat immer wieder den Dialog gesucht, vor allem mit der DDR. Ihm fehlten »die produktiven Beziehungen zur DDR« in seiner »Tätigkeit als Stückeschreiber«. Die Verurteilungen im Osten hatten eine Einseitigkeit hergestellt, die schwer erträglich war und ihn »politisch in ein Vakuum führte«. <sup>34</sup> Deshalb setzte er gewisse Hoffnungen auf die Aussprache mit Kurt Hager und Alexander Abusch, die auf Vermittlung Konrad Wolfs, des Präsidenten der Akademie der Künste der DDR, – nach einer erneuten Zurückweisung an der Grenze –, Ende November 1971 stattfand. Doch von Seiten der beiden führenden Kulturpolitiker der DDR gab es »nicht das geringste Entgegenkommen«, »keine Möglichkeit des Eindringens mit andern Argumenten«. <sup>35</sup>

Weiss spürte Zorn darüber, »dass sich die Fragen, die dich beschäftigen, nicht dort austragen lassen, wo sie hingehören, in Ost-Berlin, in Moskau, und dass du gezwungen bist, den Disput einseitig zu führen. Schweigen aber kannst du nicht. Gerade das Stillschweigen, das Ak-

zeptieren, der Verzicht auf das eigene Werturteil zugunsten der vorgehaltenen Richtschnur, die missverstandene Parteidisziplin hat den Sozialismus deformiert und untergraben.« Er, der westliche Intellektuelle, der gerade einen Herzinfarkt erlitten hatte, begann auch Heiner Müller zu verstehen, der auf die viel kompliziertere, »schizophrene« Lage der östlichen Intellektuellen hingewiesen hatte. »Die Gebrochenheit des Charakters, die Ich-Auflösung, die Zerteilung der Persönlichkeit«, schreibt er jetzt, »ist mir an Freunden in der DDR oder der Sowjetunion, immer wieder aufgefallen.« Doch spricht er sie keineswegs frei von persönlicher Schuld. Sie sind nicht nur Opfer »des Systems«, sie haben es vielmehr durch ihr Verhalten selber mitgeformt. Enttäuscht von der fehlenden Solidarität mit ihm, dem »in Ungnade gefallenen Freund«, schreibt er: »Tiefstes Schweigen von Seiten meiner Kollegen an der Ostberliner Akademie umging mich, da niemand wagte, meine Ernennung zum Klassenfeind zu überprüfen (...). Und so wie die Genossen ihren Freund verleugnen, so verleugnen sie sich selbst, sie werden zu Untertanen, zu Jasagern, und in ihrer einmütigen Menge verhindern sie – die für eine neue gerechte Gesellschaftsordnung eintreten sollten – jede Möglichkeit zur Herstellung einer sozialistischen Gemeinschaft.«<sup>36</sup>

Nachdem er »in den Bannkreis jenes Zwangs geraten (war), den die Angeklagten in den Moskauer und Prager Prozessen kennen gelernt hatten«<sup>37</sup>, und nach dem Tag »als der Endpunkt überdeutlich vor mir stand«, formuliert er für sich diese intellektuelle Maxime: »Das Wissen, dass jeder Tag der letzte sein kann, und dass der letzte Augenblick voller Versöhnung ist, begleitet mich seitdem, es entsteht daraus keine großartige Lebensphilosophie, es stellt sich dar als eine einfache, all-gemeingültige Tatsache, es stärkt mich darin, dass der Lüge, dem Betrug, der Fälschung einer Sache, der Unterdrückung des eigenen Wahrheitsbedürfnisses nie nachgegeben werden darf, und dass es keine Instanz gibt, die mich dazu zwingen könnte. Der einzige Maßstab, der Gültigkeit hat vor diesem entscheidenden Augenblick, ist das eigene Urteil, kann ich eintreten für das, was ich erreicht habe, bin ich selbst ganz darin enthalten.«<sup>38</sup>

Vielleicht, meint er resignativ, ist angesichts des der Führungsmächte in West und Ost, »für die Moral, Ethik, Ideologie nicht gilt«, der »Kampf um die Wahrheitsfindung der einzige revolutionäre Kampf, den wir noch führen können«.<sup>39</sup>

#### *Wahrheit in der »Epoche der Ambivalenzen«*

In seiner Vorlesung bei der Verleihung des Nobelpreises für Literatur »Kunst, Wahrheit & Politik« unterschied Harold Pinter zwischen zwei verschiedenen Verhaltensweisen gegenüber dem Wahrheitsbegriff. Für ihn als Autor, betonte er, gibt es bei der Erforschung der Wirklichkeit keine scharfen Grenzen zwischen wahr und unwahr: »Etwas ist nicht unbedingt entweder wahr oder unwahr; es kann beides sein, wahr und unwahr.« Aber als Bürger, hielt er dagegen, muss man immer die Frage stellen und sie zu beantworten suchen: Was ist wahr? Was ist unwahr?<sup>40</sup> Für Peter Weiss war es weitaus schwieriger, künstlerische und politische Wahrheitsbegriffe zu unterscheiden und das Spannungsverhältnis zwischen ihnen auszuhalten.

36 Rekonvaleszenz, S. 142.

37 Ebenda, S. 31.

38 Ebenda, S. 178 f.

39 Ebenda, S. 136.

40 <http://nobelprize.org/literature/laureates/2005/pinter-lecture-s.html>; deutsch: <http://linkszeitung.de/content/view/5295/47/>.

41 Peter Weiss: Laokoon oder Über die Grenzen der Sprache, in: Peter Weiss: In Gegensätzen denken, S. 224.

42 Notizbücher 1971-1980, Erster Band, S. 185 (Eintrag 23. 12. 1972).

43 Rekonvaleszenz, S. 169 f. und 178 f.

44 Rekonvaleszenz, S. 82.

45 Ebenda.

46 Notizbücher 1971-1980, Erster Band, S. 177 (Eintrag 28. 10. 1972).

47 Wolfgang Fritz Haug, Frigga Haug (Hrsg.): Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden, InkrIT 2002, S. 29. Peter Weiss folgend hebt Haug für das Hier und Heute hervor: »Die Bearbeitung der Widersprüche linken Politik-Machens scheint mir geboten, weil so die sonst spontan sich einstellenden Spaltungslinien und Fraktionierung nicht ohne weiteres zum Zug kommen. Stattdessen wird ihr sachlicher Grund selber zum Thema. (...) Das Feld linken Politik-Machens abschreitend werden wir überall auf solche Konflikte in der Sache selbst stoßen, zu denen sich linke Politik verhalten muss, will sie nicht von ihnen zerrissen werden.« S. 29 f.

48 Siehe z. B. Bernd Hüttner: Soziale und kulturelle Linke, in: Z. Nr. 64, Dezem-

In seiner Rede anlässlich der Entgegennahme des Lessing-Preises der Stadt Hamburg im April 1965 betonte Weiss, dass in seinem Schreiben, »jedes Wort, mit dem er eine Wahrheit gewinnt, aus Zweifeln und Widersprüchen hervorgegangen« ist.<sup>41</sup> Seine schriftstellerische Methode der Annäherung an die Wahrheit kann als antithetisch oder diskursiv bezeichnet werden. Diese Methode gilt für ihn aber auch beim Kampf um die Wahrheit in der politischen Wirklichkeit. Künstlerische und wirkliche politische Wahrheiten bilden für ihn eine Einheit, ja, sie bilden in ihrer Einheit sein »schöpferisches Leben überhaupt«.<sup>42</sup> Doch sein Versuch, diese Einheit zu leben, scheiterte an der Wirklichkeit.

Beim Stückeschreiben erhalten seine Zweifel, sein hin und her Geworfensein »eine feste Ebene, auf der sich unterschiedliche Ansichten, Behauptungen und Lösungsvorschläge gegeneinander ausspielen lassen«. Die Übertragung »dieser manchmal unerträglichen Zerreißprobe auf eine Vielzahl von Sprechern, die die für mich unlösbare Problematik in verteilten Rollen aufnehmen und prismatisch beleuchten, ist eine Therapie, mit der sich die Schwierigkeit, als Einzelner zu haltbaren Ergebnissen zu kommen, überwinden lässt«. In politischen Zusammenhängen aber wird von ihm gefordert, »Eindeutiges und Konkretes auszusagen«. Gewiss: er hält an seiner einmal getroffenen antikapitalistischen Grundentscheidung fest; er weiß, auf welcher Seite er steht. Auch ist das politische Ziel, eine sozialistische Gesellschaftsordnung, die seinen Grundwerten entspricht, bestimmt und von allen Zweifeln befreit, »doch die Bewegung auf dieses Ziel hin ist geprägt vom Dualismus«.<sup>43</sup>

Dennoch tritt ständig an ihn, den Intellektuellen und Mitglied der Linkspartei der Kommunisten, der Zwang heran, »sich aus taktischen Gründen zu vereinfachen, sein Wahrheitsbedürfnis einzuschränken, sich mit halben Wahrheiten, mit Fälschungen zu begnügen, sich aus traditionellen Gründen Parteidirektiven anzupassen und seine eigene Meinung zu zensurieren«.<sup>44</sup> Er weist diese Forderungen zurück und fordert seinerseits von der Partei – angesichts der offensichtlichen Perspektivlosigkeit ihres bisherigen Wirkens – eine Umwertung des Disziplinbegriffs und eine erneuerte Auffassung von Wahrheit, denn allzu deutlich »zeichnen sich vor unserm kritischen Blick die Mängel des Parteiinstruments ab, als dass wir uns noch auf die Disziplin berufen könnten, die von uns die loyale Befolgung der ausgegebenen Richtlinien verlangt.« Verbleiben wir dennoch in der Partei, fährt er fort, »weil wir in ihr die Grundlage zur notwendigen Massenorganisation sehn, so müssen wir damit eine Umwertung des Disziplinbegriffs verbinden, das heißt, wir haben die Forderung an die Partei zu stellen, dass sie einer erneuerten Auffassung von Wahrheit entspricht.«<sup>45</sup>

Seine Erfahrungen in der »Epoche der Ambivalenz u(nd) der Kontroversen« lässt ihn zu dem Schluss kommen, dass es unmöglich ist, »eine absolut richtige, zutreffende Ansicht zu haben«; man kommt »der Wahrheit am nächsten, wenn man den bestehenden Zwiespalt in die Analyse des Sachverhalts (einbezieht)«.<sup>46</sup> Wie W. F. Haug betont, ist dieser Zwiespalt, sind diese Widersprüche, nicht nur »draußen«, in der Gesellschaft. Sie müssen vielmehr als zerreißende Widersprüche linker Politik selbst verstanden werden.<sup>47</sup> Weiss machte schon früh auf einen solchen zerreißenden Widerspruch aufmerksam, dessen Nichtbeachtung oder Nichtbewältigung seine Partei zu politischer Sterilität verurteilen sollte. Seit Beginn der 1970er Jahre wies er auf die akute

Gefahr des Auseinanderdriftens der beiden Strömungen aufmerksam, die später als *soziale* und als *kulturelle* Linke bezeichnet wurden. Er beklagte das Unvermögen seiner Partei, unter Berücksichtigung der bestehenden widersprüchlichen Motive, Wertvorstellungen und Interessen, ihrer je spezifischen »Register« oder »Grammatiken«<sup>48</sup>, den beiden Bewegungen eine gemeinsame, einander befruchtende Richtung zu geben<sup>49</sup>. Im Versagen vor dieser entscheidenden Aufgabe beweist sich laut Weiss der atavistische Charakter der Partei und ihrer monolithischen Grundhaltung.<sup>50</sup>

#### *Starr vor Schrecken mussten wir unsre Wahl treffen*

Während seiner Arbeit am schwierigen Abschluss der *Ästhetik des Widerstands*, als er die Hinrichtung der antifaschistischen Widerstandskämpfer beschreiben muss, wird er an seine Arbeit am Auschwitz-Stück *Die Ermittlung* erinnert. Doch jetzt ist alles noch schlimmer, »meine eigne Lebenssituation mit hineinreissend, mich selber wieder ganz entwurzelnd, unzugehörig machend. Manchmal scheint es unmöglich, weiter leben zu können.«<sup>51</sup>

Damals, vor fünfzehn Jahren, hatte er noch eine realistische Alternative zum Kapitalismus gesehen, die seinen humanistischen Vorstellungen entsprechen könnte. Als er jetzt das Roman-Ich der *Ästhetik* 1945 in die geteilte Nachkriegswelt schauen ließ, stand vor diesem eine andere Wahl als die, die er selbst in den *10 Arbeitspunkten* noch zu sehen glaubte: »Zwischen zwei Schrecklichkeiten«, lässt er das Roman-Ich in seinen Notizbüchern sagen, »zogen wir die eine vor, die vielleicht noch einen Ausweg, eine Möglichkeit zur Verbesserung enthielt. Starr vor Schrecken mussten wir unsre Wahl treffen.«<sup>52</sup>

Rückblickend gab Weiss kurz vor seinem Tod der schwachen Hoffnung Ausdruck, dass sich später einmal die wahre Vernunft zeigen werde, doch das nüchterne Resümee lautet anders: »Aus all den blutigen Erfahrungen der letzten Jahre hat nicht die *Arbeit* gelernt sondern das *Kapital*. Das Kapital hat einen neuen Höhepunkt seiner Macht erreicht und es auch, wie nie zuvor, verstanden, diese Position zu verschleiern.«<sup>53</sup> Die Zeit des Neoliberalismus war angebrochen.

Nach seinem Herzinfarkt im Juni 1970 begann er mit dem Stück *Hölderlin*. Anatoli Lunatscharski zitierend notierte er: »Hölderlins Krankheit ist eine soziale Erscheinung. Sein Organismus reagiert auf die Dissonanzen der Epoche.«<sup>54</sup> Mit *Hölderlin* schuf er eine Gestalt, die eine Problematik ausdrückt, die für ihn selbst aktuell war. Er wollte »etwas schildern von dem Konflikt, der in einem entsteht, der bis zum Wahnsinn an den Ungerechtigkeiten, den Erniedrigungen in seiner Umwelt leidet (...), und doch nicht die Praxis findet, mit der dem Elend abzuhelpen ist, der zerrieben wird zwischen seiner poetischen Vision und einer Wirklichkeit von Klassentrennung, Staatsmacht, Militärgewalt (...). Er geht nicht zugrunde, weil er sich in ein geschlossenes privates Reservat zurückziehn will, sondern weil er versucht, seinen Traum mit der äußeren Realität zu verbinden, er geht zugrunde, weil eine solche Einheit noch nicht möglich ist, jedenfalls nicht zu seinen Lebzeiten, und vielleicht zu meinen auch nicht.«<sup>55</sup>

Peter Weiss starb entkräftet am 10. Mai 1982 in Stockholm, ein halbes Jahr nach Erscheinen des dritten und letzten Bandes der *Ästhetik des Widerstands*.

ber 2005; Luc Boltanski, Eve Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003.

49 Allzu oft, beklagt er, ist »die neue linke Generation« von den alten Kommunisten »vor den Kopf gestoßen worden«, habe »allzu viel sture Ablehnung« zu hören bekommen, Ausschlag »von kleinbürgerlicher Obstinateit gegen neue Lebensformen, Gebräuche, Interessen«. Es machte sich »ein Atavismus breit zwischen den Wortführern der praktischen Handlungen, und alles saß fest in uralten anti-intellektuellen Vorurteilen« *Rekonvaleszenz*, S. 52 f./72.

50 In diesem Zusammenhang ringt er sich auch zur Einsicht durch, dass es »in unsern Ländern die bestimmte Klasse, die sich Proletariat nennen ließe, nicht mehr (gibt), hier bestehn nur die großen Blockbildungen von Menschen, die miteinander durch die gleichen Interessen, die gleichen Wünsche, den gleichen Überdruß verbunden sind (wie von Gramsci definiert)«. *Notizbücher 1971-1980*, Zweiter Band, S. 749 (Eintrag 14.-15. 10. 1978).

51 *Notizbücher 1971-1980*, Zweiter Band, S. 876 (Eintrag 22. 2. 1980).

52 Ebenda, S. 723 (Eintrag 10. 7. 1978).

53 Unveröffentlichtes Notizbuch 48, 26. Juni 1981-Mai 1982, zit. in: *Haiduk* 1991, S. 191.

54 *Notizbücher 1971-1980*, Zweiter Band, S. 861 (Eintrag 6. 11. 1979).

55 *Rekonvaleszenz*, S. 173 und 105.

ERHARD CROME

## Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die Debatten um die Wahlergebnisse der Linkspartei.PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind auch deshalb so bedeutsam, weil sie in die entscheidende Phase des Formierungsprozesses der neuen Linkspartei fallen und sich mit den hier geführten politischen und programmatischen Debatten überlagern. Das ist für die Berliner Linkspartei.PDS in zweierlei Hinsicht problematisch: Die Interpretationen aus anderen Teilen der Bundesrepublik sind nicht notwendig auf die Lösung der Probleme in Berlin gerichtet, sondern diese werden zur Folie, auf der unterschiedliche politische und inhaltliche Kontroversen ausgegossen werden; eine Fortsetzung der Berliner Koalition – wenn sie denn erfolgt – wird auch innerhalb der Partei in den nächsten Jahren unter besonderer Beobachtung stehen, noch verstärkt, wenn Berlin in der nächsten Wahlperiode die einzige »rot-rote« Landesregierung haben wird.

Erhard Crome – Jg. 1951, Dr. rer. pol. habil., Politikwissenschaftler, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Redaktion »Berliner Debatte INITIAL«, zuletzt in UTOPIE kreativ: PDS. Ansichten einer Krise, Heft 153/154 (Juli/August 2003)

Dieser Kontext gilt auch über die Partei hinaus und für die Sphäre des Politischen insgesamt. Die politischen Gegner werden jede aus ihrer Sicht geeignete Maßnahme des Berliner Senats zu nutzen trachten, um sie gegen die bundespolitische Positionierung der Linkspartei auszuspielen. Bereits am Wahlabend hatte der SPD-Vorsitzende Beck getönt, das Berliner Ergebnis sei ein »Malus Lafontaine« – und hatte damit gegen die auch ihm sicher nicht unbekannteste Regel verstoßen, daß aus Ergebnissen einzelner Landtagswahlen nicht beliebig auf die Bundespolitik zu schließen ist. Wahrscheinlich ist das bei der Bundes-SPD so ähnlich wie bei dem berühmten Hund des Naturforschers Pawlow: Wenn das Stichwort Linkspartei fällt, wird etwas gegen Oskar Lafontaine gesagt. Genau betrachtet, ist dieser bedingte Reflex aber nur die Kehrseite der Hinwendung auch der deutschen Sozialdemokratie zu den Glaubenssätzen des Neoliberalismus und damit ihrer Abkehr von dem, wofür sie jahrzehntlang stand.

Dessen ungeachtet sind für eine demokratisch-sozialistische Partei, die sich regelmäßig demokratischen Wahlen stellt, deren Ergebnisse ein wichtiger Ausdruck dessen, inwieweit es gelingt, ihre politische Reichweite zu vergrößern. In diesem Sinne haben die Ergebnisse der Wahlen in den beiden Bundesländern, in denen die Partei in den vergangenen Jahren an der Regierung beteiligt war, durchaus eine besondere Bedeutung.

### *Zu einigen politischen Voraussetzungen*

Zunächst ist daran zu erinnern, daß es sich bei politischen Systemen um Koalitionen zwischen klar identifizierbaren politischen Eliten, die Parteien gebildet haben und diese prägen, und bestimmten Wähler-

segmenten handelt. »Politische Eliten sind«, schreibt der Politikwissenschaftler Karl Rohe, »so etwas wie politische Unternehmer mit Eigeninteressen, die – aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken auch immer – um politische Macht und Einfluß kämpfen und dafür um politische Unterstützung in der Gesellschaft nachsuchen.« Wahlen dienen der Bekräftigung solcher Unterstützung oder dem Bekunden einer Ablehnung. Daher gilt: »Parteiensysteme und damit die Beziehungen zwischen Wählern und politischen Eliten bedürfen der ständigen Pflege und symbolischen Erneuerung, wenn sie nicht erodieren sollen. Umgekehrt heißt das: Der Wandel von Parteiensystemen kann seine Ursache nicht nur darin haben, daß ihre gesellschaftliche Basis gleichsam »weggerutscht« ist, sondern auch darin, daß politische Eliten es bewußt oder unbewußt versäumt haben, die »politische Koalition« mit bestimmten Wählersegmenten stets aufs Neue symbolisch zu erneuern.«<sup>1</sup>

An dieser Stelle soll in bezug auf die Linke weder über den Terminus »Elite« noch den politischen »Unternehmer« diskutiert werden; auch ist der Hinweis auf »Eigeninteressen« nicht notwendig auf Gehälter und Dienstwagen zu beziehen, wie es in manchen, die Linke oder das politische System überhaupt denunzieren wollenden Texten gern getan wird. Sich in einem Wettbewerbssystem zwischen unterschiedlichen politischen Parteien zu befinden und um die Zustimmung der Wähler zu kämpfen, hat jedoch etwas mit Konkurrenz und einem gewissen »Unternehmertum« zu tun, und das Eigeninteresse bezieht sich hier auf Macht und Einfluß, letztlich mit dem Ziel, die Gesellschaft zu verändern. Wichtig ist an dieser Stelle etwas anderes: Wenn das Wahlergebnis deutlich unter dem vorigen liegt, muß mit der Pflege und Erneuerung des Bündnisses zwischen dem zur Wahl stehenden politischen Personal und den Wählern etwas nicht gestimmt haben. Darüber ist dann nachzudenken.

Die PDS hat seit 1990 ihre eigene Symbolik zu vermitteln verstanden, auch unter Nutzung der politischen Schwächen und Fehler der anderen Parteien. Allerdings darf der Platz programmatischer Bekundungen nicht überbewertet werden – dies ist ein immer wieder gern wiederholter Fehler von Menschen, die voller Eifer an Parteiprogrammen schreiben. Hier soll nochmals Rohe zitiert werden: »Wähler müssen sich in den Signalen und Zeichen, die eine Partei aussendet, mit ihren Interessen »wiederfinden« können. Das ist nicht einfach eine Frage von Parteiprogrammen, die ohnehin mehr der Integration der Mitglieder als der Wähler dienen, sondern eine Frage des wahrgenommenen Parteicharakters, der eine komplexe Größe darstellt und aus einer Vielzahl von realen und symbolischen »Politiken« gebildet wird. Dafür ist freilich nicht unterschiedslos jede konkrete Politik, die eine Partei aufgreift, in gleicher Weise bedeutsam. Wichtig sind vor allem jene »Politiken« und »Vissues«, die den Nexus berühren, um derentwillen die »politische Koalition« einst eingegangen wurde, und das sind, bezogen auf die Stammwählerschaft, stets Politikinhalt mit einer kulturellen Dimension. Entscheidend ist deshalb die vor allem durch Führungspersonal und Politiker vermittelte Fähigkeit einer Partei, ihrer Kernklientel wenigstens von Zeit zu Zeit deutlich zu machen, wofür sie grundsätzlich steht.«<sup>2</sup> Dies ist der PDS, jenseits ihrer programmatischen Unausgewogenheiten, offenbar nach 1990 um so

1 Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt a. M. 1992, S. 25 f.

2 Ebenda, S. 27.

deutlicher gelungen, je stärker die Anfeindungen seitens anderer Parteien oder deren Führungsgruppen ausfielen. Das gilt auch für Berlin und die Zeit der Opposition bis 2001. Es gilt offenbar nicht für die Zeit der Regierungstätigkeit in der Berliner Koalition.

Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die Berliner Abgeordnetenhauswahlen im Jahre 2001 in einer Sondersituation stattgefunden hatten. Nach der deutschen Einheit und der ersten Gesamtberliner Wahl des Abgeordnetenhauses im Jahre 1990 hatte eine »Große Koalition« von CDU und SPD unter CDU-Führung die Stadt regiert. Das Ergebnis waren die verfehlte Metropolen-Politik, die zu dem von der rot-roten Koalition im Jahre 2001 vorgefundenen Schuldenberg geführt hatte, die Vetternwirtschaft um die Kernführung der alten Westberliner CDU – Stichwort »Bankenskandal« –, die schließlich zu der vorgezogenen Neuwahl zum Abgeordnetenhaus 2001 geführt hatte, sowie die weitreichenden Privatisierungen der Elektroenergie- und Gasversorgung sowie der Berliner Wasserbetriebe, für die insbesondere SPD-Senatoren verantwortlich waren.

In jener Lage des Jahres 2001 waren die Wahlen emotional besonders aufgeladen. Der Filz sollte weg, und die PDS, das Schmuttkind aus dem Osten, bot sich als die eigentliche Alternative an. Mit Gregor Gysi hatte sie einen strahlkräftigen Kandidaten, der zudem einen Bürgermeister-Wahlkampf machte. Dazu reichte es dann, trotz des historischen Zusammenbruchs der CDU, der bis heute nachwirkt, nicht. Die PDS ging in die Koalition mit der SPD, nachdem deren Spitzenkandidat Klaus Wowereit eine Koalition mit der CDU ausgeschlossen hatte und die »Ampel« mit FDP und Grünen nicht realisierbar war.

Was aber passierte nun im Spannungsfeld von tatsächlicher Politik, deren öffentlicher Präsentation und symbolischer Politik? In Sachen Bankenskandal trug die PDS die Risikoabschirmung mit, unter Hinweis darauf, daß ansonsten die Berliner Sparkasse und deren Arbeitsplätze gefährdet worden wären. Expertenmeinungen, daß dies durchaus nicht so gewesen wäre, wurden ignoriert. Eine breite, zumindest parteiöffentliche Debatte dazu fand nicht statt. Nach außen hin trat der neue Senat geräuschlos in die Verantwortung für den alten, wodurch der Eindruck vermittelt wurde, daß die wirklich Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Ein Ergebnis ist, die CDU warf den Rot-Roten im Wahlkampf 2006 die Schulden der Stadt vor – die sie selbst bis 2001 hauptverantwortlich produziert hatte. Und die Mitverantwortung der SPD für diese Lage in der alten Koalition verschwand hinter dem Lächeln von Klaus Wowereit. In Sachen Wasserprivatisierung thematisierte die von der PDS geführte Senatsverwaltung für Wirtschaft ebenfalls nicht die skandalösen, gegen die guten Sitten verstoßenden Verträge, die sie 2001 vorgefunden hatte. Auf der alternativen Webseite einiger kritischer SPD-Politiker war zu jener Zeit mehr über diese neoliberalen Verträge und ihre juristische Würdigung zu lesen als bei der PDS. Auch hier war das politische Ergebnis, daß die Verantwortlichen der SPD im alten Senat im Schatten blieben und Wowereit den Bruch öffentlich zelebrieren konnte.

Im Jahre 2002 verschwand dann Gregor Gysi aus der Berliner Politik. Das trug schon für sich genommen zu weiterer Enttäuschung bei. In der Folgezeit gab es Auseinandersetzungen um die Schließung öf-

fentlicher Einrichtungen, das Blindengeld, das Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr in Berlin, die Gebühren für Kindertagesstätten und den Verkauf von Wohnungen. Alles dies hatte die PDS der SPD mit dem Koalitionsvertrag zugestanden und dann auch mitgetragen. Das Hauptproblem auch hier aber war, daß es keine wirkliche öffentliche Debatte dazu gab, auch nicht innerhalb der PDS. Der Unmut an der Basis wuchs, die Verantwortlichen teilten mit, es gäbe keine Alternative, und schmolten, wenn ihnen vorgehalten wurde, sie würden neoliberale Politik mittragen und würden nicht ernsthaft über Alternativen nachdenken. Hinzu kamen die bleibenden Verletzungen im Zusammenhang mit verschiedenen politischen »Entschuldigungen« für unterschiedliche Kapitel der DDR- und SED-Geschichte, die ebenfalls nicht ausreichend in den Gremien der Partei und der Mitgliedschaft kommuniziert worden waren. Wenn die »gelebten Biographien« aus der DDR Teil des Selbstverständnisses der PDS gewesen sein sollten, waren diese Vorgänge kontraproduktiv.

Zum Themenkreis fragwürdiger symbolischer Politik gehörte auch, daß die Berliner Senatoren zwar im Senat der sogenannten EU-Verfassung nicht zugestimmt hatten, die Landesregierung in der entsprechenden Sitzung des Bundesrates aber zustimmen konnte, während die PDS in Mecklenburg-Vorpommern entsprechend der Beschlußlage der Partei darauf bestand, daß sich das Land in der Abstimmung enthält und Wolfgang Methling, der stellvertretende Ministerpräsident, nahm selbst an der Abstimmung teil – wohl zu verhindern, daß der SPD-Ministerpräsident Ringstorff entgegen den Absprachen nicht doch zustimmt, was er bei anderer Gelegenheit schon einmal getan hatte. Bei den Anti-Bush-Demonstrationen in Stralsund 2006 waren auch PDS-Minister gesehen worden, während in Berlin 2002 die PDS-Senatoren gemäß der Aufforderung des Regierenden Bürgermeisters zu Hause geblieben waren. Auch so etwas hatte zum schlechten Ruf der Berliner Regierung in sozialen Bewegungen und unter verschiedenen Linken, vor allem in Westdeutschland beigetragen.

Das Erklären der Haushaltssanierung zum gleichsam eigentlichen Ziel des Regierungshandelns blieb umstritten und politisch nicht überzeugend, zumal angesichts der analogen Argumentation der Regierung Schröder auf Bundesebene als Begründung für die Politik des Sozialabbaus der Unterschied zwischen »Rot-Grün« auf Bundes- und »Rot-Rot« auf Landesebene nicht sichtbar gemacht werden konnte. In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode agierte die PDS in der Regierung politisch geschickter. Die Behandlung Hartz IV-Betroffener in Berlin unterschied sich deutlich von der in anderen Bundesländern. Weitere Erhöhungen der Strompreise und der Tarife im Nahverkehr wurden im Jahre 2006 abgelehnt. Doch konnte das den etwa 2002 erfolgten Bruch auf der Ebene der symbolischen Verständigung mit Teilen der Stammwählerschaft nicht mehr reparieren. Das Wählerverhalten im Jahre 2006 ist in erheblichem Maße die Folge dessen.

### *Die Wahlergebnisse*

In Mecklenburg-Vorpommern konnte die Linkspartei.PDS ihre Position prozentual sogar etwas ausbauen: sie erhielt 16,8 Prozent im Vergleich zu 16,4 Prozent der Zweitstimmen bei den Landtagswahlen 2002. Das allerdings war auch der um etwa zehn Prozent niedrigeren

Wahlbeteiligung zu verdanken. Absolut hat sie über 20 000 Wähler verloren. Die Zahl der für die Linkspartei.PDS abgegebenen Zweitstimmen bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin 2006 betrug etwa 185 000. Damit hatte sie gegenüber 2001 etwa zehn Prozent der Stimmen (bezogen auf die Gesamt-Stimmenzahl) verloren und fiel auf 13,4 Prozent zurück. Zu den Besonderheiten der Wahlen im Vergleich gehört, daß in Berlin die SPD rechnerisch etwa ein Prozent der Stimmen hinzugewonnen hat (absolut auch fast 60 000 Stimmen verlor; die Wahlbeteiligung sank auch hier um etwa zehn Prozent), während sie in Mecklenburg-Vorpommern fast zehn Prozent verlor. In beiden Fällen blieb die SPD jedoch stärkste Partei. In Mecklenburg entschied sie sich nach zwei Wahlperioden Rot-Rot für die Koalition mit der CDU. Das ermöglicht den beiden Parteien, die auch die Koalition auf Bundesebene stellen, nun eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit auch im Bundesrat. In Berlin dagegen entschied sich die SPD für die Fortsetzung der rot-roten Landesregierung, obwohl hier ein Wechsel zu Rot-Grün möglich gewesen wäre. Nachdem auch der Landesparteitag der Linkspartei.PDS für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen votiert hatte, bestehen hier Möglichkeiten der Fortsetzung der Koalition.

Betrachtet man die längerfristigen Wahlergebnisse der PDS bzw. Linkspartei in Berlin sowie die Wahlbeteiligung, so zeigt sich folgendes Bild:

	Abgegebene Zweitstimmen PDS/Linke	Wahlbeteiligung (%)
AGH 1990	184 820	80,8
BTW 1994	289 517	78,6
AGH 1995	244 196	68,6
BTW 1998	263 337	81,1
AGH 1999	276 869	65,5
AGH 2001	366 292	68,1
BTW 2002	212 642	77,6
BTW 2005	321 714	77,4
AGH 2006	185 086	58,0

(AGH – Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin, BTW – Bundestagswahl)

Hier zeigt sich eine bei tendenziell sinkender Wahlbeteiligung doch relativ stabile Wählerschaft der Linken. Das alternative Antreten der Wahlalternative (WASG) hatte eher biographische als politische Gründe – viele der Protagonisten des konkurrierenden Wahlantritts waren ehemalige PDS-Mitglieder, die vielfach wegen der Regierungsbeteiligung aus der Partei ausgetreten waren. Insofern sind die hier zu diskutierenden Gesichtspunkte von der Analyse über das Gesamtproblem des Abschneidens der Linkspartei.PDS nicht zu trennen. Insgesamt hat die WASG nur 40 459 Zweitstimmen erhalten, während die Linke über 180 000 Stimmen verloren hat. Die Position der Linken sähe im Vergleich zu Grünen und FDP mit den WASG-Stimmen besser aus. Diese war aber nicht das eigentliche Problem. Etwa 64 000 Wähler hat die Linke an die »Partei der Nichtwähler« verloren, wie

Analysen der Wahlforscher zeigen, während sie nur 17 000 Stimmen an die WASG abgegeben hat, aber 29 000 Stimmen an die SPD. Umgekehrt hat die WASG nur 4 000 vorherige Nichtwähler angesprochen. Insofern bleiben zwei Schlußfolgerungen: Es darf erstens künftig keine konkurrierenden Antritte innerhalb der Linken mehr geben – nach der tatsächlichen Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG auf Bundesebene dürfte das hier ausgeschlossen sein. Zweitens aber ist das ernste Problem das der politischen Umsetzung einer Regierungsbeteiligung der Linken unter der Voraussetzung der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Dominanz des Neoliberalismus.

### *Künftige Herausforderungen*

Für die weitere Entwicklung ergeben sich aus meiner Sicht verschiedene Herausforderungen.

Die erste ist: Die Linke in Deutschland konstituiert sich bewußt als transformatorische Linke, die sich von allen Formen eines Avantgarde-Anspruchs verabschiedet hat. Das Ziel besteht in der Politikfähigkeit. Kriterium dafür ist das Wirken in die Gesellschaft hinein, nicht eine selbstgenügsame Rechthaberei. Eine solche Partei hat nicht das Ziel, in einem traditionellen Sinne »Vertreterin« politischer Ziele und sozialer Interessen zu sein, sondern sie nimmt die in der Gesellschaft vorhandenen Interessen und Bedürfnisse auf, kooperiert politisch mit den sozialen Bewegungen und trägt dort artikulierte Positionen in den politischen Raum hinein. Dabei ist sie weder nur der politische Arm der sozialen Linken noch deren Vormund. Sie grenzt sich sowohl von einem sozialdemokratischen Gesellschaftsverständnis ab, das den realexistierenden Kapitalismus nur »besser« zu verwalten meint, als auch von einem revolutionaristischen Gesellschaftsbild, das auf die große Veränderung mittels Umsturzes wartet und die realen Interessen der konkreten Menschen ignoriert. Dies öffentlich sichtbar und nachvollziehbar politisch deutlich zu machen ist meines Erachtens die eigentliche Herausforderung.

Es genügt zweitens nicht, einfach nur Verteidigerin der sozialen Interessen der vom Neoliberalismus Gebeutelten zu sein und frühere Sozialstaats-Leitbilder, die aus der Vergangenheit des fordistischen Kapitalismus stammen, zu vertreten. Es geht darum, soziale und politische Leitziele in den Mittelpunkt zu rücken, die aus den Kämpfen der vergangenen Jahrzehnte im weitesten Sinne resultieren. Das Erfurter Sozialforum im Juli 2005 hat die unterschiedlichsten politischen und sozialen Kräfte, die in verschiedenen Milieus und Kulturen beheimatet sind, in einen Diskussionszusammenhang miteinander gebracht: Erwerbsloseninitiativen und Gewerkschaften, Jugendliche, Studenten und Frauenbewegung, Migranten, Umweltschützer, zivilgesellschaftliche Initiativen. Das ist der erreichte Stand des Ringens der sozialen Bewegungen, auf die Bezug zu nehmen ist. Auf Bundesebene wurden seit Herbst 2005 politische Verbindungen zwischen Linkspartei, Bundestagsfraktion und neuen sozialen Bewegungen sowie Gewerkschaften geschaffen, die belastbar und politisch konstruktiv sind. Auch wenn etwa der Streit, ob es vor allem um Arbeit für alle und Mindestlohn oder zuerst um ein bedingungsloses Grundeinkommen auf einem menschlichen Niveau gehen soll, sich fortsetzen wird. Wahrscheinlich muß beides in einen inneren konzeptionellen und po-

litischen Zusammenhang gebracht werden. Dann liegen die Positionen nicht mehr so weit auseinander. Eine andere Welt, die auch in Deutschland möglich werden soll, das ist mehr Zeit zum Leben, weniger Arbeitshetze und mehr Lebensqualität in einer Welt, die friedlich, solidarisch, sozial, gerecht, umweltverträglich und nachhaltig eingerichtet ist. Daran ist letztlich linke Politik zu messen. Solche Kooperationen müssen auch auf Landesebene auf neue Weise fruchtbar gemacht werden.

Drittens hat die PDS in den vergangenen Jahren inhaltliche Positionen erarbeitet, die weiterführend sind. Dazu gehört, daß es programmatisch um ein »Dreieck« der Politik geht, (1) sich bewußt und mit konkreten Alternativen den Anforderungen der Tagespolitik zu stellen, (2) ein kooperatives Verhältnis zu den sozialen, zivilgesellschaftlichen, feministischen, ökologischen und Friedensbewegungen zu pflegen sowie (3) an Gesellschaftskonzepten jenseits des realexistierenden Kapitalismus zu arbeiten, d. h. über Sozialismus in einem neuen, demokratischen Sinne nachzudenken. Jede Landes- bzw. Regierungspolitik steht zwangsläufig in einem solchen Kontext. Die Politik wird letztlich daran gemessen, daß alle drei Dimensionen sichtbar und für Mitglieder und Wähler nachvollziehbar sind.

Viertens sollten die programmatischen Debatten nicht überbewertet werden. Die Programmatik bleibt rückgebunden an die Politik, wie zugleich die Politik gleichsam unbehaust über den Wassern schwebt, wenn sie nicht eingebunden ist in ein programmatisches Gesamtkonzept. Das hat dann in der Tat etwas mit Unverwechselbarkeit zu tun. Vor diesem Hintergrund sind realistische Politikangebote für die verschiedenen Politikfelder grundlegend. Sie müssen zielstrebig und systematisch unter Hinzuziehung der unterschiedlichsten Angebote der verschiedenen politischen und sozialen Kräfte erarbeitet werden. Zugleich jedoch gilt, daß es oft zunächst auch genügen muß, Nein zu sagen zu bestimmten Entscheidungen im Sinne neoliberaler Umstülpung, auch wenn die alternativen, realisierbaren und politikrelevanten Gegenkonzepte noch nicht fertig auf dem Tisch liegen. Die Frage nach der Verstetigung des politischen Wirkens der Linkspartei über die Bundestagswahl und die kommende Wahlperiode hinaus wird sich danach entscheiden, inwiefern es den konkret agierenden Personen, den Organisationen der Partei und den mit ihr verbundenen Bewegungen und der gesamten Linken gelingt, diese Aufgaben gleichzeitig und in Verbindung miteinander zu lösen.

### *Die neue Bruchlinie*

Die klassische Politikwissenschaft hat das Entstehen politischer Parteien entlang von historischen Konflikt- bzw. Bruchlinien (engl. cleavages) erklärt. In Europa waren die Prozesse der Industrialisierung, der Nationwerdung, der Säkularisation und der Ausdehnung des Wahlrechtes auf immer größere Teile der erwachsenen Bevölkerung bestimmend. Insofern wurden Bruchlinien unterschieden in den Problemfeldern: Staat – Kirche bzw. Konfessionen; Stadt – Land bzw. Industrie- und Handelsinteressen versus agrarische Interessen; Kapital – Arbeit sowie Zentrum – Peripherie.<sup>3</sup> Die traditionellen Parteien, von den konservativen über liberale, christlich-demokratische und Parteien nationaler, kultureller oder religiöser Minderheiten sowie Bau-

3 Vgl. Seymour M Lipset, Stein Rokkan (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments*, New York 1967. Siehe auch: Klaus von Beyme: *Parteien in westlichen Demokratien*, München: Piper Verlag 1984.

ernparteien bis hin zu den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien lassen sich anhand dieser interessenkonstituierenden Konfliktlinien sozialhistorisch erklären. Zusätzlich wurde seit den 1960er/1980er Jahren ein »Wertewandel« von eher traditionellen bzw. »materialistischen« Werten hin zu »postmaterialistischen« ausgemacht.<sup>4</sup> Dies meint kulturelle, soziale, schließlich intellektuelle Bedürfnisse und deren Befriedigung, die allerdings stets die Befriedigung der physiologischen und physischen Bedürfnisse zur Voraussetzung haben. (Marxisch gesprochen: Die Menschen müssen erst essen, sich kleiden und wohnen, bevor sie Philosophie und Politik betreiben bzw. den Umweltschutz an die Spitze der Prioritätenliste stellen können.) Von daher wurde dann das Aufkommen der Grünen Parteien in Europa erklärt.<sup>5</sup>

Die Dominanz des Neoliberalismus hat die Lage weiter verändert. In diesem Sinne ist das Wirken der Sozialdemokratie unter Schröder genauer zu betrachten. Beraten von Politikwissenschaftlern, die meinten, die Arbeiterschaft hätte keine große Bedeutung mehr in der Gesellschaft und es sei besser, die SPD mittig zu positionieren, und unter dem Druck der Unternehmerverbände sowie der angeblichen Sachzwänge der sich globalisierenden Weltwirtschaft hatte die Führung der SPD ihre 1998 noch vorhandene soziale und politische Basis in erheblichem Maße verstoßen. Der Reformbegriff erscheint für weite Teile der Bevölkerung fortan negativ; bedeuteten »Reformen« unter Willy Brandt und Helmut Schmidt politische Maßnahmen zugunsten der Arbeitenden und sozial Schwachen, so sind Reformen jetzt in eins gesetzt mit Sozialabbau und Schlechterstellung der Arbeiter, Angestellten, Handwerker und sozial Schwachen. Es wurde, mit dem analytischen Zugang von Rohe zu sprechen, durch Agenda 2010 und »Hartz«-Gesetze bewußt versäumt, die politische Koalition mit den früheren Wählersegmenten zu erneuern. Schröder hat die Dinge in Deutschland vereinfacht: Ein linkes Gesicht in der SPD gibt es nicht mehr. Die SPD wurde mit ihrem grünen Ableger eine neoliberale Formation ohne Wenn und Aber, ist jedoch so weit »in die Mitte«, d. h. von links aus gesehen nach rechts gerückt, daß der offene Raum links immer größer wurde.

Den gilt es nunmehr zu füllen. Die prägende Bruchlinie heißt jetzt: Neoliberalismus versus Soziale Verantwortung. Sie überlagert alle anderen Bruchlinien. Die Partei SPD als Organisation ihrer politischen Elite hat das linke Lager verlassen und findet sich auf der anderen Seite dieser Bruchlinie. So entstand eine grundlegend neue politische Lage in Deutschland. Die Linke kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie an dieser Bruchlinie identifizierbar ist, auch beim Regieren.

4 Vgl. Ronald Inglehart: Wertewandel in westlichen Gesellschaften, in: Helmut Klages, Peter Kmieciak (Hrsg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt a.M./New York 1979, S. 279-316; Ronald Inglehart: Kultureller Umbruch, Frankfurt a.M./New York 1989.

5 Vgl. Joachim Raschke: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.

## WOLFRAM ADOLPHI

# Kaderpartei.

## Skizze für ein HKWM-Stichwort

Die Frage nach der Kaderpartei – genauer: nach der revolutionären, sozialistischen oder kommunistischen Kaderpartei – ist *erstens* die Frage nach der revolutionären Partei zunächst im Kapitalismus und dann beim ›Aufbau‹ einer sozialistischen Gesellschaftsordnung überhaupt. Wie soll sich eine Partei, die »extrem fortschrittlich« ist und »die Zukunftsorganisation (der Gesellschaft) als wesentlich verschieden von der heutigen« denkt,<sup>1</sup> zunächst in der kapitalistischen Gesellschaft, dann zur und in der Revolution und schließlich nach dem Sieg der Revolution verhalten? So sicher es ist, dass sich der Entwicklungspfad im Sinne einer Kaderpartei – jedenfalls in Europa – durch den Stalinismus und das Scheitern des Realsozialismus historisch delegitimiert hat, so sicher ist doch zugleich, dass dauerhaft erfolgreiche Alternativen noch nicht gefunden sind. Noch immer liegt der Weg zwischen der »Scylla der den Gegner begünstigenden Organisationslosigkeit der Massen« auf der einen Seite und der »Charybdis« des »politisch notwendige(n) Prinzip(s) der Organisation«, dem unvermeidlich die »Tendenz zur Oligarchie« innewohnt, auf der anderen<sup>2</sup> im Ungewissen – jedenfalls für eine Partei, die das herrschende System überwinden will.

Und die Frage nach der Kaderpartei ist *zweitens* die nach der Klassenstruktur im Staatssozialismus. Die von Milovan Djilas 1957 aufgeworfene Frage, wer die Revolution von 1917 denn brauchte, da doch »die Vorbedingungen für die Errichtung einer neuen Gesellschaft nicht stark genug ausgeprägt waren«, und sein Befund, dass dies nicht wirklich die Arbeiterklasse oder Bauernschaft gewesen sei, sondern eine »neue Klasse«, gebildet durch die »politische Bürokratie« und im Keim bereits angelegt in der »Partei bolschewistischen Musters«, genauer: »in der Schicht der Berufsrevolutionäre, die ihren Kern bildeten, bevor sie zur Macht gelangte«<sup>3</sup>, umreißt das Problem der Kaderparteien in seiner gesamten revolutionstheoretischen und revolutionspraktischen Dimension: Parteien, die von sich behaupteten, tief in der Arbeiterklasse und in den Massen verwurzelt zu sein – Stalin prägte 1937 das Bild von den dem mythischen Helden Antäus gleichenden Bolschewiki, die wie er ihre »Unbesiegbarkeit« aus der »Verbindung mit ihrer Mutter« gewannen, »mit den Massen (...), die sie erzeugt, genährt und erzogen haben«<sup>4</sup> –, etablierten sich zu Kaderparteien: einer Funktionärskaste, der die Arbeiter (wie alle anderen Gesellschaftsmitglieder) mehr und mehr zum Material, zur Unterlage ihrer eigenen Ziele und Absichten wurden und die unter verschleiern den Begriffen wie ›Arbeiter- und Bau-

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Dr. sc. phil., Dipl.-Staatswissenschaftler, wiss. Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Roland Claus (Fraktion DIE LINKE.) und Redakteur bei UTOPIE kreativ; in der Zeitschrift zuletzt: »Des jungen Leutnants Deutschland-Tagebuch«, Heft 175 (Mai 2005) und »PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. Skizzen zu ihrer Geschichte«, Heft 172 (Februar 2005).

Der vorliegende Text entstand als Entwurf des Eintrags zum Stichwort »Kaderpartei« im Band 7 des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« (HKWM), der voraussichtlich Ende 2007 im Argument Verlag erscheinen wird. Er ist mit dem (kürzeren) Eintrag im HKWM nicht identisch.

ernmacht« oder »Errichtung der klassenlosen Gesellschaft« die unumschränkte Diktatur eines kleinen Machtzirkels sicherte.

## I

Der Begriff der Kaderpartei ist in der Parteiengeschichte und Parteientheorie keineswegs so eindeutig verwendet, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Die Kaderparteien selbst bezeichneten sich trotz der bei ihnen seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts alltäglichen Verwendung des »Kader«-Begriffes niemals als solche, und auch in der kritischen Analyse von außen ist erst spät und nur sporadisch von Kaderparteien die Rede. Eine frühe Definition findet sich bei Philip Selznick 1952, der in einer Untersuchung der Bolschewiki, die er eigentlich als »Kampfpartei« (combat party) charakterisiert, auch von der Kaderpartei (cadre party) spricht und diese als eine »äußerst manipulierbare Kernorganisation von ausgebildeten Aktivisten« bezeichnet, die »durch den politischen Kampf zusammengehalten wird und mit der Massenbewegung dadurch verbunden ist, dass ihre Mitglieder zu Führern größerer Gruppen der Gesellschaft werden.«<sup>5</sup> Mitgliedschaft in der Kaderpartei bedeute »nicht Wahrnehmung einer politischen Rolle im herkömmlichen Sinn, sondern die Festlegung und Formung des gesamten Lebens eines Individuums – einschließlich seiner politischen Aktivitäten.«<sup>6</sup> Begriff und Ansatz sind in späteren umfassenden Untersuchungen zur Theorie, Soziologie und Typologie von Parteien wie den von Kurt Lenk und Franz Neumann 1968 oder Gilbert Ziebura 1969 herausgegebenen<sup>7</sup> jedoch nicht aufgegriffen worden, und bei Klaus v. Beyme 2000 findet sich die Kaderpartei mit der »Honoratiorenpartei«, von der u. a. bei Max Weber 1919 die Rede ist,<sup>8</sup> in eins gesetzt, wodurch eine gänzlich andere Bedeutung entsteht. Kaderpartei in diesem Sinne wäre eine »in den Parlamenten entstandene« Partei und als solche der »Massenpartei« gegenübergestellt.<sup>9</sup> Erst in jüngeren Untersuchungen wird der Kaderpartei-Begriff bei der Analyse von kommunistischen oder staatssozialistischen Herrschaftsparteien konsistent verwendet.<sup>10</sup>

Im Alltagsgebrauch steht der Begriff »Kaderpartei« meist als Synonym für die Herrschaftspartei im Staatssozialismus schlechthin, für »Partei neuen Typus«, »bolschewistische Partei«, »Avantgardepartei«, »Elitepartei«. Für den theoretischen Zugang sind die Überlegungen von Sigmund Neumann 1932 zur »absolutistischen Integrationspartei«, die er nach dem 2. Weltkrieg um den Begriff der »totalitären Integrationspartei« erweiterte, von Bedeutung. Als typisch für solch eine Partei beschreibt er »eindeutige personelle Führung, hierarchische(n) Aufbau, straffe Durchorganisierung in mehr-minder militärischen Formationen mit der Tendenz zur Exklusivität und zur ausschließlichen Rekrutierung aus eigenen Reihen, aus den Jugendorganisationen der Partei (...), die als unumgehbare Vorbereitungszeit für die kommenden Ordensbrüder fungieren.«<sup>11</sup> Kurt Lenk und Franz Neumann warnen indes nachdrücklich davor, mit diesem Begriff gleichermaßen »die nationalsozialistische Führerpartei« und »die bolschewistische Partei in Sowjetrußland« erfassen zu wollen – auch wenn insbesondere für die Herrschaftszeit Stalins »ähnliche Gewaltanwendung, Liquidation innerparteilicher Gegner und Verhin-

1 Dies ist eine Aussage über die SPD aus dem Jahre 1912. – Hermann Rehm: Deutschlands politische Parteien, Jena 1912, S. 69 f.

2 Robert Michels: Formale Demokratie und oligarchische Wirklichkeit, in: Monatshefte für Soziologie, Leipzig 1909, hier zitiert nach: Kurt Lenk, Franz Neumann (Hrsg.): Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied a. Rh. u. Berlin (West) 1968, S. 245.

3 Milovan Djilas: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, (1957) Wien-München 1976, S. 29 u. S. 45.

4 J. W. Stalin: Über die Mängel der Parteiarbeit, (1937) in: ders.: Werke, Bd. 14, S. 157.

5 Philip Selznick: The Organizational Weapon. A Study of Bolshevik Strategy and Tactics (Die Organisation als Waffe. Eine Studie zur bolschewistischen Strategie und Taktik), (RAND Corporation 1952) Glencoe/Illinois 1960, S. 18.

6 Ebenda, S. 28. – Vgl. auch: Frank Ettrich: Differenzierung und Eliten im Staatssozialismus, in: Historical Social Research, Vol. 28, 2003, No. 1/2, S. 39.

7 Kurt Lenk, Franz Neumann (Hrsg.) a. a. O.; Gilbert Ziebura (Hrsg.): Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien, Darmstadt 1969.

8 Max Weber: Politik als Beruf, (1919) in: Gesammelte politische Schriften, Tübingen 1958, S. 520.

9 Klaus v. Beyme: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000, S. 24.

10 Vgl. Frank Ettrich: Differenzierung und Eliten im Staatssozialismus, a. a. O.; und Till Kössler: Kaderpartei oder Milieupartei? Die KPD in Westdeutschland 1945 bis 1960, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004, Berlin 2004, S. 131-155.

11 Sigmund Neumann: Die politischen Parteien in Deutschland, Berlin 1932; Neudruck: Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart 1965, S. 107; hier zitiert nach: Kurt Lenk, Franz Neumann (Hrsg.) a. a. O., S. LXIX f.

12 Kurt Lenk und Franz Neumann im Vorwort zu ihrem Band »Theorie und Soziologie der politischen Parteien«, a. a. O., S. LXX f.

13 Ebenda, S. XIX.

14 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, (1848) in: dies.: Werke (MEW), Bd. 4, S. 474.

15 Ebenda.

16 Karl Marx, Friedrich Engels: Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a., 17./18. September 1876, in: MEW, Bd. 19, S. 165.

17 Friedrich Engels: Antwort an die Redaktion der »Sächsischen Arbeiterzeitung« [1891], in: MEW, Bd. 22, S. 70.

18 Derselbe: An den Studentenkongress in Genf, 19. Dezember 1893, in: MEW, Bd. 22, S. 415.

derung jeglicher Opposition« prägend gewesen seien. Die »gesellschaftliche Funktion« der beiden Parteien könne nicht gleichgesetzt werden, »Kommunisten und Faschisten forderten, formten und stabilisierten Gesellschaftssysteme, die sich diametral gegenüberstanden«.<sup>12</sup>

Im Ganzen gilt für die Analyse der Kaderparteien, was Kurt Lenk und Franz Neumann als Gefahr bei der Festlegung auf bestimmte Parteitypen überhaupt beschreiben: dass es leicht zu einer »ahistorischen und undifferenzierten Darstellung« kommen kann, hinter der »die historische Vielfalt der politischen Parteien, ihre Strukturen, ihre Ideologien und Programme, ihre Funktion in Gesellschaft und Staat« verschwinden.<sup>13</sup>

## II

Die Entwicklung einer revolutionären Partei zur Kaderpartei widerspricht dem Verständnis von Karl Marx und Friedrich Engels hinsichtlich der Rolle der Kommunisten. Diese seien – so heißt es im Kommunistischen Manifest – »praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeitparteien aller Länder«,<sup>14</sup> ohne eine *eigenständige* Partei zu bilden. Allerdings scheint schon hier auch ein Elite-Gedanke auf, der in den späteren Kaderparteien wiederkehrt: Die Kommunisten hätten »theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus«.<sup>15</sup> Als die Fragen nach der Qualität, der Struktur und den Funktionären der neuen Partei herandrängen, stellen Marx und Engels klare ideologische Forderungen: sie dürften »keine Reste von bürgerlichen, kleinbürgerlichen etc. Vorurteilen mitbringen« und müssten »sich die proletarische Anschauungsweise unumwunden aneignen«.<sup>16</sup> Schon da ist deutlich, dass sich die Partei nicht »rein« aus der Arbeiterklasse rekrutieren wird, sondern Zustrom von außen braucht – und erhält. In den Folgejahren werden die Anforderungen an die »Kader« – ohne sie schon so zu nennen – durch Engels präzisiert: »Vertrautheit mit den Bedingungen des Parteilampfs und Eingewöhnung in seine Formen, erprobte persönliche Zuverlässigkeit und Charaktertüchtigkeit und schließlich willige Einordnung in die Reihen der Kämpfenden«.<sup>17</sup> Und er merkt an, dass, weil es bei der »Befreiung der Arbeiterklasse« darum geht, »die Leitung nicht nur der politischen Maschinerie, sondern ebenso der gesamten gesellschaftlichen Produktion in die Hand zu nehmen«, diese Befreiung nicht nur Politiker, sondern »darüber hinaus Ärzte, Ingenieure, Chemiker, Agronomen und andere Spezialisten« benötigt.<sup>18</sup>

Von einer Zwangsläufigkeit der Entwicklung hin zur späteren Kaderpartei kann hier noch nicht die Rede sein. Allerdings sollte, bevor der Bogen direkt zu Lenin gespannt wird, noch einmal Robert Michels zur Kenntnis genommen werden, der 1909 bei seinen Überlegungen über die Tendenzen zur Oligarchie keineswegs die russische Partei, sondern die SPD im Auge hat, wenn er feststellt, dass »die technische Spezialisierung« die »notwendige Folge jeder ausgedehnten Organisation« sei und »der Anfang der Bildung eines berufsmäßigen Führertums (...) den Anfang vom Ende der Demokratie« bedeute. Der »Parteiapparat« mit seiner »Möglichkeit Karriere

zu machen« leite »die Umwandlung einer Reihe mehr oder weniger begabter Proletarier in (...) emporgehobene Beamte« ein, wodurch »ein wahrer Klassenunterschied zwischen den exproletarischen Führern und den proletarischen Geführten« entstehe. Dies alles aber geschehe mit Unumgänglichkeit, denn die »moderne politische Partei« sei »auch eine Kampforganisation«, und die »noch jungfräulich unbeholfene Arbeiterbewegung« bedürfe des »Zentralismus«, weil dies »die einzige Methode« sei, »sich bei den bürgerlichen Parteien Macht und Ansehen zu sichern«. <sup>19</sup>

### III

Als Lenin an den Aufbau einer revolutionären Partei geht, geht es nicht um »Macht und Ansehen« in einem demokratischen Parteiensystem, sondern um das Agieren unter ständiger tödlicher Bedrohung. Mit der Aufgabe konfrontiert, die als »unendlich mannigfaltig« sich erweisenden »Funktionen der revolutionären Arbeit« zu erfüllen und zugleich die Arbeit »vor dem Auffliegen« zu bewahren, <sup>20</sup> entwickelt er das Konzept einer Partei der Berufsrevolutionäre – mithin einer Kaderpartei. Es müssten »Leute ausgebildet werden, die der Revolution nicht nur ihre freien Abende, sondern ihr ganzes Leben widmen« <sup>21</sup> und sich »berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen« <sup>22</sup>. Dabei ist er sich der Gefahr der Selbstisolierung einer solchen Partei bewusst, wenn er fordert, dass »die Konzentrierung aller konspirativen Funktionen in den Händen einer möglichst geringen Zahl von Berufsrevolutionären (...) keineswegs« bedeute, »daß die Berufsrevolutionäre »für alle denken werden«, daß die Menge keinen tätigen Anteil an der *Bewegung* nehmen wird.« Im Gegenteil, die Menge werde »diese Berufsrevolutionäre in immer größerer Anzahl hervorbringen«. <sup>23</sup>

Eines der wesentlichen Merkmale der Entwicklung der Kaderpartei stalinistischen Typs besteht darin, dass diese Auffassungen Lenins unter Umgehung seiner eigenen Korrekturen hinsichtlich der Selbstorganisation der Arbeiter als Bestandteil der Partei <sup>24</sup> zu einer linearen Ausführung eines Leninschen »Plans« stilisiert werden. »Was die Struktur und Zusammensetzung der Partei (...) betrifft«, heißt es 1938 im »Kurzen Lehrgang« zur Geschichte der KPdSU, »so war Lenin der Auffassung, dass die Partei aus zwei Teilen bestehen muss: a) aus einem engen Kreise ständiger leitender Kaderarbeiter, dem hauptsächlich Berufsrevolutionäre angehören sollen, (...) und b) aus einem weit verzweigten Netz von Peripherie-Parteiorganisationen, aus einer zahlreichen Masse von Parteimitgliedern, die von der Sympathie Hunderttausender von Werktätigen umgeben sind und von ihnen unterstützt werden«. <sup>25</sup> Die Leninsche »Iskra« gilt in der offiziellen Geschichtsschreibung als Organisationszentrum, um das sich »die führenden Parteikader, Berufsrevolutionäre (und fortschrittliche Arbeiter« versammelten. <sup>26</sup>

Ausgeblendet bleibt bei diesem Vorgehen auch die Kritik von Rosa Luxemburg am Leninschen Konzept von 1901/02. Sie lehnt jede »mechanische Unterordnung der Parteikämpfer unter ihre Zentralgewalt« ab und fordert, dass »zwischen dem bereits in feste Partei-Kader organisierten Kern des Proletariats und der vom Klassenkampf bereits ergriffenen, im Prozess der Klassenaufklärung be-

19 Robert Michels a. a. O., S. 245 ff.

20 W. I. Lenin: Der »Kampfbund« an die Petersburger Arbeiter und Sozialisten, (1895) in: ders.: Werke (LW), Bd. 2, S. 353.

21 Derselbe: Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung, (1900) in: LW, Bd. 4, S. 370.

22 Derselbe: Was tun? (1901/02) in: LW, Bd. 5, S. 481.

23 Ebenda, S. 482.

24 Vgl. Derselbe: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, (1904) in: LW, Bd. 7, S. 197 ff. u. 257 ff., dann auch (1905/06) in: LW, Bd. 10, S. 16 u. (1907) in: LW, Bd. 13, S. 97; siehe dazu auch den Eintrag zum Stichwort »Berufsrevolutionär« von Werner Mackenbach in: HKWM Bd. 2, S. 166-169.

25 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, (1938) Berlin 1946, S. 40 (im Folgenden: Kurzer Lehrgang).

26 W. I. Lenin. Biographie, (1961) Berlin (DDR) 1976, S. 123.

27 Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, (1904) in: dies.: Gesamtelte Werke (GW), Bd. 1, 2. Halbband, S. 429.

28 Dieselbe: Die russische Revolution, (1918) in: GW, Bd. 4, S. 362.

29 Ebenda.

30 Peter Nettl: Rosa Luxemburg, Köln-Berlin (West) 1967, S. 263.

31 Ebenda, S. 264.

findlichen umliegenden Schicht nie eine absolute Scheidewand aufgerichtet werden« dürfe. Die sozialdemokratische Partei dürfe nicht als »mit der Organisation der Arbeiterklasse *verbunden*« betrachtet werden, sondern sie sei »*die eigene Bewegung* der Arbeiterklasse«. <sup>27</sup> Indem sie den sozialdemokratischen Zentralismus als die »gebieterische Zusammenfassung des Willens der aufgeklärten und kämpfenden Vorhut der Arbeiterschaft ihren einzelnen Gruppen und Individuen gegenüber« postuliert, bleibt indes auch hier der ›Vorhut‹, der ›Auslese‹-Begriff in all seiner Ambivalenz erhalten. Als sie sich jedoch mit der Oktoberrevolution auseinandersetzt, kommt sie zu einem Schluss, der den Befund von Milovan Djilas 1957 vorwegnimmt: »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Press- und Versammlungsfreiheit erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution (...), einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboden, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft (...) Ja noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geislerschießungen usw.« <sup>28</sup> Und dann scheint das Diktum von Robert Michels 1909 wieder auf: »Das ist ein übermächtiges objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.« <sup>29</sup>

Was das Wirken von Rosa Luxemburg in der Sozialdemokratie selbst betrifft, hat Peter Nettl im Kontrast zum ›Elite‹-Begriff – »eine Elite herrscht« – den der *peer group* herausgearbeitet, womit eine »Bindung« bezeichnet sei, »die nicht auf gemeinsamer Herkunft und organisatorischem Zusammenschluss« beruhe, sondern auf »der Zusammenarbeit von Generationengenossen, die sich untereinander in exzeptionellem Maße als Gleiche fühlen«. <sup>30</sup> Allerdings bleibt auch eine *peer group* für die Erlangung von Wirkungsmächtigkeit auf Hierarchien angewiesen, auf Strukturen einer Kaderpartei. Sie braucht »unter« sich »eine Gruppe minder privilegierter Aktivisten«, deren Aufgabe es ist, »Geld zu sammeln, Literatur zu vertreiben und allgemein der Führung zu Diensten zu stehen – ohne äußeren Glanz«. <sup>31</sup>

Nach der Oktoberrevolution, in der Zeit des Bürgerkriegs und der Interventionskriege, entsteht eine neue Dimension des Wirkens der Kaderpartei: Indem die Bolschewiki ein Ein-Parteien-System errichten, vermischen sie Kaderpartei und Staat, und der Kreis derer, auf die das Anforderungsbild der Parteiführung an die ›Kader‹ Anwendung findet, wird auf Funktionäre aller Ebenen in Staat, Armee, Partisanenverbänden, Wirtschaft, Landwirtschaft, Kultur, gesellschaftlichem Leben erweitert. Dabei kommt es zu tiefen Widersprüchen: Die für die Gestaltung der neuen Gesellschaftsordnung gebrauchten ›neuen Menschen‹ müssen erzogen und ausgebildet werden, und zwar – so Lenin – »nicht aus einem phantastischen und nicht aus einem von uns speziell geschaffenen Menschenmaterial, sondern aus

dem Material, das uns der Kapitalismus als Erbteil hinterlassen hat«. <sup>32</sup> Aber das als ›Erbteil‹ hinterlassene ›Menschenmaterial‹ erweist sich als sperrig, und außerdem wird die Schaffung einer neuen Ordnung unablässig von außen bedroht. Weil sich »der regierenden Partei Abenteurer und sonstige überaus schädliche Elemente aanbiederten«, fordert Lenin eine »Reinigung der Partei«, »verbunden mit der unentwegten *Steigerung ihrer Anforderungen* hinsichtlich einer wirklich kommunistischen Arbeit«. <sup>33</sup> Damit gibt er *ideologischen* Maßstäben im Anforderungsbild an die Kaderpartei eine herausragende Bedeutung.

Was hier als ›Reinigung‹ beschrieben ist, hat noch nichts mit den massenhaften, millionenfachen Mord einschließenden ›Säuberungen‹ zu tun, mit denen später Stalin seine Alleinherrschaft sichert (im Russischen heißt es aber in beiden Fällen *Čistka*). Dennoch kommt es bereits unter Lenin zu einer Gleichzeitigkeit und Zusammenfassung von innerparteilicher ›Reinigung‹ und Krieg nicht nur gegen die ihrerseits Gewalt anwendende Konterrevolution, sondern auch – wie insbesondere die Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes im März 1921 zeigt – gegen andere Sozialismus- und Kommunismusauffassungen.

#### IV

Für Stalin ist die kommunistische Partei ein »Schwertträgerorden« innerhalb des Sowjetstaates, der die Organe des letzteren lenkt und ihre Tätigkeit »beseelt«. <sup>34</sup> Er errichtet jene ›Scheidewand‹, vor der Rosa Luxemburg gewarnt hatte: Kommunisten seien »Menschen von besonderem Schlage«, bildeten »die Armee des Genossen Lenin«, und es gebe »nichts Höheres als die Ehre, dieser Armee anzugehören«. <sup>35</sup>

Unter Stalin entwickelt sich die Kaderpartei in der Sowjetunion in drei eng miteinander verwobenen Richtungen: a) die Mitglieder der Kaderpartei und die parteilosen Kader werden millionenfach Träger der Industrialisierung, der Kultur- und Bildungsrevolution, der militärischen Stärkung der Sowjetunion, verhelfen dem Land zu jener wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kraft, die es ihm im Zweiten Weltkrieg ermöglicht, der faschistischen Aggression zu widerstehen, 1945 zu den Siegermächten zu gehören und danach zur Weltmacht aufzusteigen; b) die Kaderpartei wird zum Instrument der Unterdrückung und Ausbeutung großer ›anderer‹ Bevölkerungssteile (z. B. Zwangskollektivierung; Vernichtung der ›Kulaken‹; Errichtung des GULag-Systems; ›Umsiedlung‹ von nationalen Minderheiten), sie wird zur von Djilas gemeinten, die unumschränkte Herrschaft ausübenden ›neuen Klasse‹; c) die Mitglieder der Kaderpartei werden selbst zur Verschiebemasse, sie werden zum willkürlich dem Auf- oder Abstieg (bis zur Ermordung) preisgegebenen ›Menschenmaterial‹. Victor Serge bilanziert 1947: Seit den dreißiger Jahren bildeten die Kader – Partei-Kader, Kader der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, Intellektuelle sowie Kader der Armee und der Polizei – mit ihren Familien eine privilegierte Schicht, die 15 Prozent der Bevölkerung umfasste. Nur sie könne »sich satt essen und in einem richtigen Bett schlafen«. Dem stünden 15 Prozent der Erwachsenen, die in Konzentrations- und Arbeitslager verbracht wor-

32 W. I. Lenin: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, (1920) in: LW, Bd. 31, S. 35.

33 Derselbe: Die große Initiative, (1919) in: LW, Bd. 29, S. 422 f.

34 J. W. Stalin: Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten, (1921) in: ders.: Werke, Bd. 5, S. 61.

35 Kurzer Lehrgang, a. a. O., S. 325.

36 Victor Serge: Hat die UdSSR ein sozialistisches Regime? in: *Masses*, Juni 1947 (Nr. 9-10), hier nach: Derselbe: *Für eine Erneuerung des Sozialismus. Unbekannte Aufsätze*, Hamburg 1975, S. 19 f.

37 J. W. Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU (B), 26. Januar 1934, in: *Werke* Bd. 13, S. 328 u. 332.

38 Victor Serge, a. a. O., S. 22.

39 Kurzer Lehrgang, a. a. O., S. 408.

den waren, sowie die übrige Bevölkerung, die ebenfalls in Not und Armut lebe, gegenüber.<sup>36</sup>

Mit der Entwicklung der Kaderpartei zur stalinistischen Kaderpartei wird der Kader-Begriff – in zwangsläufig enger Verquickung mit der ›führenden Rolle‹ der ›marxistisch-leninistischen‹ Partei – zum zentralen Terminus für die Träger der Leitungsstruktur in ausnahmslos allen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen. Alle Betriebe, Verwaltungen, Kultureinrichtungen usw. haben nun ›Kader-Programme. ›Staatssozialismus‹ und ›Parteisozialismus‹ gehen in eins.

In der inneren Entwicklung der Kaderpartei wird durch Stalin mit der Setzung unberechenbar wechselnder ideologischer Kriterien für ›Säuberungen‹ und mit der beständigen Heraufbeschwörung der Gefahr einer »Spaltung der Partei«, der zu begegnen die »Zentrale Kontrollkommission« geschaffen wurde,<sup>37</sup> ein Säuberungs-Terror kennzeichnend, der wesentliche Teile der Kaderpartei zerstört, andere deformiert und die Kaderpartei völlig dem Ausbau des Regimes der persönlichen Macht Stalins unterordnet. Mit der Ermordung der führenden Kader der Oktoberrevolution und der Kommunistischen Internationale (KI) wird 1936 ein Kreislauf in Bewegung gesetzt, bei dem auf allen Ebenen Kader andere Kader denunzieren, anklagen, verhören und der Ermordung oder Verschleppung in Straflager zuführen, um dann durch wieder andere Kader demselben tödlichen Prozess unterworfen zu werden. Die Kaderpartei fungiert als zentraler Bestandteil des Systems des Stalinismus: eines Systems, das den Beweis antritt, »dass die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die Kollektivierung und Planung zum unmenschlichsten Antisozialismus führen können (auch im ökonomischen Sinne des Wortes)«, wenn »die Einrichtung einer (terroristischen) Wirtschaftsmaschinerie, die über äußerste Macht verfügt«, zugelassen wird.<sup>38</sup> Stalin behält Recht: Auch in diesem mörderischen und selbstzerstörerischen Prozess »entscheiden die Kader alles«.<sup>39</sup> Die Kaderpartei wird zu einer Partei der Angst, sie bewirkt und reproduziert, indem sie die Menschen zu ›Kadern‹, zu Bestandteilen von Machtstrukturen deformiert, Entmenschung. Dabei zerstört sie – entgegen allem offiziellen Selbstbild – ihre Massenbasis vollständig, was sich zwar erst fünf Jahrzehnte später (1989/90), dann aber mit voller Wucht darin entlädt, dass die so lange als ›führende Kraft der kommunistischen Weltbewegung‹ und ›von Lenin geschaffene unbesiegbare Partei‹ apostrophierte KPdSU binnen weniger Monate wie ein Kartenhaus in sich zusammenfällt und Tausende Führer und Mitglieder der nun ehemaligen Kaderpartei unter Nutzung ihrer Privilegien und ihrer Verfügungsgewalt über das ›Volkseigentum‹ zu Eliten und Protagonisten einer ungehemmten Entwicklung des Kapitalismus werden.

Für die internationale kommunistische Bewegung entwickelt Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der KI 1935 im Angesicht der tödlichen Bedrohung durch den Faschismus und der im antifaschistischen Kampf bereits erlittenen Erfahrungen in formaler Anknüpfung an Stalin, die aber wohl vor allem als Rückbesinnung auf Lenin *gegen* Stalin gelesen werden muss, für die »Auslese der Kader« folgende »grundlegende Kriterien«: 1. »vollkommene Hingabe

an die Sache der Arbeiterklasse, *Parteitreue*, erprobt in Kämpfen, in Gefängnissen, vor Gericht, vor dem Klassenfeind«; 2. »engste Führung mit den Massen«; 3. »die Fähigkeit, sich selbständig in jeder Situation zu orientieren, und nicht die Verantwortung für gefasste Beschlüsse zu scheuen«; 4. »Disziplin und bolschewistische Stählung sowohl im Kampfe gegen den Klassenfeind als auch in unversöhnlicher Haltung gegenüber allen Abweichungen von der Linie des Bolschewismus«.40 Für die »richtige Kaderarbeit« müssten als Grundsätze gelten: »richtige Beförderung«, »geschickte Verwendung« und »richtige Verteilung« der Kader, »systematische Hilfe« für die Kader sowie »Sorge um ihre Erhaltung«.41

Im Ergebnis des herausragenden Anteils der Sowjetunion am Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen Faschismus und den japanischen Militarismus im 2. Weltkrieg ist die Sowjetunion 1945 in die Lage versetzt, ihr Modell der Kaderpartei und des mit ihr verbundenen Staats- und Parteisozialismus nach Osteuropa und Ostasien zu exportieren.

## V

Die ›Geheimrede‹ von Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 »Über den Personenkult und seine Folgen« markiert eine Abkehr vom durch Stalin geübten »Massenterror gegen Kader der Partei und des Sowjetstaates, gegen einfache Sowjetbürger«,42 aber sie ist keine Absage an die Idee und Praxis der Kaderpartei und ihrer Alleinherrschaft insgesamt. Der »erbitterte ideologische Kampf gegen die Trotzlisten, Sinowjewleute, Bucharinleute«, gegen »die Rechtsabweichler, die bürgerlichen Nationalisten« und »alle Feinde des Lenismus« wird noch einmal positiv bilanziert. In seinem Verlauf habe sich die Partei »noch mehr gekräftigt und gestählt«, und Stalin habe in diesem *ideologischen* Kampf »eine positive Rolle« gespielt.43 Eine organische Verbindung zwischen der bolschewistischen Politik Lenins und dem Terror Stalins wird nicht gesehen. Der Partei, die im Wesen unverändert Kaderpartei bleibt, wird die Aufgabe gestellt, »auf bolschewistische Art den Personenkult zu verurteilen und auszurotten«, die »entscheidende Rolle der marxistischen Partei im revolutionären Kampf um die Veränderung der Gesellschaft« zu festigen und »die Leninschen Prinzipien der Führung der Partei« durchzusetzen.44 An eine ›Stalinismus‹-Analyse ist nicht zu denken. So werden zwar einerseits vielerorts im ›sozialistischen Lager‹ ›Tauwetter‹ und differenzierte Entwicklungen möglich, andererseits beweist die Zerschlagung oppositioneller Bewegungen durch die Sowjetunion 1956 in Polen und Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei mit all ihren Folgen für oppositionelle Strömungen im Staatssozialismus überhaupt die Erstarrung und schließliche Lebensunfähigkeit des Gesamtsystems. Jacek Kuron und Karol Modzelewski kommen 1965 zu dem Schluss, dass die alleinherrschende Partei im Staatssozialismus – mithin die Kaderpartei – »nicht allein nach außen monopolistisch« ist, sondern dass »auch ihre innere Organisation (...) auf diesem Prinzip (gründet). Jede Fraktion, jede Gruppe mit besonderer Plattform, jede organisierte politische Strömung ist untersagt«. Auf diese Weise werde »die Arbeiterklasse (...) ihrer Organisation, ihres Programms und ihrer Mittel zur Selbstverteidigung beraubt«.45

40 Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 656 f.

41 Ebenda, S. 654 f.

42 Nikita S. Chruschtschow: Über den Personenkult und seine Folgen. Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU, 25. Februar 1956, hier zitiert nach: Die Geheimrede Chruschtschows, Berlin (DDR) 1990, S. 32.

43 Ebenda, S. 15.

44 Ebenda, S. 84.

45 Jacek Kuron, Karol Modzelewski: Offener Brief an die Polnische Arbeiterpartei (1965), in: Kursbuch 9, Frankfurt a. M. 1967, S. 35 f.

46 Michail S. Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin (DDR) 1988, S. 65.

47 Ders.: Umgestaltung und Kaderpolitik der Partei, (1987) in: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin (DDR) 1988, Bd. 4, S. 367.

48 Richard Herber, Herbert Jung: Kaderarbeit im System sozialistischer Führungstätigkeit, Berlin (DDR) 1968, S. 12.

49 Ebenda, S. 9.

50 Thekla Kluttig: Parteilichschulung und Kaderauslese in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1946-1961, Berlin 1997, S. 53.

51 Gert-Joachim Glaeßner, Irmhild Rudolph: Macht durch Wissen. Zum Zusammenhang von Bildungspolitik, Bildungssystem und Kaderqualifizierung in der DDR, Opladen 1978, S. 98.

Als Michail Gorbatschow 1985 die ›Umgestaltung‹ (perestrojka) einleitet, zielt auch diese – ähnlich dem Chruschtschow-Ansatz von 1956 – nicht auf Emanzipation der Gesellschaft, sondern auf ›Veränderung von oben‹. Die Kaderpartei ist ihr Träger, Gorbatschow wünscht sich ihre Mitglieder als »dem Leninschen Ideal eines bolschewistischen Revolutionärs« verhaftet.<sup>46</sup> Mit der Bilanz, dass alles Erreichte »Ergebnis der selbstlosen Arbeit unserer Kader« sei,<sup>47</sup> unterschätzt er das gewaltige Ausmaß der unter der Herrschaft der Kaderpartei entstandenen gesellschaftlichen Deformationen. Der Zusammenbruch der Kaderpartei und mit ihr des Staatssozialismus ist nicht mehr aufzuhalten.

## VI

Auch die SED als die in der DDR das Machtmonopol ausübende Partei ist Kaderpartei in der Tradition von Lenin, Stalin und der KI. Der Kader-Begriff geht dabei ebenfalls über die Mitglieder der Kaderpartei hinaus: Als ›Kader‹ wird ein »Stamm von Menschen« gesehen, »die auf Grund ihrer fachlichen und politischen Kenntnisse und Fähigkeiten geeignet und beauftragt sind, andere Menschen bei der Verwirklichung der gesellschaftlichen Aufgaben zu führen bzw. in einem Leitungskollektiv zu wirken.«<sup>48</sup> Die »richtige Auswahl«, die »qualifizierte Ausbildung«, die »politisch-ideologische Entwicklung« sowie der »zweckmäßige Einsatz geeigneter Menschen zur Leitung einzelner Arbeitsgebiete und Kollektive« bzw. zur »Lösung spezieller Aufgaben«<sup>49</sup> liegt in den Händen der Kaderpartei.

Die Herrschaft der Kaderpartei über die Bevölkerung und die ›Säuberungs‹-Kämpfe in der Kaderpartei nehmen in der DDR sehr viel subtilere Formen an: Es gibt weder Massenterror wie in der Sowjetunion 1936-38 noch Schauprozesse von der mörderischen Dimension, wie sie in einigen osteuropäischen Ländern 1947-52 stattfinden, und es kommt nie zu einem Maß an Privilegierung der Kader wie in der Sowjetunion. Aber es gibt keine Emanzipation von den Wesensgleichheiten: In der Kaderpartei gilt – von willkürlich festgelegten Ausnahmefällen abgesehen – die Priorität der politisch-ideologischen ›Klarheit‹ gegenüber der fachlichen Qualifikation, ›Abweichler‹ von der ›Linie‹ werden gemäßregelt. Für die Funktion der umfangreichen mehrstufigen politisch-ideologischen Bildung in der SED bleibt gültig, was bereits die Parteilichschulung der KPD 1945/46 charakterisierte: dass sie »weniger in der Emanzipation durch Wissensbildung als vielmehr in der Ausschaltung der innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung bestand.«<sup>50</sup> Kader-Politik als Bildungspolitik dient dazu, »das Wissensmonopol der Leitungsapparate gegenüber den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft zu festigen und wo möglich auszuweiten«. Die »Forderung nach Allseitigkeit der Bildung« endet dort, »wo die Vermittlung von Herrschaftswissen anfängt.«<sup>51</sup>

Ende der achtziger Jahre sind Kaderpartei und Staatssozialismus in der DDR so erstarrt, dass selbst die ›Umgestaltung‹ in der Sowjetunion ohne signifikantes Echo in der Kaderpartei bleibt. Erst recht nicht erweist sie sich als fähig, den darüber hinaus notwendigen Schritt zu gehen, also: sich radikal vom eigenen Machtanspruch loszusagen und mit den emanzipatorischen Strömungen der Gesell-

schaft zu verbinden. Dadurch wird die Nach-Wende-DDR 1990 mit ihren interessanten Politikansätzen (›Runder Tisch‹, Bewegungen von unten) nur zur kurzen Episode, die vom raschen Anschluss an die Bundesrepublik beendet wird. Der Elitenaustausch im Osten Deutschlands zugunsten der Eliten der alten Bundesrepublik marginalisiert die SED-Mitglieder. Die Tatsache, dass nach 1990 nur ein kleiner Teil der ehemals nach Millionen zählenden Mitglieder der Kaderpartei Träger oder Weiterentwickler sozialistischen Gedankengutes und entsprechenden politischen Handelns bleibt, verweist nachdrücklich auf die Untauglichkeit des alten Kaderpartei-Konzepts für die Entwicklung sozialistischer Alternativen zum Kapitalismus.

## VII

In der Linken in der Bundesrepublik Deutschland wird unter dem Eindruck des »Anpassungsprozesses der SPD an die etwa seit 1953 voll etablierte Restauration«,<sup>52</sup> des Verbots der KPD 1956 und der ›realsozialistischen‹ Entwicklungen in Osteuropa die Frage der Kaderorganisationen neu aufgerollt. Die antiautoritäre Strömung lehnt tendenziell alle langfristigen und systematischen Formen der Klassenbewusstseinsbildung und jede Kaderorganisation ab, während die linkssozialistische Strömung eher zur Aktualisierung der Luxemburgischen Linie tendiert. Wolfgang Abendroth als Vertreter der letzteren fordert 1963 an den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) gewandt ein bewusstes Zusammenwirken von Intellektuellen und geschulten Kadern der Unterklassen, weil Klassenbewusstsein nicht automatisch aus der Klassenlage entstehe.<sup>53</sup>

Rudi Dutschke kritisiert 1974 Lenin mit Blick auf die Kaderpartei umfassend. So sei Lenins Kader-›Auslese‹ immer aus dem Zwang zur Konspiration heraus erklärt worden, sie leite sich aber »auch aus der Trennung von Arbeiter-Sein und Partei-Bewusst-Sein über diese Arbeiter« her.<sup>54</sup> Des Weiteren habe Lenin die »asiatische Wirklichkeit« Russlands mit seiner Bauernschaft »als eine Qual und nicht als eine gesellschaftlich-geschichtliche Realität mit einer revolutionären Perspektive« angesehen.<sup>55</sup> Damit ist für Dutschke das Problem der »Individuation« angesprochen – der »geschichtlich angemessene(n), über Klassenkampf vermittelte(n) Selbstveränderung«. Marx habe – in den von Rjasanow 1909 herausgegebenen, in den Marx/Engels Werken (MEW) nicht enthaltenen Arbeiten zum Ursprung der Vorherrschaft Russlands in Europa – diese Individuation »›sogar‹ den russischen Bauern zugestanden(en)«, ja mehr noch, er habe sie in Russland bei der Bauernschaft »am ehesten für möglich« gehalten, für Lenin jedoch sei sie »ein Problem jenseits seines Denkens« gewesen.<sup>56</sup> Schließlich sei der ›demokratische Zentralismus‹, bei dem »der Weg (...) von oben nach unten (geht)« und »jeder (...) sein Instrument zu spielen (hat) und *nur* sein Instrument«,<sup>57</sup> das uneingeschränkte Organisationsprinzip der Partei, des sowjetischen Staates und auch der KI geblieben, und nach der Niederlage der Revolution in Deutschland hätten die Bolschewiki »ihre Revolutionserfahrungen, ihren Partei-Typus ohne kritisch-solidarische Diskussion verallgemeinern, genauer: international vulgarisieren« können.<sup>58</sup>

52 Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgez. u. hrsgg. v. B. Dietrich u. J. Perels, Frankfurt a. M. 1976, S. 229.

53 Derselbe: Die Aufgaben der jungen Intelligenz im Klassenkampf, in: neue kritik, Nr. 18 (1963), S. 9-12.

54 Rudi Dutschke: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halb-asiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukács und die Dritte Internationale, Berlin (West) 1974, S. 102.

55 Ebenda, S. 101.

56 Ebenda, S. 315. – In MEW, 19, S. 242 f. findet sich folgende Äußerung zum Thema von Marx (an Vera Sassulitsch, 8. März 1881): »Bei dieser Bewegung im Westen handelt es sich um die *Verwandlung einer Form des Privateigentums in eine andere Form des Privateigentums*. Bei den russischen Bauern würde man im Gegenteil *ihre Gemeineigentum in Privateigentum umwandeln*. Die im ›Kapital‹ gegebene Analyse enthält also keinerlei Beweise – weder für

noch gegen die Lebensfähigkeit der Dorfgemeinde, aber das Spezialstudium (...) hat mich davon überzeugt, daß diese Dorfgemeinde der Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands ist; damit sie aber in diesem Sinne wirken kann, müßte man zuerst die zerstörenden Einflüsse, die von allen Seiten auf sie einströmen, beseitigen und ihr sodann die normalen Bedingungen einer natürlichen Entwicklung sichern.«

57 Rudi Dutschke, a. a. O., S. 103.

58 Ebenda, S. 213.

59 Jiang Zemin: Rede auf der Versammlung zur Feier des 80. Gründungstages der KP Chinas. XVI. Parteitag der KPCh, 4. September 2002. [www.china.org.cn/german/41263.htm](http://www.china.org.cn/german/41263.htm).

60 G. A. Bennett: Kader, in: Wolfgang Franke (Hrsg.): China. Handbuch, Hamburg 1977, S. 156.

61 Mao Zedong (Mao Tse-tung): Die Millionenmassen für die antijapanische nationale Einheitsfront gewinnen, (1937) in: Ausgewählte Werke Bd. I (Peking 1968), S. 342.

62 G. A. Bennett, a. a. O.

63 Ebenda.

64 Jonathan D. Spence: Chinas Weg in die Moderne, München-Wien 1995, S. 716.

## VIII

Ein gesondertes Kapitel der Kaderpartei-Entwicklung stellt die KP Chinas dar. In der KP Chinas wird der Kader-Begriff bis heute in der von Lenin und Stalin überkommenen Weise verwendet, er verbindet sich aber zugleich mit dem alten Wort ›ganbu‹ (Kader – die erste Silbe *gan* bedeutet »fähig sein«). KPCh-Generalsekretär Jiang Zemin 2002: »Wenn die politischen Linien festgelegt sind, bilden die Kader den entscheidenden Faktor.« Das »Kader-Kontingent« sei nach dem »Prinzip für die einwandfreie Moral und Qualifikation« zu »revolutionieren, zu verjüngen, zu intellektualisieren und zu spezialisieren«. Es seien »talentierte Menschen als Führer heranzubilden, die großen Wert auf die Politik legen, die ganze Lage erfassen und es gut verstehen, die Angelegenheiten von Partei und Staat zu regeln«. Die Partei müsse wie bisher »die Kader verwalten«. <sup>59</sup>

Das Wort *ganbu* steht in China bereits seit Jahrhunderten für die Schicht der Eliten, der Beamten. Schon früher gab es von der Zentralregierung entwickelte Auswahl-, Prüfungs- und Handlungskriterien, und es gab Aufstiegsmöglichkeiten aus den unteren Schichten in diese »Beamtenklasse«. <sup>60</sup> So erklärt sich Kontinuität. Mao Zedong formuliert 1937 ähnlich wie die KI: »Will man eine große Revolution führen, muss man eine große Partei haben, muss man zahlreiche erstklassige Kader besitzen. (...) Gestützt auf solche Kader verbindet sich die Partei mit ihren Mitgliedern und den Massen.« <sup>61</sup> Zum Zeitpunkt des Sieges der Revolution 1949 sieht Bennett eine »neue Klasse der Kader« am Werk, die im Vergleich zur alten Beamtenklasse »größer (ist), (...) sich aus niederen sozialen Schichten (rekrutiert), (...) weiter hinunter in die lokalen Angelegenheiten (dringt) und (...) eine breitere Verantwortlichkeit (hat)«. »Das Neue« sei »durch Beibehaltung alter Formen kulturell verankert«. <sup>62</sup>

Das alte Problem bleibt auch hier ungelöst: Sobald die Zentralmacht stabilisiert ist, ›funktioniert‹ die Mehrheit der Kader in deren Interesse, setzt deren ›Linie‹ diktatorisch von oben nach unten durch, und gleichzeitig findet auch zwischen den Kadern selbst eine immer neue ›Auslese‹ statt. Das Auf und Ab in der chinesischen Politik, gekennzeichnet durch solche Verwerfungen wie den ›Großen Sprung nach vorn‹ 1957-58 und die ›Große Proletarische Kulturrevolution‹ 1966-69, erklärt sich durch tiefe Interessen- und Prioritätenunterschiede zwischen den »aktivistisch ausgerichteten Kadern« einerseits und den »fachlich ausgerichteten Kadern« andererseits. <sup>63</sup>

In der ›Kulturrevolution‹ mobilisiert Mao Zedong die in den ›Roten Garden‹ organisierten Jugendlichen gegen den ihm nicht genehmen Teil der Kader und der Kaderpartei. Die Bereitschaft dieser Jugendlichen, »ohne sonderliches Drängen« von Seiten der Führung »gegen Eltern, Lehrer, Partei-Kader und ältere Menschen« aufzubegehren und dabei »zahllose vorsätzlich sadistische Handlungen« zu begehen, war Jonathan Spence zufolge eine Antwort darauf, dass die Jungen »jahrelang zu revolutionärer Opferbereitschaft, sexueller Abstinenz und absolutem Gehorsam gegenüber dem Staat angehalten und in allem fortgesetzt überwacht worden« seien. <sup>64</sup> Erst mit dem von Deng Xiaoping im Dezember 1978 verkündeten Modernisierungskurs gewinnen die »fachlich ausgerichteten« Kader gegenüber den »aktivistisch ausgerichteten« Kadern wieder die Oberhand. Deng

stellt die wohlbekannten, nun freilich wieder zu einer anderen ›Linie‹ gehörenden Forderungen nach »striker Einhaltung der Parteidisziplin«. <sup>65</sup> Die Kaderpartei fungiert nun in ihrer Gesamtheit als Träger der auf Industrialisierung, Modernisierung und Öffnung zur Welt setzenden Macht. Sie verbindet den *shehui zhuyi* – den chinesischen Sozialismus, von dem offiziell nach wie vor die Rede ist – mit einer unzweifelhaft kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung.

## IX

Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Europa hat die Diskussion darüber, wie sich sozialistische Parteien mit dem Anspruch auf Systemveränderung entwickeln können, ohne Kaderpartei zu sein, neue Nahrung erhalten. In Deutschland hat es die aus der SED hervorgegangene PDS (seit 2005 Linkspartei.PDS) unternommen, einen Selbstveränderungsprozess einzuleiten und in der seit Jahrzehnten etablierten bürgerlichen Demokratie der Bundesrepublik Fuß zu fassen. Sie hat im Dezember 1989 in einem »von der Oppositions- und der Volksbewegung erzwungenen« und »durch SED-Mitglieder unterstützten« Prozess den Bruch mit dem bisherigen Parteitypus vollzogen – und zwar »sowohl das Parteileben selbst wie auch das Selbstverständnis der Partei als Teil der Gesellschaft« betreffend <sup>66</sup> –, und sich als demokratisch-sozialistische Partei mit dem Bekenntnis zum Sozialismus als »notwendiges Ziel«, als »Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen« sowie als »Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar verbunden sind« <sup>67</sup>, demokratischen Wahlen gestellt, ihren Platz im parlamentarischen System gefunden und sich mit anderen kommunistischen, sozialistischen und Umweltparteien in der Europäischen Linken verbunden.

Bei den Debatten über den weiteren Weg der sozialistischen Bewegung insgesamt kommt den Überlegungen von Antonio Gramsci eine wichtige Rolle zu. Gramsci entwickelt Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts – noch nicht mit den Erfahrungen des Stalin-Terrors und der Diskreditierung der Kaderpartei durch den Staatssozialismus belastet – in Anknüpfung an Rosa Luxemburg Überlegungen, die im Grunde auf eine Form der Kaderpartei hinauslaufen. Für die dauerhafte Existenz einer Partei bedarf es ihm zufolge dreier Grundelemente: 1. eines »verbreiteten Elementes gewöhnlicher, durchschnittlicher Menschen, deren Beteiligung sich durch Disziplin und Treue anbietet«; 2. eines »Kohäsivlements«, das eine »zentralisierende, disziplinierende und (...) erfinderische Kraft« darstellt; und 3. eines »mittleren Elements«, welches »das erste mit dem dritten Element verknüpft, sie nicht nur in ›physischen‹, sondern moralischen und intellektuellen Kontakt miteinander bringt«. <sup>68</sup> Damit ist ›Partei‹ unauflöslich mit dem Wirken einer Gruppe besonders ausgebildeter und befähigter Menschen verknüpft und insofern Kaderpartei. Kaderpartei und ›Massenpartei‹ stehen sich vor diesem Hintergrund nur in quantitativem, nicht aber in qualitativem Sinne gegenüber.

Die Geschichte des Kaderpartei-Konzepts in der kommunistischen und sozialistischen Bewegung zeigt, wie eng es mit der Eliten-Poli-

65 Deng Xiaoping: *Emanipate the mind, seek truth from facts and unite* (Das Denken befreien, die Wahrheit in den Tatsachen suchen und sich zusammenschließen), (1978) in: *Selected Works* (Peking) 1975-1982, S. 156.

66 Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, hrsgg. von Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., Berlin 1997, S. 249.

67 Ebenda, S. 308.

68 Antonio Gramsci: *Gefängnishefte*, Bd. 7, Heft 14, § 70, S. 1696.

69 Ernst Bloch: Freiheit und Ordnung. Abriss der Sozial-Utopien, Berlin 1947, S. 211.

70 Ebenda, S. 214.

71 Ebenda, S. 213.

72 Derselbe: Das Prinzip Hoffnung, Berlin (DDR) 1954, Erster Band, S. 133.

73 Boaventura de Sousa Santos: Das Weltsozialforum: Für eine gegenhegemoniale Globalisierung, in: Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen und Peter Waterman (Hrsg.): Eine andere Welt. Das Weltsozialforum, Berlin 2004, S. 320.

74 Arturo Escobar: Andere Welten sind (schon) möglich, in: ebenda, S. 336.

tik und der hierarchischen Praxis im Kapitalismus, mit den Organisationsformen der ›klassischen‹ kapitalistischen Industrien verbunden ist. Die Frage nach den Alternativen zum Kapitalismus ist daher auch die nach Organisationsformen, die ohne Eliten – mithin ohne Kader – denkbar sind. Bietet der Marxismus als – wie Ernst Bloch es formuliert hat – das »Novum einer prozeßhaft-konkreten Utopie«<sup>69</sup> den Denkrahmen für solche Formen? Bieten veränderte Produktionsverhältnisse die Chance zur von Bloch gemeinten »unentfremdeten Ordnung«,<sup>70</sup> zum Verschwinden »jene(s) Teil(s) des Schicksals (...), der von Menschen, in der Klassengesellschaft, selbst produziert und unwissend fetischisiert worden ist«<sup>71</sup>?

Von Interesse sind hier Überlegungen, wie sie im Rahmen des *Weltsozialforums* angestellt werden. In direkter Anknüpfung an Blochs Auseinandersetzung mit dem »Noch-Nicht-Bewußten« – »Alle Wendezeiten sind (...) von Noch-Nicht-Bewußtem gefüllt, auch überfüllt; und eine aufsteigende Klasse trägt es«<sup>72</sup> – hat Boaventura de Sousa Santos das Weltsozialforum als »Neuheit (...) ohne FührerInnen«, als »Ablehnung von Hierarchien« mit »Betonung von durch das Internet ermöglichten Netzwerken« beschrieben<sup>73</sup>. Eine ähnliche Annäherung sucht Arturo Escobar, der unter Berufung auf Anstrengungen, die Komplexitätsidee auf soziale Systeme zu beziehen und die Selbstproduktion der sozialen und natürlichen Welten neu zu denken, davon spricht, dass »in seiner utopischen Konzeption (...) das Internet (...) als die Verwirklichung einer dezentralisierten, nicht-hierarchischen Logik der Selbstorganisation gesehen werden« könne.<sup>74</sup>

Scheinen im Weltsozialforum tatsächlich künftige gesellschaftliche Organisationsformen auf? Erlangen in ihnen möglicherweise die ›peer groups‹ eine neue Bedeutung? Geht es in einem künftigen Sozialismus tatsächlich ohne ›Führen‹ und ohne ›Geführtsein‹? Also ohne Eliten und ohne Kaderpartei? Antworten sind noch nicht gegeben.

JÖRN SCHÜTRUMPF

## Rosa Luxemburg, die Bolschewiki und »gewisse Fragen«

### *Der Tod*

Ist es pietätlos zu sagen, daß Rosa Luxemburg<sup>1</sup> mehr vorzuweisen hat als nur ihre Ermordung durch Feinde aus dem gegnerischen Lager? Vor allem diejenigen, die Rosa Luxemburgs Denken nicht so richtig mögen, werden so vielleicht argumentieren. Das sollte uns nicht anfechten. Wenngleich – und das sei nicht verschwiegen: Wer würde heute noch von Rosa Luxemburg reden, hätte sie am 15. Januar 1919 sich von Karl Liebknecht getrennt, der an diesem Tag nicht genug Besucher in der Mannheimer Straße 43, in ihrem gemeinsamen Versteck, empfangen konnte?<sup>1</sup> Wer würde heute noch von Rosa Luxemburg reden, wenn diese Frau nicht vor bald 90 Jahren in der Stadt Berlin erschlagen und anschließend im Mittellandkanal versenkt worden wäre?

Hand aufs Herz: Es wären wenige.

Wer redet heute noch von Paul Levi, der Rosa Luxemburg nicht nur in der Führung der KPD nachfolgte, sondern vor allem versuchte, in der kommunistischen Bewegung ihr politisches Ethos zu erhalten? Eine vergebliche Liebesmüh, von Rosa Luxemburg zu Ruth Fischer dauerte es ganze fünf Jahre, bis zu Ernst Thälmann sechs.

Wer redet heute noch von August Thalheimer, der 1921 zweifellos mit der Offensivtheorie Unfug beging, aber nach Rosa Luxemburg trotzdem der begnadetste Denker und Theoretiker eines demokratischen Sozialismus blieb?

Wer redet von Käte Duncker, wer redet von Hermann Duncker, wer redet von jener Spartakistin, die unter der Folter feixend gefragt wurde, was das denn für eine faschistische Gruppe gewesen sei, dieser Spartakusbund? Die Rede ist nicht von der Gestapo, sondern vom NKWD.

Rosa Luxemburgs Leichnam hatte mehrere Monate im Wasser gelegen und war völlig verunstaltet; er hatte als der Rosa Luxemburgs nur an ihrer Handtasche sowie an einem Medaillon identifiziert werden können.

Rosa Luxemburgs Werk hat immer im Schatten *dieses* Todes gestanden. Auch künftig will ich mich vor dieser Toten verneigen. Doch preisen will ich sie wegen dieses Todes nicht, preisen will ich sie wegen ihres Lebens.

### *Sozialismus oder Barbarei*

Als Paul Levi ankündigte, aus dem Nachlaß Rosa Luxemburgs das Fragment »Zur russischen Revolution« herausgeben zu wollen, produzierte die Angst vor Rosa Luxemburgs Vermächtnis Kübel an

Jörn Schütrumpf –  
Jg. 1956, Redakteur bei  
UTOPIE kreativ, zuletzt:  
1956 oder: Die Reform-  
fähigkeit des Stalinismus,  
Heft 188 (Juni 2006).

Vortrag, gehalten auf  
der Konferenz »Rosa  
Luxemburg und die  
Diskussionen der Linken  
in der Gegenwart«, Rosa-  
Luxemburg-Stiftung, Berlin,  
3. März 2006

<sup>1</sup> Zum Leben und Werk  
siehe Annelies Laschitzka:  
Im Lebensrausch, trotz  
allem. Rosa Luxemburg.  
Eine Biographie, Berlin 2000.

2 Jörn Schütrumpf: Unabgeholtenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: UTOPIE kreativ, Heft 150 (April 2003), S. 335 ff.

3 Paul Levi an Clara Zetkin, in Paul Levi: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, Frankfurt am Main 1969, S. 138.

4 Ausführlicher dazu Jörn Schütrumpf: Denken »ohne Geländer«. Die Linke an der Schwelle zur Mündigkeit?, in: UTOPIE kreativ, Heft 179 (September 2005), S. 774 ff.

Fäkalsprache. Über Levi, der 1921 wegen seiner Kritik am Mitteldeutschen Aufstand aus der KPD ausgeschlossen worden war, brach eine Flut von Verleumdungen herein. Er schlug öffentlich zurück.<sup>2</sup> Nur an Clara Zetkin, die er schätzte, wandte er sich mit einem persönlichen Brief: »Rosa stand nun einmal – das läßt sich nicht leugnen – in gewissen Fragen im Gegensatz zu den Bolschewiki, gerade diese Fragen hat der Gang der russischen Revolution in den Vordergrund geschoben und – so glaube ich, die Auffassungen Rosas glänzend gerechtfertigt.«<sup>3</sup>

Was waren das für »gewisse Fragen«?

Ein wichtiger Punkt, in dem sich Rosa Luxemburg von Lenin und den Bolschewiki unterschied, war das Verhältnis zwischen Partei und Klasse, zwischen Führern und Geführten, oder – modern gesprochen – die Frage: Was ist Hegemonie?<sup>4</sup> In Rosa Luxemburgs Verständnis sollten die Teilnehmer an der Bewegung sich ihrer Aufgaben durch gelebte Praxis, durch die Erfahrung eigener Erfolge und – mehr noch – durch die Verarbeitung von Niederlagen, bewußt werden und sich so von der Alternative Sozialismus oder Barbarei überzeugen.

Diese Alternative – Sozialismus oder Barbarei – hatte bei Rosa Luxemburg übrigens überhaupt nichts Theatralisches. Ganz im Gegenteil: Rosa Luxemburg hatte in ihren Akkumulationsanalysen versucht, die Ursachen des zu Anfang des 20. Jahrhunderts umschweifenden Imperialismus freizulegen. Sie war dabei davon ausgegangen, daß sich die kapitalistische Wirtschaft in den nichtkapitalistischen Kolonien immer weitere Teile deren nichtkapitalistischer Wirtschaft unterwerfen müsse, weil die kapitalistische Wirtschaft eines ständigen Wachstums bedürfe. Das werde so lange gehen, meinte sie, bis es keine nichtkapitalistische Wirtschaft mehr gebe und der Kapitalismus in eine Katastrophe, die sie »Barbarei« nannte, umschlagen werde. Aufgabe der proletarischen Massen und ihrer Partei – immer noch Rosa Luxemburg – sei es, dieser Katastrophe durch einen Übergang zum Sozialismus *zuvor* zu kommen, diese Katastrophe nicht eintreten zu lassen.

In diesem Sinne verwandte Rosa Luxemburg – eine Formulierung von Karl Marx aufgreifend – diese, oft mißverständene, Alternative: Sozialismus oder Barbarei.

### *Geteilte Hegemonie*

Rosa Luxemburg lebte in einer Gesellschaft, die anders als die heutige hegemonial gespalten war: in eine nichtproletarische Mehrheitsgesellschaft und in eine proletarische Gegengesellschaft. Die nichtproletarische Mehrheitsgesellschaft huldigte mehr oder weniger dem Wilhelminismus und der Platz-an-der-Sonne-Ideologie und blieb natürlich unempfänglich für das, was da aus der Gegengesellschaft des Proletariats herüberscholl.

Damit hatte es die deutsche Linke zu Zeiten August Bebel und Rosa Luxemburgs – und zwar völlig unabhängig davon, ob der einzelne nun revolutionär oder eher revisionistisch gestimmt war – wirklich einfacher als die deutsche Linke seit 1933: Es gab ein Milieu, in dem *ihre* Meinungsführerschaft anerkannt war, auch wenn die Linke beileibe nicht das gesamte proletarische Milieu erreichte.

Daß es eine linke Hegemonie wenigstens in Teilen der Gesellschaft geben kann, ist eine Erfahrung, die der heutigen deutschen Linken seit drei Generationen fehlt. Die deutsche Gesellschaft ist seit 1933 *inem* geschlossenen hegemonialen Block, bestehend aus Staat und Parteien, Medien und Großkapital, ausgeliefert. *Das ist der eigentliche Sieg des Nationalsozialismus. Denn dieser Sieg ist bis heute nicht rückgängig gemacht worden.*

In Osten Deutschlands hatte die Linke nur ein einziges Mal – 1945/46 – die Meinungsführerschaft, wie nicht zuletzt die Landtagswahlen im Herbst 1946 bewiesen. Danach ersetzte die SED – sich von oben aus einer anfangs durchaus linken Partei in eine Partei der unbedingten Herrschaft wandelnd – den Kampf um die Hegemonie durch den Ausbau einer politischen Polizei. Gewiß, nach dem 17. Juni, nach dem Mauerbau und nach dem Parteitag von 1971 unternahm die SED durchaus noch halbherzige Versuche, die Herzen und Seelen zurückzugewinnen – doch letztlich siegte immer wieder die Ultima ratio aus erkauftem Wohlverhalten, Drohung und Zwang. Nicht der Zusammenbruch von 1989 ist der Alp, der auf den Hirnen der deutschen Linken lastet, sondern der Umstand, daß sie 40 Jahre lang in einem Teil Deutschlands herrschte, ohne immer wieder ernsthaft Anstrengungen zu unternehmen, die geistige Hegemonie zu erkämpfen. Statt dessen überließ sie sie fahrlässig-überheblich dem hegemonialen Block im anderen Teil Deutschlands, der 1989/90 nur den Sack aufzuhalten brauchte.

Sage niemand, mit Rosa Luxemburg wäre das nicht geschehen. Es wäre geschehen. Allerdings hätte sich mit Rosa Luxemburg das Bewußtsein für diese ungeheure Niederlage erhalten, das kritische Bewußtsein – das sonst niemand in der deutschen Linken so repräsentierte wie sie, auch Paul Levi nicht.

Das kritische Bewußtsein aus der deutschen Linken ausgerottet zu haben, geht übrigens nicht aufs Konto des Nationalsozialismus – das hat die Linke selbst verursacht. Die Linke, nicht nur die deutsche, hat sich damit selbst entwaffnet. Nicht etwa erst durch Ernst Thälmann und Jossif Stalin – die beiden ernteten nur die Früchte, die andere schon zu Anfang der zwanziger Jahre gesät hatten. Stalin und Thälmann setzten nur den Schlußakkord bei der Abtreibung jeglichen kritischen Bewußtseins aus der deutschen Linken: mit der Erfindung des Luxemburgismus.

Sie trieben mit der toten Rosa Luxemburg eine ganz perverse Art von geistiger Unzucht. Nachdem 1928/29 die letzten Anhänger Rosa Luxemburgs aus der Partei Rosa Luxemburgs herausgereinigt worden waren, erinnerte sich Stalin 1931 eines Konstrukts, das einer seiner einstigen Konkurrenten ersonnen hatte: Grigori Sinowjew. Stalin ließ ihn in den dreißiger Jahren foltern und im sogenannten ersten Schauprozeß zum Tode verurteilen. Der Luxemburgismus war eine Rosa Luxemburg untergeschobene eigene »Weltanschauung«, letztlich eine dreckig-primitive Karikatur auf ihr Denken.<sup>5</sup>

So viel Mühe haben sich die Stalinisten ansonsten nur noch mit Leo Trotzki gegeben, dem Gegenspieler Stalins, dem ebenfalls ein eigener »Ismus« zuerkannt wurde: der Trotzkiismus. Den haben allerdings Troztkis Anhänger später positiv gewendet und zu ihrem Banner erklärt.

5 Ausführlicher dazu Jörn Schütrumpf (Hrsg.): Rosa Luxemburg oder: Der Preis der Freiheit, Berlin 2006, S. 43 f.

Für die »Leiche« der Rosa Luxemburg hingegen hatten die Stalinisten durchaus Verwendung, denn anders als der noch nicht ermordete Trotzki war die von ihrem Werk »gereinigte« Revolutionärin Rosa Luxemburg den Stalinisten nützlich – als stumme Ikone. Diese Schizophrenie wurde – wenn auch mit fallender Tendenz – im Ostblock bis 1989 gepflegt.

### *Die Linke und das Proletariat*

Zurück zu den »gewissen Fragen«, von denen Paul Levi gegenüber Clara Zetkin gesprochen hatte. »Wir sind auch nie ... Götzendiener des Sozialismus oder des Marxismus gewesen. ... Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen ... Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialem Inhalt zu füllen ... Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats.«<sup>6</sup>

6 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 363.

Mit dieser Auffassung sitzen Rosa Luxemburg und jene, die sich positiv auf sie beziehen, seit bald 90 Jahren zwischen allen Stühlen. Wie absurd Politikern des »sozialistischen Lagers« der Gedanke angekommen wäre, daß Demokratie die Bewegungsform einer sozialistischen Diktatur sei – und zwar eine Bewegungsform, in der die formale Demokratie nicht abgeschafft wird, um etwas mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen –, ist heute kaum noch vermittelbar.

Wie Rosa Luxemburg andererseits mit jenen in ihrer Partei umging, die die formale Demokratie nicht als die Bewegungsform der Herrschaft des Kapitals, sondern als den Endpunkt jeder Demokratie verstanden; wie sie mit jenen umging, die meinten, mit Parlaments- und Regierungssitz sei der Höhe- und Endpunkt jeder Demokratieentfaltung erklommen, kann in ihren zahllosen Polemiken nachgelesen werden – beginnend 1899, als mit Etienne-Alexandre Millerand erstmals ein Sozialist in eine bürgerliche Regierung eintrat.

Doch was soll uns das alles? Arbeiterklasse, Proletariat – das ist doch 19., bestenfalls frühes 20. Jahrhundert. Die Arbeiterschaft als Klasse wandert heute aus: nach Nordmexiko und in die Türkei, in den Süden Chinas sowie nach Indien und Indonesien. Der europäischen Linken kommt ihr gehätscheltes historisches Subjekt, die Arbeiterschaft, die sich für die Linke in der allermeisten Zeit und an den allermeisten Orten ohnehin nie wirklich erwärmen konnte, endgültig abhanden. Rosa Luxemburg hin, Rosa Luxemburg her. Will man jetzt der indischen Arbeiterschaft hinterherträumen?

Manchmal sehen wir den Splitter im Auge unseres Bruders, aber nicht den Balken in unserem eigenen Auge. Bei Lukas 6-42 heißt es übrigens in diesem Zusammenhang ausdrücklich: »Du Heuchler!«<sup>7</sup>

Nun will ich niemanden der Heuchelei zeihen. Allerdings sollte für Rosa Luxemburg das gelten, was für alle anderen auch gilt: daß

7 »Wie kannst du deinem Bruder sagen: Bruder, laß mich den Splitter in deinem Auge herausziehen, und siehst selber den Balken in deinem Auge nicht. Du Heuchler!«

man sich mit dem auseinandersetzt, was sie gemeint hat, und nicht mit dem, was man selbst meint, daß sie gemeint haben sollte. In dieser Weise ist nun wirklich über Jahrzehnte Rosa Luxemburg zu einer Karikatur uminterpretiert worden, um dann »kritisiert« werden zu können. Heute geschieht gleiches manchmal aus einer anderen Richtung. Oder anders gesagt: Mit einem sozialrassistischen Verständnis von dem, was Arbeiterklasse ist, haben Rosa Luxemburgs Auffassungen höchst wenig zu tun. Der Balken ist es und nicht der Splitter.

Wir – zumindest wir im Osten – haben uns ein wenig an das sozialrassistische Verständnis von Proletariat gewöhnt, wie es im Stalinismus üblich war und wie es im russischen Bürgerkrieg 1918–1920 eingeübt und im wahrsten Sinne des Wortes an Nichtproletariern exekutiert wurde. Klassen, egal welche Klassen übrigens, allein oder zumindest primär aus der sozialen Lage von Menschen heraus zu bestimmen, war eines der großen Verhängnisse der Linken im 20. Jahrhundert.

Zu den größten Absurditäten führte dabei die Auffassung, die die Arbeiterklasse nur aus der sozialen Lage heraus erklärte. Arbeiterklasse war danach eine Ansammlung doppeltfreier Lohnarbeiter. Und nicht nur das: Diese Arbeiterklasse galt in der gesamten Geschichte als die einzige Klasse, die unfähig ist, aus ihrer sozialen Lage heraus ein eigenes Klassenbewußtsein – jedenfalls eins, wie es vielen europäischen Linken genehm war – hervorzubringen.

Der langjährige Verbündete von Rosa Luxemburg, Karl Kautsky – auch einer der wichtigsten Stichwortgeber Lenins – hatte die Theorie entwickelt, daß es bei doppeltfreien Lohnarbeitern nur dafür reiche, ihre sogenannten ökonomischen Interessen zu erkennen. Alles andere, das »wirkliche Bewußtsein« müsse von außen hineingetragen werden. Wenn man aber dem Lohnarbeiter erst einmal richtig erklärt hätte, daß nur der Sozialismus die Zukunft bedeuten könne, dann werde er aber ... Letztlich ein etwas seltsames revolutionäres Subjekt.

Rosa Luxemburg plädierte natürlich sehr dafür, dem doppeltfreien Lohnarbeiter zu Bildung zu verhelfen, nicht nur zu politischer, sondern zu ganzheitlicher Bildung. Ihr Klassenverständnis und ihr Verständnis über die Zugehörigkeit zu einer Klasse, übrigens nicht nur zur Arbeiterklasse, hatten aber nichts Statisches, letztlich ja *Künstliches und Verlogenes wie im sozialrassistischen Klassenverständnis des Stalinismus*, der eine Klasse überwand, indem er ihre wirklichen und mehr noch ihre vermeintlichen Träger ausrottete – in der Ukraine gleich mehrere Millionen sogenannter Kulacken.

Die Begriffe Sozialrassismus bzw. Klassenrassismus sind natürlich absurd – und *trotzdem* sind sie präzise, denn sie beschreiben nun einmal eine Absurdität, die da lautet: Bestimmte Eigenschaften seien unabhängig vom Wollen und Handeln in der Sozialgenese eines Menschen angelegt. An Mystik übertroffen wird dieser Unsinn nur noch vom Blut- und Boden-Rassismus, bei dem an die Stelle der Sozialgenese das Blut oder die völkische Herkunft treten.

Die Vorstellung, Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung zu trennen, war Rosa Luxemburg fremd. Klasse war für sie Bewegung, oder sie war gar nichts, bestenfalls eine tote Abstraktion. Zur Klasse gehörten alle, die an der Bewegung teilnahmen und nicht per se etwa die-

jenigen, bei denen der Bismarckhering über dem Tisch hing. Die wollte Rosa Luxemburg natürlich erreichen, die wollte sie in die Klasse, das hieß: in die Bewegung hineinziehen, denn nur dort konnten sie zu Selbstbewußtsein, konnten sie zu einem aktiven Menschsein gelangen.

Allerdings darf hierbei auch nichts idealisiert werden. Ganz frei vom Glauben an die Auserwähltheit des Arbeiters war auch Rosa Luxemburg nicht. Es finden sich immer wieder Anflüge bei ihr, daß sie erwartete, daß es bei »den Arbeitern« eine quasi sozialgenetische Affinität zu einer antikapitalistischen, wenn nicht gar zu einer revolutionären Haltung gebe.

In diese Auffassung ist sie bis zu ihrem Tode gleichsam immer wieder einmal zurückgefallen, auch wenn sie mehr als einmal an den »proletarischen Massen« zu verzweifeln, wenn nicht gar irre zu werden drohte. Als die Reichstagsfraktion der SPD am 4. August 1914 den Kriegskrediten zustimmte und große Teile der »proletarischen Massen« nach Beute und Ehre lüsternd sowie mit Blumen bekränzt ins Feld aufbrachen, erwog Rosa Luxemburg allen Ernstes, Selbstmord zu begehen – um ein Fanal zu setzen und die Massen aufzurütteln.<sup>8</sup>

Es hätte natürlich nichts genützt.

In letzter Konsequenz verfolgte Rosa Luxemburg ein handlungsorientiertes Konzept. Zur Arbeiterklasse zu gehören, hieß für sie, sich für die Emanzipation des Menschen, für die Befreiung des Menschen aus allen Umständen einzusetzen, in denen er ein erniedrigtes, geknechtetes und beleidigtes Wesen ist – egal, ob jemand am Schraubstock malochte oder am Schreibtisch redigierte.

Natürlich wollte sie die Ausgebeuteten und Erniedrigten ermutigen, natürlich wollte sie sie erhaben sehen – aber nicht als Geführte, sondern als selbstbestimmte Menschen, die ihre Assoziationen frei wählen. Ihre Bildungsangebote verstand Rosa Luxemburg als Hilfe zur Selbsthilfe. Für sie begann die Emanzipation *in* der Bewegung – die ohne Aneignung einer breiten Bildung für sie nicht denkbar war. Letzten Endes stand Rosa Luxemburg mehr bei Marx und nicht so sehr beim Marxisten Lenin, wenngleich sie mit diesem – wie mit Marx natürlich auch – den revolutionären Impetus teilte.

Karl Kautskys Fixierung auf das Proletariat, die er mit vielen sozialdemokratischen Führern teilte, erfuhr später, in der klassenrassistischen Praxis des Thälmannschen ZK nach 1925, seine Hyperthropfierung, ehe die Katastrophe auch sichtbar ausbrach. Heinrich Mann, der schon in der Weimarer Republik zusammen mit Käthe Kollwitz und Albert Einstein um die Kommunisten geworben hatte und trotz aller Zurückstößungen auch im Exil davon nicht abzubringen gewesen war, schrieb 1934: »Kommunisten leugnen noch nachträglich die Macht und den Vorrang des sittlichen Willens, – nachdem der unsittliche sie soeben besiegt und widerlegt hat. Das siegreiche System, dieses Dritte Reich, ist ihre *eigne* Karikatur, sie sehnen es nur nicht. Diese Karikatur besteht so furchtbar genau auf der Rasse wie das Original auf der Klasse. Das Original verläßt sich einzig auf das Proletariat, und ein Mann mit einer bürgerlichen Großmutter ist bei ihm so unmöglich wie bei der Karikatur ein Mann mit einer nicht arischen.«<sup>9</sup>

8 Hugo Eberlein: Erinnerungen an Rosa Luxemburg bei Kriegsausbruch 1914, in: UTOPIE kreativ, Heft 174 (April 2005), S. 356 f.

9 Heinrich Mann: »Revolutionäre Demokratie«, in: Europäische Idee, 1934, Nr. 8, zitiert nach: Toralf Teuber: Ein Strategie im Exil. Hermann Budziszlawski und Die neue Weltbühne, Frankfurt am Main 2004, S. 103.

Ob Rosa Luxemburg gegen diese Entwicklung eine Chance gehabt hätte, muß Spekulation bleiben. Aber wahrscheinlich wäre es ihr nicht anders ergangen als Paul Levi und Genossen, die zweieinhalb Jahre nach der Gründung der KPD aus jener Partei ausgeschlossen wurden, die sie einst initiiert und aufgebaut hatten.

### *Feigheit vor dem Freund*

Doch noch einmal zurück zu den »gewissen Fragen«. Ohne die Große Französische Revolution, die die politischen Menschenrechte nach Europa brachte, ist Rosa Luxemburg nicht zu verstehen. Für Rosa Luxemburg bedeutete Sozialismus Demokratie und Menschenrechte. Zwischen Rosa Luxemburg und Lenin sowie seinen Anhängern verläuft an diesem Punkte bis zum heutigen Tage eine wesentliche, wenn nicht gar die wesentliche Trennlinie. Rosa Luxemburg wollte die politischen Menschenrechte um die sozialen Menschenrechte erweitern: »Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, *nicht* jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt ... nicht erst im gelobten Lande ..., als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat.«<sup>10</sup>

Lenin hingegen war im Interesse der Macht bereit, notfalls und mindestens zeitweise auf die bedingungslose Gewährung politischer Menschenrechte zu verzichten, wenn er dafür die sozialen Menschenrechte einführen konnte. Dieses System erwies sich letztlich nicht als dauerhaft lebensfähig.

Paul Levi, einer der wenigen wirklich konsequenten Anhänger der Ansichten Rosa Luxemburgs, schrieb 1922: »Aber die Parteien als Parteien, als Strömungen, mit Polizeimitteln von der Oberfläche verbannen, ihnen das Licht des Tages nehmen: das war für Rosa Luxemburg eine unmögliche Vorstellung ... Denn ... die Erfahrungen, die Revolutionäre aus dem Kampf ... schöpfen, kann ihnen kein Führer, keine Polizeibehörde, keine Tscheka ersetzen. Sie müssen die Erfahrungen machen im eigenen Kampfe.«<sup>11</sup>

Der Revolutionärin Rosa Luxemburg war es natürlich selbstverständlich, solidarisch zur russischen Revolution zu stehen. Doch Solidarität ohne Kritik, ohne Kritik an der Politik von Lenin und Trotzki, galt Rosa Luxemburg als Feigheit – als Feigheit vor dem Freund.

### *Morgen*

Seit den achtziger Jahren erleben wir, wie ein – im Grunde genommen – vorkapitalistischer Ausbeutungstyp sich neu entwickelt. Die Infrastruktur wird immer weniger als gesellschaftlich notwendiges und durch die Gesellschaft als Ganzes zu unterhaltendes Kapillarsystem behandelt, die Infrastruktur wird zur einer Quelle von Gewinn pervertiert: Energieversorgung, Verkehr, Wasser- und Abwasserversorgung, Post, sogar die Bildung und die Behandlung von Kranken und Bedürftigen. Abgesichert durch selbst herbeigeführte internationale Diktate wie GATS wird eine Monopolisierung aller Ressourcen betrieben, mit dem Ziel, eine moderne Wegelagererei zu

10 Rosa Luxemburg: a. a. O., S. 363.

11 Paul Levi: Einleitung zu »Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg«, in: Annelies Laschitzka (Hrsg.): Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, Berlin 1990, S. 225

etablieren. Nicht mehr nur der einzelne Lohnabhängige, sondern die gesamte Bevölkerung wird zum Ausbeutungsobjekt.

Für die künftige politische Entwicklung dürfte diese Ausplünderung von einiger Relevanz sein, denn neben den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit tritt nun endgültig der Widerspruch zwischen Kapital und Konsum. Hier entsteht strategisch eine neue Konfrontationslinie. Mit diesem Übergang zu einem Kapitalismus der Ausplünderung ganzer Bevölkerungen entstehen bisher unbekannte Spaltungen der Gesellschaft. Damit wird eine emanzipatorisch agierende Linke möglicherweise für ganz andere Schichten interessant, und strategisch werden völlig andere Mehrheiten denkbar. Wer in der Linken ist aber darauf eingestellt, so etwas überhaupt nur zu denken?

Man wird auch künftig nicht von Arbeiterklasse oder Proletariat oder gar Diktatur des Proletariats reden; aber wir werden Bewegung und Bewegungen erleben. Linke Bewegung und linke Bewegungen – allerdings vorausgesetzt, daß sich die Linke nicht in die Parlamente wegschließt, sondern die Parlamente als Arbeitsplatz begreift, auf dem man seinen Beitrag zu einer emanzipatorischen Entwicklung zu leisten hat.

Und dabei ist dann Rosa Luxemburgs Auffassung von Bewegung und Demokratie doch sehr aktuell: Bewegung verstanden als Widerstand in emanzipatorischer Absicht und mit emanzipatorischen Mitteln – beides als untrennbare Einheit gedacht und praktiziert. Demokratie verstanden nicht allein als formale Demokratie – auch wenn es immer darum geht, diese formale Demokratie gegen ihre Feinde im gegnerischen Lager zu verteidigen und – wozu viel mehr Mut und Kraft und Verbündete gehören – auch gegen ihre Feinde im eigenen Lager zu verteidigen. Letztlich aber – jeder Tag zeigt das deutlicher – wird die formale Demokratie nur zu erhalten sein, wenn sie in Richtung sozialer Demokratie – so wie 1918 von Rosa Luxemburg gefordert und vorgeschlagen – ausgebaut wird.

Das ginge natürlich auch ohne die Erinnerung an Rosa Luxemburg. Ihr zumindest wäre sie nicht wichtig. Ihr wäre nur eines wichtig: Es würde gemacht werden.



CAREN LAY

## Abschied vom »Ernährermodell«

Zur Familien-, Sozial- und Arbeitspolitik  
der Neuen Linken

Ob und wie die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig gemacht werden können, ist auch in der Linkspartei ein umstrittenes Thema. Die Geschlossenheit in der Ablehnung der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze bricht in dem Moment auf, in dem unsere Alternativen auch in Detailfragen benannt werden müssen. Umstritten ist dabei neben den inhaltlichen Problemen die strategische Frage, wie man mit dem Angriff auf den Sozialstaat umgeht. Angesichts massiver Angriffe auf den bestehenden Sozialstaat gibt es auch in der Linkspartei Ansätze, die bestehenden Konstruktionen »mit Zähnen und Klauen« zu verteidigen – und damit auch die ihnen innewohnenden überholten Vorstellungen, die dem deutschen Sozialrecht eingeschrieben sind.

Ich möchte demgegenüber argumentieren, dass die simple Verteidigung des real existierenden Sozialstaates in seiner Verfasstheit vor der Agenda 2010 auf die Dauer kein tragfähiges Konzept darstellen kann. Zum einen deshalb nicht, weil es schwierig werden wird, in der öffentlichen Debatte mit einer reinen Blockadehaltung bestehen zu können, zum anderen, weil dies die Strukturprobleme des Sozialstaates tatsächlich nicht löst und bereits vor der Agenda 2010 eine Reihe von Gerechtigkeitsfragen aufgeworfen waren. Wenn wir als Linke glaubwürdig sein wollen, dann können wir das nur, wenn wir den Mut haben, eine progressive Auflösung nach vorne vorzuschlagen.

Deshalb plädiere ich dafür, einen eigenständigen Gestaltungsanspruch zu formulieren, der auch mit denjenigen Strukturelementen bisheriger sozialstaatlicher Arrangements bricht, die wir seit langem als sozial ungerecht kritisiert haben.

Als zentrale Strukturprobleme des heutigen Sozialstaatsmodells werden zum Beispiel der Charakter der sozialen Sicherungssysteme als Arbeitnehmersicherung, ihre Finanzierung über Löhne und Gehälter und eine verbleibende bzw. sich verstärkende Fürsorgeorientierung einschließlich autoritärer und Zwangselemente genannt.

Ein weiteres dieser überholten und dysfunktionalen Strukturelemente stellt das »Ernährermodell« dar, das die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zum Vorbild hat und das die bundesdeutsche Gesetzgebung in vielfacher Hinsicht durchzieht. Darauf konzentriert sich dieser Aufsatz, da es zum einen weder innerhalb der Linkspartei noch innerhalb der WASG eine deutlich wahrnehmbare systematische Auseinandersetzung damit gibt und weil es auch in beiden Parteien Kräfte gibt, die Sozial- und Arbeitspolitik nach wie vor aus der Perspektive des Familienvaters betreiben.

Caren Lay – Jg. 1972; Soziologin; arbeitete als Referentin bei der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag und als Redenschreiberin im Bundesverbraucherministerium; seit 2004 Mitglied des Sächsischen Landtags und dort Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.PDS; seit 2006 Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS; Veröffentlichung von Texten zu Fragen des Feminismus und zur queer theory.

*Wo manifestiert sich das »ErnährermodeLL«?*

Das »ErnährermodeLL« verbirgt sich explizit oder implizit hinter wesentlichen Instrumenten der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik. Zu nennen wären:

- a) das Ehegattensplitting, das eine geschlechterhierarchische Arbeitsteilung steuerlich belohnt;
- b) die Konstruktion der Bedarfsgemeinschaft, die durch die eingeführten gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen familiäre Abhängigkeiten der Ehe auf nicht-eheliche Lebensgemeinschaften und Hausgemeinschaften ausweitet;
- c) die Finanzierung der Elternzeit durch ein niedriges Erziehungsgeld, das eine eigenständige Existenzsicherung nicht ermöglicht;
- d) die in Deutschland vergleichsweise schlechte Infrastruktur von frühkindlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen;
- e) bestehende Mini-Job-Regelungen, die die Sozialversicherungsfreiheit für geringfügige Beschäftigung formulieren und insofern der Vorstellung eines »Hinzuverdienstes« zum eigentlichen Familieneinkommen entsprechen;
- f) Ehegattenzuschläge auf die Gehälter im öffentlichen Dienst;
- g) die beitragsfreie Mitversicherung von nicht-erwerbstätigen Ehepartnerinnen und Ehepartnern in der Kranken- und Pflegeversicherung;
- h) naheheliche Unterhalts- und Versorgungsansprüche;
- i) Unterhaltsverpflichtungen von Eltern gegenüber erwachsenen Kindern – zum Beispiel während der Ausbildung oder in der Bedarfsgemeinschaft;
- j) Unterhaltsverpflichtungen von Kindern gegenüber Eltern, zum Beispiel im Falle der Pflegebedürftigkeit.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Ich plädiere nicht dafür, alle genannten Instrumente von heute auf morgen abzuschaffen oder gar ersatzlos zu streichen. Vielmehr sollte geschaut werden, wie der Abschied vom »ErnährermodeLL« als ein Transformationsprojekt begriffen werden kann und entsprechende Alternativen mittelfristig realisiert werden können, um die mit dem »ErnährermodeLL« einhergehenden Gerechtigkeitsdefizite zu beseitigen, ohne dass dies gleichzeitig zu weiteren sozialpolitischen Härten führt.

*Was ist das Problematische am »ErnährermodeLL«?*

*Erstens: Das Gerechtigkeitsdefizit.* Die mit dem »ErnährermodeLL« einhergehenden Gerechtigkeitsdefizite und seine anti-egalitäre Wirkungsweise werden in der feministischen Sozialstaatsdiskussion seit Langem diskutiert.<sup>1</sup> Dabei geht es um die grundsätzliche Kritik, dass der derzeitige ordnungspolitische Rahmen am »ErnährermodeLL« und nicht an der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen und Männern ausgerichtet ist. Der bundesdeutschen Sozialpolitik wird ein Geschlechterbias nachgewiesen, dem gesellschaftliche Normalitätsvorstellungen unterliegen – nämlich die der männlichen Normalbiographie einer durchgängigen Erwerbstätigkeit und einer »normalen« Familie mit einer nicht-erwerbstätigen Ehefrau. Kritisiert wird in diesem Diskurs unter anderem, dass bestehende Regelungen auf eine Beibehaltung dieser Arbeitsteilung zielen. Bei Frauen – so heißt es in diesem Diskurs – ziele Sozialpolitik nicht auf »Proleta-

1 Vgl. für einen aktuellen Überblick: Sigrid Leitner u. a.: Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnisse im Umbruch, Wiesbaden 2004.

2 Teresa Kulawik: Modern bis maternalistisch. Theorien des Wohlfahrtsstaates, in: Dies./Birgit Sauer (Hrsg.): Der halbierte Staat. Grundlagen feministischer Politikwissenschaft, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 55.

3 Susanne Schunter-Kleemann: Wohlfahrtsstaat und Patriarchat – ein Vergleich europäischer Länder, in: Dies. (Hrsg.): Herrenhaus Europa – Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat, Berlin 1992, S. 162.

4 Teresa Kulawik, a. a. O., S. 48.

risierung«, sondern nicht selten gerade auf den Ausschluss vom Arbeitsmarkt und die mit dem Begriff der »Hausfrauisierung« etikettierte Zwangsrekrutierung zur unbezahlten Familienarbeit.<sup>2</sup> Ein anderes Feld der Auseinandersetzung ist die mit dieser Normalitätsannahme einhergehende unterschiedliche Bewertung der Lebensentwürfe von Frauen. Sozialstaatlich begünstigt – so wird hervorgehoben – würden vorrangig Frauen, die sich dem traditionellen Leitbild der Ehefrau fügen. Frauen hingegen, die aus der Hausfrauenehe herausstreben oder herausfallen (alleinerziehende, geschiedene, erwerbstätige Frauen), seien steuer- und familienpolitisch benachteiligt.<sup>3</sup>

Kritisiert wird zudem die Tatsache, dass die Leistungsansprüche der Frauen nicht gegenüber dem Staat, sondern gegenüber dem Ehemann formuliert werden. Der den Frauen bei der Entstehung des Wohlfahrtsstaates zugewiesene und die bundesdeutsche Regelung bis heute prägende Status sei nicht als individuelles Rechts-, sondern als paternalistisches Schutzverhältnis konzipiert.<sup>4</sup>

Dies alles bedeutet eine Reihe von Nachteilen für Frauen: Altersarmut von Frauen, ihre Abhängigkeit von der Unterstützung durch ihre Männer in und nach der Ehe, während eine eigenständige Existenzsicherung durch Anreizsysteme für Nicht-Erwerbstätigkeit (Ehegattensplitting, Versorgungsausgleich, Hinterbliebenenversorgung) bzw. wegen fehlender Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (fehlende Krippenplätze vor allem in Westdeutschland, keine oder eingeschränkte Rückkehrrechte in den Beruf) systematisch erschwert wird. Für die in Frauenkreisen gelegentlich aufgestellte Behauptung, dass es sich für Frauen mehr lohnt, eine Woche lang mit einer »guten Partie« verheiratet zu sein, als ein Leben lang zu arbeiten, habe ich in diesem Zusammenhang keine empirischen Belege gefunden, halte es allerdings nicht für ausgeschlossen.

Zu betonen bleibt: Die wiedergegebenen Argumente der feministischen Sozialstaatskritik haben explizit oder implizit ebenfalls eine traditionelle Hausfrauenehe vor Augen. Durch die Prekarisierung der Arbeitswelt und Pluralisierung der Lebensweisen können oder wollen aber auch viele Männer dieser »Normalbiographie« nicht mehr entsprechen – und somit sind auch sie Betroffene einer patriarchalen Sozialstaatskonstruktion.

*Zweitens: Dysfunktionalität.* Neben den genannten Gerechtigkeitsdefiziten wird insbesondere in der aktuellen Debatte um die Familienpolitik die Dysfunktionalität des gegenwärtigen familienpolitischen Leitbildes moniert. Für Familienpolitik wird in Deutschland zwar im europäischen Vergleich relativ viel Geld ausgegeben, ohne dass die wesentlichen Aufgaben einer modernen Familienpolitik gelöst werden. Als solche wären zu nennen: die Verhinderung von Kinderarmut, Verhinderung der Benachteiligung sozial schwacher Kinder im Bildungssystem, die Herstellung von Gleichberechtigung und von Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Exemplarisch für diese Kritik heißt es in einem Strategiepapier der IG Metall, dass die familienpolitischen Ausgaben in Deutschland zwar zu den höchsten in der Welt zählten, doch die Ergebnisse dürftig sind: In Deutschland leben immer mehr Kinder in Armut, Jungen und Mädchen aus sozial schwachen Familien haben geringe Bil-

dungschancen, viele Frauen können Familie und Beruf nicht vereinbaren und die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen wird als enorme Belastung wahrgenommen.<sup>5</sup>

Im Übrigen führt die gegenwärtige Politik zu im europäischen Vergleich niedrigen Geburtenraten – ein Umstand, der in der aktuellen Debatte eine große Rolle spielt. (Womit aber nicht gesagt sein soll, dass ich die Erhöhung der Geburtenraten an sich als ein Qualitätskriterium von Familienpolitik akzeptieren würde.)

*Drittens: Legitimationskrise.* Die folgenden Elemente des sozialen Wandels führen zu einer Legitimationskrise des ordnungspolitischen Rahmens, der implizit auf dem Modell der Hausfrauenehe aufbaut:

a) Die Emanzipation von Frauen, die mit der Forderung einer gleichberechtigten Teilhabe am Erwerbsleben einhergeht, wie sie in der DDR trotz anderer gleichstellungspolitischer Defizite annähernd realisiert war, führt zum Widerstand gegen die Restaurierung traditioneller Lebensformen, wie sie etwa in der Einführung der Institution der »Bedarfsgemeinschaft« und anderen Konstruktionen besteht, die nicht nur, aber in erster Linie Frauen aus einer gleichberechtigten Teilhabe am Erwerbsleben ausschließen.

b) Die Prekarisierung der Arbeitswelt hat einen Bedeutungsverlust der »Normalbiographie« auch für Männer zur Folge. Auch sie können immer weniger auf eine ungebrochene Erwerbsbiographie hoffen. Dies führt zu einer Situation, in der zunehmend auch Männer in die Situation von Bedürftigkeit und familiärer Abhängigkeit geraten und selbst zu Leidtragenden des »ErnährermodeLLs« werden.

c) Hinzu kommt schließlich die Pluralisierung von Familien- und Lebensweisen. Patchwork-Familien, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften von hetero- und homosexuellen Paaren, steigende Scheidungsraten und Single-Haushalte sind Indikatoren einer auch in familiären Dimensionen erodierenden »Normalbiographie«. Der diese Entwicklung begleitende Wertewandel führt dazu, dass einige Elemente der sozialen Sicherungssysteme einer normativen Legitimationskrise unterliegen. Für die staatliche Normierung von Lebensweisen durch die Bevorzugung der »Hausfrauenehe« dürfte es zunehmend schwieriger werden, gesellschaftliche Mehrheiten zu finden.

Indikator für diese Legitimationskrise ist etwa die aktuelle Diskussion zur Institution »Bedarfsgemeinschaft«, die eine Restauration traditioneller familiärer Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Erwachsenen zur Folge hat und die selbst von Menschen, die in klassischen Familienmodellen leben, nicht als Rettung, sondern als Zerstörung ihrer Familie empfunden wird. Im Zuge der Einführung von Hartz IV sind viele Lebenspartner auseinander gezogen, haben Kinder früher als ursprünglich geplant das Elternhaus verlassen.<sup>6</sup> Die finanziellen Abhängigkeiten führen daher zu einem Anstieg ungewollter Single-Haushalte. Zudem stellt sie eine Belastung für das innerfamiliäre Klima dar, da sich Personen, die sich zuvor auf gleicher Augenhöhe begegnet sind, von nun an in einem Abhängigkeits- und Aushaltungsverhältnis befinden.

In eine Legitimationskrise geraten zunehmend auch die naheheulichen Unterhaltsverpflichtungen zwischen Erwachsenen angesichts steigender Scheidungsraten, kürzerer Ehen und der Tatsache, dass

5 Kirsten Rölke, Wolfgang Schroeder: Thesen zum Sozialstaatskongress der IG Metall: Drei Eckpfeiler müssen renoviert werden.

6 Dies so lange, bis das ansatzweise progressive Element – dass nämlich Jugendliche eine eigenständige Bedarfsgemeinschaft begründen, wenn sie aus dem elterlichen Haushalt ausziehen – im Frühjahr mit dem Verweis auf einen angeblich starken Anstieg der Anzahl von Bedarfsgemeinschaften wieder rückgängig gemacht wurde.

7 Sabine Berghahn: Der Ehegattenunterhalt und seine Überwindung auf dem Weg zur individualisierten Existenzsicherung, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 109

das Eingehen einer neuen Bindung nach einer Ehe heutzutage nicht Ausnahme sondern einen Regelfall darstellen dürfte. Nachehelicher Unterhalt ist daher eine Quelle endloser Rechtsstreitigkeiten und oft auch ein Erpressungs- und Tauschobjekt im Kampf um das Sorgerecht für Kinder.<sup>7</sup> Das dürfte auch der Hintergrund dafür sein, dass das Unterhaltsrecht erst kürzlich von der CDU/SPD-Koalition dahingehend modifiziert wurde, dass sich die Unterhaltsansprüche geschiedener Ehepartner verschlechtern, die der Kinder hingegen verbessern.

*Für ein neues Leitbild in der Familien- und Sozialpolitik*

»An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« (Karl Marx: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 482)

Sicherlich gibt es auch in der Linkspartei.PDS nicht wenige, die die oben dargestellten Individualisierungserscheinungen als das Aufweichen innerfamiliärer Solidarität interpretieren und als solches bedauern. Statt der verzweifelten Verteidigung einer Normalität, die nicht mehr existiert, empfiehlt sich aus meiner Sicht allerdings ein realistischer Blick auf die Welt, wie sie ist – verbunden mit dem Anspruch auf die Gleichstellung aller Lebensweisen.

Dies sollte Bestandteil einer emanzipatorischen Sozialpolitik sein, die Christoph Butterwegge von einer kompensatorischen und kompetitorischen Sozialpolitik unterscheidet: »Die Emanzipatorische Sozialpolitik dient der Befreiung unterversorgter bzw. -privilegierter Gesellschaftsmitglieder von Zwängen, welche es ihnen verwehren, ein gutes Leben zu führen, sich optimal zu entwickeln und eine gereifte Persönlichkeit zu werden.«<sup>8</sup> Sie sollte sich außerdem von patriarchalisch-chauvinistischen, ständisch-paternalistischen und sozialpatriotisch-autoritären Zügen staatlicher Wohlfahrtspflege vergangener Epochen unterscheiden.<sup>9</sup>

8 Christoph Butterwegge: Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005, S. 12.

9 Ebenda, S. 60.

Im Sinne einer solchen emanzipatorischen Sozialpolitik stellt sich die Frage, ob die Organisation von Solidarität noch länger privatisiert werden soll oder ob es ein zeitgemäßeres Konzept ist, die Existenzsicherung während der Phasen der Nicht-Erwerbstätigkeit über die Gemeinschaft zu organisieren. Denn es ist nicht länger zu rechtfertigen, warum die Versorgung im Alter – zumindest für ehemals Erwerbstätige – kollektiv ausgestaltet ist, während die Existenzsicherung in der Kindheit oder während der Elternzeit – also in der Regel für Frauen – in die private Verantwortung verwiesen wird. Das heißt nichts Geringeres, als eine gesamtgesellschaftliche Solidarität einzufordern, anstatt die Lösung sozialer Notlagen zu privatisieren.

10 Der Begriff der Subsidiarität stammt aus der katholischen Soziallehre und beschreibt das Prinzip, nach dem der Staat nur diejenigen Aufgaben übernehmen soll, die die Gesellschaft selbst nicht lösen kann. Bezogen auf das Sozialrecht beinhaltet es, dass der Staat erst dann die Sozialleistungen finanziert, wenn die als vorrangig betrachtete private Versorgung nicht vorhanden ist.

Deshalb habe ich die größten Zweifel daran, dass das Subsidiaritätsprinzip<sup>10</sup> ein zukunftsfähiges Strukturprinzip der Familien- und Sozialpolitik darstellen könnte. Während dieses Prinzip zum Beispiel in der Jugendhilfe zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft führen kann, erzeugt die »Ehegattensubsidiarität« in der Familienpolitik in der Familie Abhängigkeiten und gesamtgesellschaftlich Ungerechtigkeiten.

Die Orientierung an einem Familienmodell mit einem männlichen Familienernährer an der Spitze ist den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht mehr gewachsen. Der Abschied vom »ErnährermodeLL« muss einem neuen Leitbild in der Familien- und Sozialpolitik weichen. Damit meine ich nicht, eine andere Lebensweise als die der klassischen Hausfrauenehe zum Leitbild zu küren und sozialpolitische Regelungen einseitig darauf abzustellen. Welche Lebensweisen aus Sicht konservativer Politiker mehr oder weniger wünschenswert sind, kann aber nicht Maßstab linker Politik sein. Im Gegenteil: Es geht den Staat nichts an, wer mit wem schläft und wer wie lebt. Normierungen oder ihr Versuch sind aus emanzipatorischer Sicht abzulehnen. Dementsprechend hat sich der Staat neutral zu verhalten gegenüber der Entscheidung der Einzelnen, wie sie leben und lieben möchten.

Aus dieser postulierten Neutralität gegenüber den Lebensentwürfen ergibt sich konsequenterweise eine andere Definition von Familie und ein anderes Kriterium für Familienförderung: Familie ist dort, wo Nähe ist und Förderung gehört dahin, wo Kinder oder Pflegebedürftige sind – und nicht dahin, wo ein Trauschein vorliegt.

Die Neutralität gegenüber den Lebensentwürfen ist auch Hintergrund des von Lessenich und Möhring-Hesse entworfenen Leitbildes eines »demokratischen Sozialstaats«. <sup>11</sup> Sie schreiben:

»Im Gegensatz zum bestehenden Sozialstaat wird der demokratische Sozialstaat deshalb nicht bestimmte Lebensformen als gesellschaftliche Normalität voraussetzen und damit weder die Erfüllung entsprechender Normalitätsannahmen belohnen noch deren »Missachtung« bestrafen. Der Sozialstaat erfüllt in dieser Weise nicht nur eine elementare Forderung der liberalen Demokratie, sondern reagiert damit auch auf jenen grundlegenden Wandel der privaten Lebensformen, den man gemeinhin als »Individualisierung« bezeichnet und der für einen guten Teil der Leistungsmängel des bestehenden Sozialstaats verantwortlich ist.« <sup>12</sup>

Die Neutralität gegenüber den Lebensweisen geht mit dem Anspruch auf gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für beide Geschlechter einher. Es wäre sicherlich falsch, mit dem Argument der Neutralität blind im Bezug auf bestehende Hierarchien und Arbeitsteilungen zu agieren und gleiche Bedingungen für Frauen und Männer simpel zu unterstellen. Vielmehr muss eine aktive Gleichstellungspolitik, die die freie Entwicklung eines und einer jeden Einzelnen zum Ausgangspunkt nimmt, vorhandene strukturelle Unterschiede wahrnehmen und ihnen entgegenwirken. Es ist deshalb kein Widerspruch, einerseits Neutralität gegenüber den Lebensweisen zu fordern und gleichzeitig Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, bestehende einengende Rollenklischees zu beseitigen und die Erwerbsintegration von Frauen zu verbessern, zumal an dieser nicht nur symbolisch der vollwertige Bürgerstatus hängt, sondern faktisch eigenständige soziale Absicherung noch immer an Erwerbstätigkeit bzw. an den lohnarbeitsfinanzierten Sicherungssystemen hängt.

Zielstellung sozialistischer Familienpolitik muss die Gleichstellung aller Lebensweisen und die Herstellung einer echten Wahlfreiheit sein, die heute nicht gegeben ist. Das heißt, Sozialpolitik nicht länger vom »Familienvater« aus zu denken, sondern aus der Per-

11 Stephan Lessenich, Matthias Möhring-Hesse definieren in ihrer Expertise im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung »Ein neues Leitbild für den Sozialstaat« (Berlin, September 2004) diesen als einen Sozialstaat, »der Ausdruck und Garant der wechselseitigen Anerkennung und gegenseitigen Solidarität untereinander verpflichteter, politisch gleicher und sozialpolitisch gleich berechtigter Bürgerinnen und Bürger ist.«

12 Ebenda, S. 4.

spektive von Individuen und explizit aus der Perspektive derjenigen, deren Ansprüche sich bislang von diesem Familienvater abgeleitet haben bzw. sich an ihn und nicht an die Allgemeinheit richteten.

In der feministischen Sozialstaatstheorie wird das »adult-worker-model« als Alternative diskutiert bzw. als Beschreibung der bereits erfolgten Modernisierung der Familienpolitik verwendet – einer Modernisierung, die in den verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU unterschiedliche Ausmaße angenommen hat und gerade in der Bundesrepublik durch die Betonung von Teilzeitarbeit oder Hinzuverdienst für Frauen sicherlich mit am schwächsten ausgeprägt ist.

Doch das »adult-worker-model« als normatives Leitbild kollidiert gleichwohl mit anderen Ansprüchen einer modernen Sozialpolitik, nämlich dem, die Erwerbs- bzw. Lohnarbeitszentrierung der Sozialpolitik aufzuheben. Dies gilt insbesondere dann, wenn das »adult-worker-model« nach der Definition von Klammer und Klenner ein Modell umschreibt, in dem im Allgemeinen »erwachsene Bürger grundsätzlich als Erwerbstätige angesehen und ihre Ansprüche auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen weitgehend an diesen Status geknüpft«<sup>13</sup> werden. Doch auch die von Woods vorgenommene alternative Definition des »adult-worker-models« als ein Modell, das »von der Fähigkeit des/der Einzelnen als normal und wünschenswert aus(geht), allein für seinen/ihren Lebensunterhalt aufzukommen«<sup>14</sup>, ist nicht nur angesichts der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit äußerst schwierig zu realisieren. Es ist auch insofern problematisch, als dass mit genau dieser Argumentation einschneidende Kürzungen bei Langzeitarbeitslosen vorgenommen wurden.

Nicht nur vor dem Hintergrund der Debatte um die angesichts der Prekarisierung der Arbeitswelt problematisch gewordene Erwerbs-arbeitsfixierung der Sozialpolitik, sondern auch aus feministischer Sicht ist einem solchen Leitbild nicht vorbehaltlos zuzustimmen. Klammer und Klenner wenden sich explizit gegen ein Modell, »in dem durchgängige Vollzeitenerwerbstätigkeit für alle Erwachsenen zur Normalität erklärt wird und damit (...) das bisherige, auf den männlichen Erwerbstätigen mit erwerbstätiger Ehefrau zugeschnittene Normalarbeitsverhältnis auf alle Erwachsenen zu übertragen wäre.«<sup>15</sup> Christina Stecker behauptet gar, dass die von Feministinnen erhoffte Verheißung des »adult-worker-models« sich für viele Frauen als ein Fluch herausgestellt hätte, da Arbeitsverhältnisse prekär sind und sich die Formen der Absicherung bei Nicht-Erwerbsarbeit im Zuge des Sozialabbaus verschlechtert hätten.<sup>16</sup> Und richtigerweise kritisiert Jane Lewis, dass »die Neujustierung, Männer und Frauen unterschiedslos zu behandeln – allesamt gleichermaßen als Erwerbsbürger –, die komplexen Probleme (übersieht), die mit der unbezahlten Sorgearbeit verbunden sind.«<sup>17</sup> Sie folgert daraus: »Strebt Politik die Gleichheit der Lebensverhältnisse im Unterschied zur ökonomischen Individualisierung via Erwerbsarbeit an, dann muss sie sich eher auf Fragen der Verteilung und Bewertung der Sorgearbeit konzentrieren – und zwar insbesondere mit Blick auf die Zeitverteilung im Haushalt.«<sup>18</sup> Und die Autoren Arn und Walter formulieren in diesem Sinne, dass es um eine Weiterentwicklung hin zu einem »integralen adult-worker-model« geht, das

13 Ute Klammer, Christina Klenner: Geteilte Erwerbstätigkeit – gemeinsame Fürsorge. Strategien und Perspektiven der Kombination von Erwerbs- und Familienleben in Deutschland, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 178.

14 Dorian R. Woods: Das »adult worker model« in den USA und in Großbritannien, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 212.

15 Ute Klammer, Christina Klenner a. a. O., S. 197.

16 Christina Strecker: Der Fluch der Verheißung: Kommodifizierungszwang und De-Kommodifizierungsrisiko im »adult worker model«, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 234.

17 Jane Lewis: Auf dem Weg zur Zwei-Erwerbstätigen-Familie, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 75.

18 Ebenda, S. 78.

auf eine deutliche Arbeitszeitverkürzung und die Förderung von »Hausmännlichkeit« setzt.<sup>19</sup>

Das »adult-worker-model« bleibt auch die Antwort auf die Frage schuldig, wie die Absicherung zu Zeiten der Nicht-Erwerbstätigkeit zu erfolgen hätte. Lessenich und Möhring-Hesse fordern im Sinne eines demokratischen Sozialstaates »eine dem strukturellen Wandel der Haushalts- und Lebensformen entsprechende Individualisierung sozialpolitischer Leistungen und Belastungen; schließlich eine den veränderten Bedingungen der individuellen Verausgabung von Arbeitskraft Rechnung tragende Neujustierung der sozialstaatlichen Regulierung der Erwerbsarbeit und des Verhältnisses von Arbeit und Leben.«<sup>20</sup>

Um aus dem Widerspruch zwischen dem Anspruch einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben einerseits und der Kritik an der Erwerbsarbeitszentrierung der Sozialpolitik andererseits herauszukommen, ist es also notwendig, neben dem Abschied vom ErnährermodeLL auch den Abschied vom VollzeitarbeitsmodeLL einzuleiten. Und es wäre eine Konkretisierung eines »adult-worker-models« dahingehend vorzunehmen, dass die eigenständige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit eine tatsächliche Möglichkeit und keinen Zwang bedeuten soll. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit, Arbeitsverpflichtungen und verschärften Zumutbarkeitsregelungen ist gegenwärtig weder die Möglichkeit zur Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit noch die Wahlfreiheit zur Erwerbsarbeit für alle Menschen gegeben.

Nichterwerbstätige Ehepartnerinnen und Ehepartner müssten vom Grundsatz her über ein Grundeinkommen abgesichert werden. Dieses würde zwar auch keinen Anreiz für eine eigenständige Erwerbs-sicherung von Frauen darstellen, aber immerhin eine eigenständige Absicherung und somit mehr Freiheitsgrade bedeuten. Vor dem Hintergrund einer von einigen Feministinnen geäußerten Kritik, dass ein nicht an Erwerbstätigkeit geknüpftes Grundeinkommen einer besseren Erwerbsintegration im Wege steht, müsste ein solches Grundeinkommen unbedingt mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung verbunden werden, die die Grundlage für eine solche Erwerbsintegration von Frauen und für eine gerechte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern liefern würde.<sup>21</sup>

Dass diese Möglichkeit auch einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarf, gehört inzwischen – zum Glück – zu sozial- und familienpolitischen Allgemeinplätzen und wird deshalb auch nicht weiter ausgeführt. Die Forderung nach der Realisierung dieses Anspruchs kann allerdings nicht oft genug erhoben werden.

Eine Alternative zum »ErnährermodeLL« kann also nur im Leitbild einer aktiven Gleichstellungspolitik liegen, welches die konsequente Einführung des Individualprinzips in den sozialen Sicherungssystemen und die Möglichkeit einer eigenständigen Existenzsicherung jedes Menschen miteinander verbindet. Überkommene Normalitätsannahmen und Moralvorstellungen haben nichts in einer emanzipatorischen Sozialpolitik zu suchen.

### *Handlungsfelder linker Sozial- und Familienpolitik*

Aus der Notwendigkeit heraus, sich vom »ErnährermodeLL« zu verabschieden und eine aktive Gleichstellungspolitik zu entwickeln, die

19 Christoph Arn, Wolfgang Walther: Wer leistet die andere Hälfte der Arbeit? Die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit als Bedingung eines »integralen« Modells der Zwei-Verdiener-Familie, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 132 ff.

20 Stephan Lessenich, Matthias Möhring-Hesse a. a. O., S. 3.

21 Für die feministische Diskussion zum Grundeinkommen vgl. exemplarisch: Michael Schreyer: Grundeinkommen – Das Brot der Emanzipation oder Schweigegeld für Frauen?, in: Michael Opielka, Ilona Ostner (Hrsg.): Umbau des Sozialstaats, Bd. 2 der Reihe Perspektiven der Sozialpolitik, Essen 1987, S. 270-276; Irene Pimminiger: Grundeinkommen und Geschlechterverhältnisse, unveröff. Manuskript, Wien 2000.

sowohl die Gleichstellung der Lebensweisen als auch die der Geschlechter zum Gegenstand hat, möchte ich die folgenden Handlungsfelder für linke emanzipatorische Politik vorschlagen:

*Erstens: Familienförderung gehört dahin, wo Kinder sind: Ehegattensplitting abschaffen, Kindergrundsicherung einführen.*

Das Ehegattensplitting ist eines der zentralen Anreizsysteme für die Nicht-Erwerbstätigkeit von Frauen. Es folgt dem Kriterium »Trauschein« bei der Familienförderung und nicht dem Kriterium »Vorhandensein von Kindern«. Letzteres wird spätestens dann deutlich, wenn man bedenkt, dass Alleinerziehende keine steuerlichen Vorteile haben. Nicht zuletzt entgehen mit dem Ehegattensplitting dem Staatssäckel Einnahmen in Milliardenhöhe, die familienpolitisch an anderer Stelle besser eingesetzt wären.

Nicht umsonst war seine Abschaffung eine zentrale, mit der rot-grünen Bundesregierung verbundene Reformhoffnung – eine Reformhoffnung, die jedoch enttäuscht wurde. Nun obliegt es der Linkspartei, die Forderung nach Abschaffung des Ehegattensplittings glaubwürdig zu vertreten. Sie ist im Steuerkonzept der Linkspartei.PDS bereits integriert, wird allerdings durch den Vorschlag der steuerlichen Absetzbarkeit eines Betrages in Höhe des Existenzminimums des Ehegatten geradezu konterkariert – vor allem dann, wenn es auch dort gelten soll, wo keine Kinder sind. Aus meiner Sicht könnte es daher ersatzlos gestrichen werden – also auch ohne die Variante Realsplitting bzw. Anrechnung von Freibeträgen. Dort, wo Familien in traditioneller Form mit Kindern leben und die Abschaffung des Splittings zu Härten führen würde, müsste eine Übergangs- oder Stichtagsregelung entwickelt werden. Das Steuerkonzept der Linkspartei müsste also an diesem Punkt überdacht und überarbeitet werden.

An diese Stelle müsste in einem ersten Schritt hin zu einer eigenständigen Existenzsicherung für jeden Menschen eine Kindergrundsicherung für jedes Kind treten, die selbstverständlich dem Kind zusteht, sein Existenzminimum abdeckt und deshalb auch nicht auf die Sozialtransfers der Eltern angerechnet werden kann. Inwiefern dies mehr kosten würde also die derzeitige Subventionierung der Hausfrauenehe durch das Ehegattensplitting, müsste durchgerechnet werden.

*Zweitens: Weg von monetären Transfers – hin zu sozialen Dienstleistungen: Freibeträge im Steuerrecht durch kostenlose Kitas ersetzen.* Die Analyse der Familienförderung im europäischen Vergleich kommt auch zu dem Ergebnis, dass in Deutschland sehr viel Geld in monetäre Leistungen für Familien versickert, ohne dass diese – gemessen an den Kriterien moderner Familienpolitik – effektiv wären, also zum Beispiel bei der Herstellung gleicher Teilhabemöglichkeiten aller Kinder. Prinzipiell ist ein solches Umsteuern hin zum Ausbau sozialer Dienstleistungen zu begrüßen, sofern es nicht auf Kosten des Kindergeldes geht, das ja als Form der Grundsicherung die Existenzgrundlage des Kindes darstellt.

Im Steuerrecht hat Familienförderung aus meiner Sicht allerdings grundsätzlich nichts verloren, denn dort wirkt sie sozial ungerecht. Von Kinderfreibeträgen im Steuerrecht profitiert man umso mehr, je mehr man verdient. Kinder von Erwerbslosen profitieren überhaupt

nicht von dieser Regelung. Aus diesem Grund ist es unverständlich, dass selbst im Steuerkonzept der Linkspartei ein System aufrechterhalten wird, das (Besser-)Verdienenden zugutekommt.

Ein Rechtsanspruch nicht nur auf Kita-, sondern auch auf Krippenplätze und die Herstellung der Kostenfreiheit der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsstruktur stellen demgegenüber wesentlich bessere Möglichkeiten dar, Kinder aus sozial schwachen Familien zu fördern und ihnen gleiche Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen. Auch hier gilt: Kostenfreiheit kommt allen Kindern zugute, die steuerliche Absetzbarkeit der Betreuungskosten nur verdienenden Eltern.

*Drittens: Soziale Sicherung individualisieren: »Bedarfsgemeinschaften« und gegenseitige Unterhaltsverpflichtungen abschaffen, soziale Grundsicherung individualisieren.* Kaum eine andere Konstruktion wird als so ungerecht empfunden wie die Konstruktion »Bedarfsgemeinschaft«. Bereits die vorangegangenen Hartz-Gesetze, die zu einer stärkeren Anrechnung der Partnereinkommen geführt haben, wurden zu Recht vor allem von Frauen kritisiert, die ihre eigenen erworbenen Versicherungsansprüche über Nacht verloren haben. Mit der neuen Regelung verlieren Personen ohne Leistungsbezug faktisch auch den Anspruch auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Verschärft wurde die innerfamiliäre Abhängigkeit auch dadurch, dass die CDU/SPD-Koalition die Regelleistungen für Jugendliche unter 25 Jahren weiter reduziert und den Anspruch auf eine eigenständige Haushaltsgründung abgeschafft hat.

Wie bereits dargestellt, unterliegen auch Unterhaltsansprüche zwischen Erwachsenen einer zunehmenden Legitimationskrise. Berghahn bezeichnet den Ehegattenunterhalt als »die zentrale Legitimationsgrundlage für die anti-egalitäre Auswirkung des deutschen Steuer- und Sozialsystems«<sup>22</sup> bzw. als »das überkommene Finanzierungsmodell der bürgerlichen Ehe und Familie«.<sup>23</sup> Durch den Ehegatten- und Verwandtenunterhalt zwischen Erwachsenen wird die Absicherung in Phasen der Nicht-Erwerbstätigkeit privatisiert statt sozialisiert. Zwar kennen die anderen europäischen Staaten mehrheitlich auch Unterhaltsansprüche zwischen Erwachsenen, räumen diesen aber nicht, wie in der Bundesrepublik, Priorität ein. Die in Deutschland angewendete strenge Subsidiarität beim Ehegattenunterhalt wirkt anti-egalitär, weshalb er für Berghahn gar eine mittelbare Diskriminierung darstellt.<sup>24</sup>

Die Alternative zur Zwangskollektivierung in Bedarfs- und Unterhaltsgemeinschaften besteht darin, eine Grundsicherung und mittelfristig ein Grundeinkommen einzuführen, das sich individuell bemisst, keine Bedarfsprüfung vorsieht und armutsfest ist. Dies ginge deutlich über den Rahmen des Adressatenkreises von Hartz IV, also von Langzeitarbeitslosen, hinaus. Es sollte unabhängig vom Kriterium der »Erwerbsfähigkeit« allen zugutekommen, die nicht erwerbstätig sind, um ihnen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Es würden auch Rentnerinnen und Rentner erhalten, insofern sie nicht höhere Bezüge aus der Rentenkasse bezögen.

Auch die Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme müssten eigenständig sein und sich nicht vom Familienernährer ableiten

*Viertens: Vereinbarkeit fördern – Erziehungsgeld durch Elterngeld ersetzen.* Um die Berufstätigkeit von Eltern zu fördern, muss die fi-

22 Sabine Berghahn a. a. O., S. 109.

23 Ebenda, S. 110.

24 Ebenda, S. 120.

nanzielle Absicherung während der Elternzeit reformiert werden. Und zwar weg vom Taschengeld Erziehungsgeld hin zu einer Lohnersatzleistung, die es ermöglicht, den Lebensstandard zu sichern und schnell wieder in den Beruf zurück zu kehren. Das Elterngeld orientiert sich vom Grundgedanken an der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen durch Erwerbsarbeit und eine partnerschaftliche Arbeitsteilung. Zentrales Merkmal sind daher Lohnersatzleistung, eine kurze Bezugsdauer und teilweise Nicht-Übertragbarkeit der Ansprüche bzw. Notwendigkeit der partnerschaftlichen Teilung. Mit diesem Grundgedanken ist es dem bisherigen System des Erziehungsgeldes eindeutig vorzuziehen. Erziehungsgeld ist auch nicht per se sozial ungerecht. Das hängt von seiner konkreten Ausgestaltung ab.<sup>25</sup> Kritiken der Linken an dem inzwischen eingeführten Elterngeld müssten an der konkreten Ausgestaltung zu Lasten erwerbsloser oder geringverdienender Eltern ansetzen, nicht jedoch am grundsätzlichen Paradigmenwechsel.

25 In dieser Diskussion verweise ich auf Falk Neubert: Pro Elterngeld – Überlegungen zur Familienpolitik der Linkspartei, [www.emanzipatorische-linke.de](http://www.emanzipatorische-linke.de).

*Fünftens: Mehr Männer in Familienarbeit, mehr Frauen in Erwerbsarbeit – ja zu Vätermonaten, nein zu Mini-Jobs.* Damit die Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sich nicht nur auf Frauen, sondern auch auf Männer bezieht, sollte die Linkspartei.PDS die Einführung von Vätermonaten begrüßen, die Vätern Anreize für die Übernahme von Erziehungsverantwortung geben.

Im Sinne der Förderung der Berufstätigkeit von Frauen ist es besser, Erwerbseinschränkung statt Verlängerung der Erwerbsunterbrechung zu fördern – etwa in Form eines uneingeschränkten Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit oder zeitwerte Leistungen.

Mini- und Midi-Jobs als Ausdruck des weiblichen »Hinzuerdienstes« sind eine Ursache für die überproportionale Repräsentation von Frauen im Niedriglohnbereich. Sie gilt es abzuschaffen – Sozialversicherungspflicht muss ab der ersten Stunde gelten.

Und selbstverständlich wollen wir einen Rechtsanspruch auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen unabhängig vom Leistungsbezug.

*Sechstens: Mehr Verfügungsgewalt über Zeit und Leben: Wege zu einer progressiven Zeitpolitik.* Die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung muss eine wesentlich prominentere Stellung in den Forderungen der Linkspartei.PDS erhalten. Untersuchungen zufolge gilt jungen Menschen die Forderung nach kürzeren Arbeitszeiten als die wichtigste Maßnahme für eine familienfreundliche Welt. Sie ist außerdem die entscheidende Maßnahme zur gerechteren Verteilung von Erwerbsarbeit und Einkommen und somit zentrales Instrument zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit. Sie ist Voraussetzung für eine gerechtere Arbeitsteilung in Familien.

Neben einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung müssen auch verstärkt zeitwerte Rechte (das heißt das Recht auf Freistellung vom Arbeitsplatz zur Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen bei gleichzeitiger materieller und sozialer Absicherung)<sup>26</sup> eine Rolle spielen. Das Recht auf Teilzeitarbeit muss uneingeschränkt gelten.

26 Margrit Schratzenstaller: Neue Dilemmata – neue Bedarfe. Synopse und Ausblick, in: Sigrid Leitner u. a., a. a. O., S. 388.

CARSTEN HERZBERG

## Der Bürgerhaushalt – ein Transformationsprojekt der Linken?

Neulich habe ich bei einem Vortrag von Katja Kipping zum Grundeinkommen gelernt, dass manche Linke die Gretchenfrage »Reform oder Revolution?« inzwischen diplomatisch mit dem Begriff »Transformationsprojekt« beantworten. Woraufhin ich mich gefragt habe, was damit eigentlich gemeint ist. Allem Anschein nach will man mit diesem Begriff weiter als mit Reformen gehen, die bekanntlich ja immer im Sande verlaufen oder verwässert werden. Andererseits hat das Wort auch etwas »Revolutionäres«, das sagt man aber nicht so, da man wohl erstens niemanden verschrecken will, und zweitens macht der Wortteil »Projekt« deutlich, dass es für einen grundlegenden Wandel weiterer Bausteine bedarf. Leider signalisiert er auch, dass man Geduld haben muss. Ich finde den Begriff aber trotzdem gut, weil er bedeutet, dass wenigstens für einen Bereich die Funktionslogik umgestellt werden soll.

Der Begriff »Transformationsprojekt« entwickelt aber noch einen ganz anderen Reiz, sobald man eine prinzipielle Frage stellt: Was ist, wenn eine oppositionsgewohnte Partei, Wählergruppe oder ein Bürgermeisterkandidat eines Tages – mehr oder weniger unerwartet – die Regierung stellt bzw. an ihr beteiligt ist und nun über die eigene Art des Regierens zu entscheiden hat? Viele würden wahrscheinlich nichts Grundlegendes ändern und wie ihre Vorgängerinnen und Vorgänger versuchen, mit (eigenen) Mehrheiten Politik zu betreiben. Andere würden vielleicht eine autoritäre Variante wählen und, wo es nur geht, mittels exekutiver Kompetenzen am Rat vorbeiregieren. Allerdings gibt es noch mindestens eine weitere Möglichkeit: die Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch eine weitreichende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und sozialen Bewegungen. Da dies mal etwas ganz anderes wäre, möchte ich im Folgenden der Frage nachgehen, ob der »Bürgerhaushalt«, der von Politikerinnen und Politikern unterschiedlichster Couleure unterstützt wird, ein Transformationsprojekt für einen solchen Wandel sein kann – und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Und: Welche Bedeutung hat dies für die Praxis von Bürgerbeteiligung in Deutschland? Eine Frage, die anhand der Beispiele Potsdam und Berlin-Lichtenberg diskutiert werden soll.

### *Eine historische Chance*

Als 1988 die Arbeiterpartei PT im brasilianischen Porto Alegre die Wahlen gewann, sah sie sich vor ähnliche Fragen gestellt. In der Partei hatten sich Mitte der 1970er Jahre Gewerkschaftler, Befreiungs-

Carsten Herzberg – Jg. 1973; Politikwissenschaftler M. A., Arbeit für das Urban Management Programme der Vereinten Nationen in Lateinamerika; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt »Europäische Bürgerhaushalte« am Centre Marc Bloch in Berlin; im Auftrag der Bundeszentrale Erarbeitung eines Regelwerkes, das der Bezirk Berlin-Lichtenberg für seinen Bürgerhaushalt übernommen hat; Veröffentlichungen: Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre, Münster/Hamburg 2001; mit Yves Sintomer und Anja Röcke: Participatory Budgets in a European Comparative Approach, Vol II (Documents), Centre Marc Bloch/Hans-Böckler-Stiftung/Humboldt-Universität, Berlin 2005  
Homepage: [www.buergerhaushalt-europa.de](http://www.buergerhaushalt-europa.de).

theologen, Intellektuelle, urbane Bewegungen, landlose Bauern und ehemalige Guerilleros zusammen getan, um die Diktatur der Militärs mit Streiks in den Industriemetropolen des Landes zu bekämpfen. Als schließlich die Bevölkerung durch ihren vehementen Protest die Zulassung von freien Wahlen erreichte, war die Enttäuschung groß, als die neuen Regierungen in Sachen Korruption ihren Vorgängern um nichts nachstanden. Die PT vertrat zu diesem Zeitpunkt einen Weg jenseits von klassischer Sozialdemokratie und »realexistierendem Sozialismus«. Ihr Ziel war, die basisdemokratischen Prinzipien der Partei auf die Gesellschaft zu übertragen. Allerdings hatte man dazu noch keine Gelegenheit gehabt, Porto Alegre gehörte zu den ersten Städten, wo dies möglich schien. Aber wie sollte das konkret geschehen? Nicht wenige erwarteten, dass nun der Sozialismus eingeführt werde. Als jedoch Olivio Dutra sein Amt antrat, wurde ihm sehr bald klar, dass er als Bürgermeister nicht nur für die Arbeiterinnen und Arbeiter Verantwortung trägt, sondern für alle 1,3 Mio. Bürgerinnen und Bürger seiner Stadt, und dass es für eine lokale Regierung nicht ohne weiteres möglich ist, die Gesetze der herrschenden Ökonomie außer Kraft zu setzen, wie man es zuvor in der Opposition noch gefordert hatte. Heraus kam zunächst ein Kompromiss, der allerdings jährlich mit der Zivilgesellschaft neu verhandelt wurde – und so entstand der *Orçamento Participativo*. Dieser sieht vor, dass die Bürgerinnen und Bürger Prioritätenlisten mit den wichtigsten Investitionsvorhaben erstellen, wobei die Gelder zur Umsetzung der Projekte gerecht auf die Viertel der Stadt zu verteilen sind. Der Erfolg dieses Verfahrens sollte Geschichte schreiben: Ein Verteilungsschlüssel sorgte dafür, dass es zu einer Umkehrung der Prioritäten kam. Armenviertel bekamen von nun an mehr Mittel zur Verfügung gestellt als Bezirke mit einer guten Infrastruktur. Die so massenhaft mobilisierten Bürgerinnen und Bürger errangen Kontrollmöglichkeiten, die den Missbrauch von Macht zurückdrängten. Die Idee einer Bürgerbeteiligung am Haushalt blieb aber nicht auf Porto Alegre beschränkt, sie wurde von weiteren Städten erst in Brasilien und später in Lateinamerika und auf anderen Kontinenten übernommen. Porto Alegre wurde aufgrund dessen im Jahr 2001 zur Wiege des ersten Weltsozialforums und avancierte mit seinem Bürgerhaushalt in den folgenden Jahren zu einem weltweiten Symbol einer neuen partizipativen Demokratie.<sup>1</sup>

1 Vgl. hierzu auch Artikel in UTOPIE kreativ Heft 147 (Januar 2003), Nr. 158 (Dezember 2003), Nr. 159 (Januar 2004) etc.

2 Siehe auch: Giovanni Allegretti: L'insegnamento di Porto Alegre, Florenz 2003; Carsten Herzberg: Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre, Münster 2001; Yves Sintomer: Porto Alegre. L'espoir d'une autre démocratie, Paris 2002.

### *Partizipative Regierungsstile*

Die Erfahrung von Porto Alegre zeigt, dass der Bürgerhaushalt sehr wohl ein Transformationsprojekt für einen neuen Regierungsstil sein kann, bei dem es darum geht, sich die Macht mit den Bürgerinnen und Bürgern zu teilen. Die Erfolge von Porto Alegre wurden von unabhängigen Wissenschaftlern, den Vereinten Nationen und – manche mögen überrascht sein – der Weltbank bestätigt.<sup>2</sup>

Wie sieht es aber mit der Übertragbarkeit dieser Erfahrung aus? Denn, von welcher Seite man es auch betrachtet, hierzulande herrschen alles andere als brasilianische Verhältnisse. Dem politischen Tourismus der Spanierinnen und Spanier, der Italienerinnen und Italiener ist es zu verdanken, dass in Europa nach dem brasilianischen Vorbild ähnliche Verfahren entstanden sind, womit jedoch nicht

zwangsläufig eine Erneuerung des Regierungsstils einhergeht. Dies hängt u. a. davon ab, mit welchem Aufwand Partizipation organisiert wird und in welchem Maß eine als Gegenmacht auftretende Zivilgesellschaft in der Lage ist, Themen auf die Tagesordnung zu setzen, die von der Regierung als heikel betrachtet werden. Ferner hängt die Transformation zur partizipativen Demokratie vom erfolgreichen Umbau der Verwaltung auf eine bürgerorientierte Funktionslogik sowie von der sichtbaren Umsetzung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung ab. Da diese Voraussetzungen selten sind und mitunter auch andere Ziele als soziale Gerechtigkeit im Vordergrund stehen, haben sich weitere Regierungsstile herauskristallisiert. In der spanischen Stadt Albacete sind z. B. nicht einzelne Bürgerinnen und Bürger Partner der Regierung, sondern Vereine und organisierte Gruppen. Diesen Ansatz weiter gedacht, bedeutet er die Ausweitung der klassischen Verbändebeteiligung. In eigens dafür geschaffenen Gremien werden allgemeine Budgetorientierungen – nicht jedoch konkrete Projekte – abgesprochen. Eine Besonderheit der französischen Verfahren ist, dass die Ergebnisse der Diskussion nicht wie in Porto Alegre von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern selbst, sondern von der Verwaltung zusammengefasst werden. Dabei werden vorrangig die Vorschläge umgesetzt, die sich mit den Interessen der Regierung im Einklang befinden.

Wie an den Beispielen zu erkennen, ist eine Transformation in verschiedene Richtungen möglich, was auch erklärt, weshalb der Bürgerhaushalt von so unterschiedlichen Akteuren unterstützt wird.<sup>3</sup>

Wie sieht es aber in Deutschland aus? Welche Richtungen werden hier verfolgt, hat die Idee von Porto Alegre eine Chance? Um allzu große Erwartungen gleich am Anfang zu bremsen, muss gesagt werden, dass die Verfahren in den jeweiligen Ländern oft in Tradition der bisherigen Regierungsstile stehen, und so ist es nicht verwunderlich, dass für den Bürgerhaushalt in Deutschland am Anfang nicht Porto Alegre als Vorbild diente, sondern die neuseeländische Stadt Christchurch, die mit einem internationalen Preis für gutes Verwalten ausgezeichnet worden war. Diese Perspektive weiterverfolgt, kann der Bürgerhaushalt zu einem Instrument einer partizipativen Modernisierung werden: Bürgerinnen und Bürger geben Hinweise, um öffentliche Dienstleistungen wie Bibliotheken, Schwimmbäder etc. den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer anzupassen. Auf diese Weise kann es angesichts zunehmender Konkurrenz privater Dienstleister zu einer Stärkung des öffentlichen Sektors kommen.

Allerdings ist Bürgerbeteiligung bei diesem Ansatz eher Nebensache, was in Potsdam sehr gut beobachtet werden kann: Die Bürgerkommune als Leitbild nehmend, wird zu Diskussionen über den Masterplan »Neue Mitte«, den Fahrplan der Verkehrsbetriebe und neuerdings auch über den Haushalt eingeladen. Dabei ist das Vorgehen immer das Gleiche: Experten der jeweiligen Fachgebiete präsentieren in langen Vorträgen nahezu fertige Ergebnisse, zu denen die Bürgerinnen und Bürger noch Fragen stellen und Anregungen für minimale Änderungen geben können. Abstimmungen und die Erstellung von Prioritätenlisten sucht man hier vergebens.

Wer sich jetzt erregt, dem sei gesagt, dass es noch schlimmer kommen kann. Im Extrem ist auch eine neoliberale Variante denkbar,

3 Vgl. Yves Sintomer, Carsten Herzberg, Anja Röcke: Eine neue Demokratie? Der Bürgerhaushalt in Europa – eine realistische Utopie?, Berlin 2006 (im Erscheinen).

wenn nämlich freie Träger und Bürgergruppen, anstatt öffentliche Zuschüsse zu erhalten, sich um Sponsoring-Gelder privater Unternehmen bewerben müssen, die, zu einem Partizipationsfonds »Bürgerschaftliches Engagement« zusammengefasst, von einer Vergabe-Jury verwaltet werden.

### *Potsdam und Lichtenberg*

Wieder einmal zeigt sich, dass die Lösung in der richtigen Kombination der Instrumente liegen könnte. Wer hat schon etwas gegen eine leistungsfähige Verwaltung? Niemand ist gegen eine Rechenschaftspflicht der Politik. Und gegen Unternehmen, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind, ist im Prinzip nichts einzuwenden. Auch eine »Bürger-Agentur« wäre diskutierbar, die die Millionen der Stadterneuerungsprogramme verteilt. Das wahrscheinlichste Szenario jedoch ist, dass in Potsdam gar nichts passiert. Der Bürgerhaushalt ist dort zum Politikum geworden. Der Oppositionsführer möchte anscheinend das Thema nutzen, um die 0,16 Prozent an Stimmen hinzuzugewinnen, die ihm bei der letzten Wahl zum Sieg gefehlt haben. Dabei ist er sich nicht zu schade, Forderungen zu stellen, die selbst die Bürgerinnen und Bürger von Porto Alegre vor Neid erblassen ließen. Woraufhin die Konservativen sich provoziert fühlen und über die Feststellung nicht hinauskommen, dass die letzte Entscheidung über den Haushalt stets beim Rat bleibt – wie es übrigens auch in Porto Alegre der Fall ist! Der Oberbürgermeister selbst trägt nicht gerade zur Vertrauensbildung bei, wenn er bei der Konsultation der Bürgerinnen und Bürger hereinspaziert, um aufschreiben zu lassen, dass »Er« sich weniger Hundedreck und Graffitis wünsche. Eine unabhängige Wählergruppe wiederum ist ungeachtet des angesetzten Programms beharrlich darauf bedacht, ihre Kritik am Wiederaufbau von Stadtschloss und Garnisonkirche zum Mittelpunkt der Diskussion zu machen.

In dieser Provokation wird allerdings ein wesentlicher Widerspruch des Potsdamer Verfahrens deutlich: Während der Bürgerhaushalt unter dem Motto »Die Stadt muss sparen!« steht, ist in den Zeitungen von prestigeträchtigen Großprojekten zu lesen. Auch wenn die Finanzierungen sich nur teilweise überschneiden: Symbolisch entzieht dies der Bürgerbeteiligung jegliche Glaubwürdigkeit. Eine Studie der hiesigen Universität fand zudem heraus, dass die Potsdamer Stadtverordneten vom Bürgerhaushalt keine hilfreichen Vorschläge erwarten.<sup>4</sup> Wenn die Politikerinnen und Politiker über den Bürgerhaushalt streiten, dann tun sie dies vor allem, um gewählt zu werden. Denn im Grunde sind sich die Fraktionsvorsitzenden der beiden stärksten Parteien näher, als sie selbst zugeben wollen: Prinzipiell befürworten nämlich beide, dass Bürgerinnen und Bürger Prioritäten vorschlagen können. Ein Transformationsprojekt – wie auch immer geartet – ist daher aufgrund mangelnder politischer und administrativer Voraussetzungen nicht in Sicht.

Bedeutet die Potsdamer Erfahrung, dass ein Transformationsprojekt in Deutschland nicht möglich ist? Der Berliner Bezirk Lichtenberg hat sich vorgenommen, es anders zu machen. Tatsächlich gibt man sich dort große Mühe, die Bürgerinnen und Bürger durch eine Vielzahl von Veranstaltungen und spezieller Methoden wie aufsuchende Ansprache, Zu-

4 Jochen Franzke, Heinz Kleger: Kommunalen Bürgerhaushalt in Theorie und Praxis am Beispiel Potsdams. Theoretische Reflexionen, zusammenfassende Thesen und Dokumentation eines Projektseminars, Potsdam 2006.

fallsauswahl, Werbekampagnen etc. zu mobilisieren. Auch dürfen Bürgerinnen und Bürger – und das ist hierzulande ein Novum – die Reihenfolge ihrer Vorschläge durch eine Abstimmung selbst festlegen.

Auf der anderen Seite liegt Lichtenberg aber auch im deutschen Trend. Die soziale Frage ist abwesend, einen Verteilungsschlüssel für Investitionen gibt es auch hier nicht. Im Zentrum des Verfahrens stehen die zu »Produkten« aufbereiteten Leistungen der Verwaltung, die von den Bürgern bewertet werden. Das Bezirksamt, das das Verfahren bisher fest im Griff behält, nimmt damit in erster Linie eine Präzisierung des Ansatzes »Modernisierung durch Partizipation« vor.<sup>5</sup> Was zu einer partizipativen Demokratie fehlt, ist eine organisierte Bürgerschaft mit dem Potenzial einer Gegenmacht.<sup>6</sup> Statt dessen scheint erst einmal ein anderer Wandel unterstützt zu werden: die Transformation der PDS zur Linkspartei und ihre Integration in die westeuropäische Gesellschaft.<sup>7</sup>

Bezüglich der parteiinternen Diskussion stellt der Bürgerhaushalt die Frage der Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie. Es fällt auf, dass der Bürgerhaushalt vor allem von jungen Mitgliedern vorangetrieben wird, während manch altgediente Genossinnen und Genossen sich schwer tun, in ihm einen Nutzen zu erkennen – zumal ihre Partei in Lichtenberg über eine absolute Mehrheit verfügt. Bezogen auf die Außenwirkung des Bürgerhaushalts wird die Bezirksbürgermeisterin zur Botschafterin ihrer Partei, wenn sie von Institutionen, Stadtverwaltungen und politischen Akteuren jenseits der Elbe eingeladen wird, die zuvor jegliche Kooperation mit der alten PDS vermieden haben. Dass der Bezirk nun auch in Spanien, Frankreich und Italien bekannt ist, hat er ebenfalls dem Bürgerhaushalt zu verdanken. Für Lichtenberg scheint von daher symbolträchtig zu sein, dass der demokratischste Bürgerhaushalt der BRD ausgerechnet auf dem Gelände entsteht, auf dem sich einst die Staatssicherheit der DDR befand – womit er bereits heute schon die Funktion eines Prestigeprojektes eingenommen hat.

#### *Vom Projekt zum Netzwerk*

In diesem Beitrag wurde gezeigt, dass »Partizipation« nicht gleich »Partizipation« ist, sondern dass es verschiedene, kombinierbare Regierungsstile gibt, von denen die Machtfrage unterschiedlich beantwortet wird, was sich in unterschiedlichen Rollen und Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zeigt. In Deutschland scheint jedoch partizipative Demokratie immer der Juniorpartner zu bleiben. Politikerinnen und Politiker tun sich hierzulande schwer, sich die Macht mit den Bürgerinnen und Bürgern zu teilen. Eine partizipative Modernisierung wäre jedoch angesichts der Dominanz neoliberaler Reformen keine zu verachtende Alternative. Die Entwicklung eines solchen neuen Regierungsstils könnte dabei durch ein Netzwerk von Städten mit ähnlichen Zielen unterstützt werden. Für die über 80 italienischen »Nuovi Municipi« (Neue Kommunen)<sup>8</sup> ist dies schon heute Realität, ihnen dient die lokale Ebene zur Vorbereitung gesamtgesellschaftlicher Alternativen. Denn viele Fragen der Globalisierung wie der Zugang zu Wasser, die Krankenversorgung, der Schutz der Umwelt, die Rechte von Minderheiten etc. werden auch vor Ort entschieden, womit deutlich wird, dass eine Gegenstrategie zum Neoliberalismus sowohl Transformationsprojekte verschiedener Themen als auch unterschiedlicher Ebenen miteinander verbinden müsste.

5 Siehe auch den Beitrag von Ernst-Ulrich Reich, Leiter des Lichtenberger Steuerungsdienstes und Beauftragten für den Bürgerhaushalt: Der Bürger als Unternehmensberater, in: Behörden Spiegel, Januar 2005.

6 Der Begriff »partizipative Demokratie« bezieht sich auf die Arbeiten von Archon Fung und Eric Olin Wright, siehe: Deepening Democracy: Institutional Innovations in Empowered Participatory Governance, London 2003.

7 Zum Bürgerhaushalt als Projekt der Linken siehe auch die Reflexionen von Petra und Lutz Brangsch in: Haushalt, Haushaltspolitik und Demokratie. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 54, Berlin 2005.

8 [www.nuovomunicipio.org](http://www.nuovomunicipio.org).

MARCUS HAWEL

## Normalisierte Außenpolitik

Zum Verhältnis von Vergangenheitsbewältigung  
und der Restauration des *ius ad bellum*  
in Deutschland

Zwischen Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik besteht ein kausaler Zusammenhang. Will man eine andere Außenpolitik als Alternative zur vorherrschenden Normalität, muß man immer wieder bei der Aufarbeitung der deutschen und europäischen Vergangenheit ansetzen und dafür Sorge tragen, daß eine vernünftige Aufarbeitung im kollektiven Gedächtnis<sup>1</sup> Wirkmacht entfaltet und behält.

Das kollektive Gedächtnis ist zwar nicht der wesentliche bestimmende Faktor für die Gestaltung der Außenpolitik – es ist ein weicher Faktor, während die aus den kapitallogisch-systematischen Anforderungen eines kapitalistischen Staates abgeleitete Staatsräson ein harter Faktor ist. Gleichwohl besaß jener weiche Faktor des kollektiven Gedächtnisses in Deutschland aufgrund der katastrophal verlaufenen Vergangenheit ein ernstzunehmendes Gewicht, das jahrzehntelang mitbestimmend gewesen war, – aber auch nur, weil es die starke Vertretung seitens der alliierten Besatzungsmächte erfahren hatte. Die staatliche Souveränität Deutschlands war eingeschränkt, und damit hatte das kollektive Gedächtnis einen besonderen Einfluß auf die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik. Dies galt allerdings bereits schon immer weniger für die 80er Jahre, als der deutsche Staat zu einer Wirtschaftsmacht aufgestiegen war und sich die »ökonomische Rationalität« mehr und mehr durchsetzen konnte. Die Grundlagen der deutschen Außenpolitik waren aus der Sicht der deutschen Eliten jedoch noch nicht rational genug. Konservative hofften auf größeren Einfluß des Neorealismus<sup>2</sup> und Neoliberalismus auf die programmatische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik. Ökonomische Rationalität stand hier einer moralischen Vernunft gegenüber, wie sie sich partiell im kollektiven Gedächtnis verfestigt hatte und damit sich als Hürde für eine militarisiertere Normalisierung erwies. Zugleich deutete sich mit dem kollektiven Gedächtnis aufgrund seines selektiven Zugriffs auf Geschichte auch die Chance an, die Hürde zu überwinden, wenn sich mittels instrumentalisierender Umdeutung der selektiv wahrgenommenen Vergangenheit das kollektive Gedächtnis für eine Normalisierung im Sinne der Neorealisten in Anschlag bringen ließe.

Das ideologische Fundament der deutschen Außenpolitik seit 1945 war allerdings nicht einfach auswechselbar. Es mußte Stein für Stein abgetragen werden: an- und abgekratzt in mühevoller und mühseliger Kleinarbeit, und die abgetragenen Segmente mußten mosaikartig durch neue ersetzt werden: in salamitaktischem Tempo und mit einer verschleierten (Friedens-) Rhetorik vorgetragen, damit es

Marcus Hawel – Jg. 1973, Dr. phil., Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Literaturwissenschaft in Hannover. Promotion über »Die normalisierte Nation – Zum Verhältnis von Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik«. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover. Seit 2005 im Vorstand des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes Niedersachsen e.V. Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zusammen mit Gregor Kritidis) Aufschrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt, Offizin Verlag Hannover 2006. Zuletzt in: UTOPIE kreativ: Negative Kritik und bestimmte Negation. Zur praktischen Seite der kritischen Theorie, Heft 184 (Februar 2006).

dem öffentlichen Zensus des kollektiven Gedächtnisses entging und nicht Alarm schlug. Darin versteckte sich Sinn und Zweck der vergangenheitspolitischen Normalisierung: das kollektive Gedächtnis für den postmodernen Zeitgeist des alltagspolitischen Pragmatismus neoliberalen Einschlags geschmeidig zu machen. Ziel der Neoliberalen und Neorealisten, deren Einfluß auf die deutsche Außenpolitik nach 1945 seit 1989/90 nie hätte größer gewesen sein können, ist es, die Interessen des deutschen Staates nüchtern zu maximieren und ihnen damit noch größeren Einfluß zu verschaffen.

Die Gestaltung von Außenpolitik gehört zu den Bereichen staatlicher Praxis, die am wenigsten einem demokratischen Einfluß unterliegen. Wenn von Staatsräson die Rede ist, ist die Gestaltung von Politik dem demokratischen Einfluß weitgehend entzogen. Deutsche Außenpolitik wird noch immer nach aus der preußisch-deutschen Tradition überlieferten Prinzipien gemacht. Die Prinzipien sind durch geostrategische und geopolitische Annahmen bestimmt.

Für eine lebendige, nicht instrumentalisierte Ethik ist in der Außenpolitik kaum Platz. Eine lebendige Aufarbeitung der Vergangenheit kann dennoch erhebliche Auswirkungen auf die Gestaltung der Außenpolitik haben. Die öffentliche Erinnerungspraxis ist in Deutschland aber nicht lebendig; sie ist verdinglicht,<sup>3</sup> d. h. von sämtlichen Politikfeldern, in denen aus einer Aufarbeitung der Vergangenheit praktische Konsequenzen für den Staatsaufbau und die gesellschaftliche Organisation folgen müßten, isoliert. Praktische Konsequenzen erfolgen nur, wenn sie der Normalisierung und im Sinne der Normalität dienlich sind.

Der Umgang mit der deutschen Vergangenheit steht im Spannungsfeld von vernunftgeleiteter Aufarbeitung und ihrer Instrumentalisierung für politische Zwecke (Vergangenheitspolitik)<sup>4</sup>. Die deutsche Vergangenheit war ein gravierender Faktor, der einer Normalisierung der deutschen Außenpolitik deutlich im Wege stand. Um eine falsche Normalisierung wieder rückgängig zu machen, ist es darum vernünftig, zum einen eine demokratische Kontrolle der Außenpolitik zu erstreiten, und zum anderen die Aufarbeitung der Vergangenheit von ihrer Instrumentalisierung zu befreien und lebendig zu halten.

### *Normalität und Normalisierung*

Normalität und Normalisierung sind diskurstragende Kategorien, deren Auswirkungen auf die politische Praxis ambivalent sind. Einerseits erfolgt durch die Diskursivierung<sup>5</sup> die Sichtbarmachung der Praxis; sie erfüllt damit eine Voraussetzung für die demokratische Kontrolle der außenpolitischen Praxis. Andererseits lenkt die Diskursivierung aber auch von den tatsächlichen Inhalten der Praxis ab, die parallel und unabhängig von ihrer Diskussion voranschreitet und Fakten schafft, die ihre normative Kraft auf die Verfassungswirklichkeit und auf die öffentliche Meinung entfalten.

Der vorherrschende Begriff der Normalität ist für einen affirmativen und instrumentellen Gebrauch in der Praxis von Anfang an zugeschnitten. Der Normalitätsdiskurs ist ein Nationalismus verschleiendes Vehikel.<sup>6</sup> Nationalismus ist Ideologie par excellence, weil durch ihn Einzelinteressen als Gemeinwohl verschleiert werden. Der

1 Der Begriff des »kollektiven Gedächtnisses« wird in Abgrenzung zum »historischen Gedächtnis« verwendet. Diese Unterscheidung beruht auf Maurice Halbwachs: Das kollektive Gedächtnis, Stuttgart 1967. – Das kollektive Gedächtnis ist partikular, zeitgebunden, beruht auf Erfahrung, Gefühl (Trauma), ist gekennzeichnet von einer Lebendigkeit der Vergangenheit und einer permanenten inhaltlichen Neubestimmung der Vergangenheit (durchaus auch im psychologischen Sinne als Deckerinnerung: Erinnerung an die Erinnerung, beeinflusst von Impulsen der Ich-Abwehrmechanismen, Abwehr von Schuld: Verdrängung etc.). Das »kollektive Gedächtnis« spielt eine Schlüsselrolle im öffentlichen Diskurs zur Legitimierung politischer Strukturen, Instrumentalisierung (Geschichtspolitik), da es selektiv auf Geschichte zugreift. – Das »historische Gedächtnis« ist dagegen universal, beruht auf Erkenntnis, Wissen und der Vergangenheit, wie sie von der Wissenschaft mit dem Anspruch auf interesselose Wahrheit auf Basis von Dokumenten und historischen Quellen rekonstruiert wird.

2 Der »politische Realismus« findet sein ideologisches Fundament in der »Realistischen Schule«. Vertreter in den USA waren z. B. Z. Brzezinski und H. A. Kissinger. Mitte der 50er Jahre fand in den USA eine Strategiediskussion statt zu der Frage, welche Möglichkeiten und Perspektiven zur Anpassung des Imperialismus an die veränderten Existenzbedingungen (Kalter Krieg, Systemantagonismus) gegeben sind. Die Schlagworte

waren »Politik der Stärke« und »flexibles Reagieren« und hatten beide eine explizit antikommunistische Stoßrichtung. Theoretische Anleihen wurden u.a. bei Machiavelli, Hobbes und Hume unternommen, die in den amerikanischen Pragmatismus/Utilitarismus integriert wurden. Der Neorealismus greift die strategischen Grundannahmen auf, muß sich allerdings wiederum mit den veränderten Existenzbedingungen nach Ende der Bipolarität arrangieren.

3 Wenn man bedenkt, daß nach einem Satz aus der »Dialektik der Aufklärung« von Horkheimer und Adorno alle Verdinglichung ein *Vergessen* ist, (vgl. Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt a. M. 1969, S. 244) wird die ganze Paradoxie gegenwärtiger Erinnerungspraxis deutlich: sie befördert das Vergessen.

4 Norbert Frei hat für die konkrete politische Praxis des Umgangs mit der Vergangenheit den sehr treffenden Begriff der »Vergangenheitspolitik« vorgeschlagen. – Siehe Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und der NS-Vergangenheit, München 1996. – Während sich der von Frei geprägte Begriff eher auf justizielle, legislative und exekutive Entscheidungen im Umgang mit der Vergangenheit bezieht, wäre der von Edgar Wolfrum ins Gespräch gebrachte Begriff der »Geschichtspolitik« als allgemeiner Oberbegriff zu verstehen, wengleich eine solche weitere Differenzierung unnötig ist, da der Begriff der »Vergangenheits-

Normalitätsdiskurs ist ein ideologisches Instrument, um ein taktisches Geschäft abzuwickeln. Um dem Einhalt zu gebieten, muß der Diskurs dechiffriert, d. h. einer Ideologiekritik unterzogen werden. Damit ist freilich ausgesagt, daß Ideologien virulent bleiben. In der Welt ist Rechtfertigung; das wird ganz besonders am Normalisierungsdiskurs deutlich. Nach 1945 ist die Welt nicht wieder ihrer vollen Gestalt nach in Terror übergegangen, wie Adorno noch in den fünfziger Jahren geschrieben hatte.<sup>7</sup> Ideologie hat eine Hülle; sie ist nicht wie im Faschismus das drohende Antlitz der Welt.

Ideologiekritik (immanente Kritik) ist das geeignete Verfahren, um die als allgemeine Interessen getarnten Partikularinteressen zu entschleiern. Das impliziert den Normalitätsbegriff nicht von außen, sondern vom eigenen Anspruch aus zu kritisieren und verborgene Interessen und Bedürfnisse freizulegen. Es geht um den Nachvollzug des Anspruchs, der Rechtfertigung und der Argumentation, d. h. um Prüfung auf Schlüssigkeit und Widersprüche sowie um die Reflexion der gesellschaftlichen Bedeutung des ideologisch ausgerichteten Wahrheitsgehalts. Ihre praktische Seite zeigt die Kritik in der Aneignung der Begriffe durch Veränderung ihrer inhaltlichen Stoßrichtung (Veränderung des Gravitationszentrums im Begriff) auf der Suche nach der Alternative zur vorherrschenden Normalität.

In dem Begriff Normalität steckt das Wort Norm. Hinsichtlich der Herkunftsgeschichte der Worte Norm und Normalität ist festzustellen, daß das Wort Norm viel älteren Ursprungs ist als das Wort Normalität. Während die Herkunftsgeschichte von »Norm« bis in die Antike zurückreicht, tauchen »Normalität« und »Normalisierung« erst in der kapitalistischen Moderne auf. Diese zeitliche Differenz markiert auch die begriffliche Differenz zwischen einem Alltags- und einem wissenschaftlichen Verständnis von Normalität. Das Alltagsverständnis von Normalität korrespondiert eher mit der aus der Antike stammenden, vormodernen Bedeutung von *norma*; das wissenschaftliche Verständnis von Normalität befindet sich dagegen im Einklang mit den explizit modernen Implikationen.

Im Alltagsverständnis ist Normalität ein Synonym für Üblichkeiten oder Selbstverständlichkeiten des Alltags. Das ist sehr nah an der ursprünglichen Bedeutung von Norm, das aus der antiken Bautechnik stammt. *norma* (lat.) heißt Winkelmaß oder Richtschnur und gehörte neben der Setzwaage (*libella*) und dem Senkblei (*perpendicularum*) zu den drei Hilfsmitteln, um geometrisch gerade und statisch stabile Bauwerke zu errichten.<sup>8</sup> Von der Bedeutung von *norma* als Winkelmaß oder Richtschnur wurde im allgemeinen Sinne Maßstab, Regel, Muster, Vorschrift und leitender Grundsatz abgeleitet. Diese Ableitung markiert die Übertragung der Bedeutung von der Bautechnik auf geistige und soziale Phänomene. Die göttliche Natur übernahm die Funktion der bautechnischen Richtschnur: Norm als richtiger Lebensweg und als religiös moralischer Regelkodex.

Im Zuge der Moderne wird die Norm säkularisiert und inhaltlich immer mehr auf Zweckmäßigkeit ausgerichtet (Ethik des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Ertrag, Erfolg, Profit). Im Übergang der Philosophie zur Sozialwissenschaft (Hegel, Comte, Durkheim) findet eine Dynamisierung und Flexibilisierung des Normenbegriffs statt. Die Norm wird zu einer dynamischen und gesellschaftlich wandel-

baren Kategorie. Die Worte Normalität und Normalisierung tauchen ab 1759 in den Lexika auf und waren bis Anfang des 19. Jahrhunderts noch nicht allgemein gebräuchlich. Als *normal* wird lexikalisch das bestimmt, was der Regel entspricht und sich in der richtigen Mitte hält. Dem liegt die gaußsche Normalverteilung zugrunde. Die Begriffe werden im Zuge der Französischen Revolution von 1789 zuerst im Gesundheits- und Erziehungswesen verwendet (im Sinne organischer Gesundheit und *ecole normale*).

Der explizit moderne Charakter der Begriffe verweist auf den Umstand, daß eine normative Klasse (Bürgertum) die politische und ökonomische Macht im Staat errungen hat.<sup>9</sup> Die Begriffsbestimmungen waren aber ideologisch, da das Bürgertum den normativen Charakter seiner Klassenexistenz darin nicht erkannte, sondern weiterhin aus Natur ableitete. Mit Marx läßt sich der Begriff »Normalisierung« als kapitalistische Normierung aus dem Wertgesetz ableiten (Kapital als »radikaler Leveller«; abstrakter Warentausch als Vereinheitlichung des Nicht-Identischen; Zirkulation als die große Retorte, wo alles hineinfließt und als Gleiches wieder herauskommt)<sup>10</sup>. Die ökonomischen und technischen Rationalisierungsprozesse schaffen nicht nur einheitliche Maßstäbe (Normalmeter, Normalspur, Normalarbeitstag, Normalgewicht), sondern normieren auch das staatliche Herrschaftsgebilde, das sich auf die Erfordernisse des Kapitals einstimmt (Normalstaat) – mithin auch die Form der Emanzipation von willkürlicher Herrschaft (Demokratie, Rechtsstaat).

Im Marxschen Werk ist dieser Zusammenhang allerdings nicht thematisiert, sondern blinder theoretischer Fleck. Für den Normalisierungsprozeß des deutschen Staates nach 1945 ist dieser kapitallogisch-systematische Zusammenhang unabhängig von noch anderen Kräften der Normalisierung von zentraler Bedeutung (*movens*).

#### *Kapitallogische-systematische Normalität und das ius ad bellum*

Die kapitallogisch-systematische Ableitung von Normalität berührt die Frage nach der Zwecksetzung und Funktion des Nationalstaats im globalisierten Kapitalismus, bzw. nach den Aspekten staatlicher Souveränität; – sie ist eine idealtypische Ableitung. Das Kapital verliert allerdings tatsächlich real seine Beißhemmungen. Staat und Gesellschaft richten sich stromlinienförmig zum Kapital, seinen Anforderungen und Interessen aus. Aus der kapitallogisch-systematischen Normalität leitet sich ab, daß ein kapitalistischer Staat auf eine vollständige Souveränität nach innen und außen angewiesen ist. Nach außen schließt die Souveränität das *ius ad bellum*, das Recht zum Krieg, mit ein.

Außenpolitik dient dem Erhalt, Ausbau und der Festigung von Machtpositionen des souveränen Nationalstaats, der positive Rahmenbedingungen für die Entfaltung seines nationalen und transnationalen Kapitals schaffen muß. Außenpolitik dient demzufolge der Nutzen- und Effizienzmaximierung der Nationalökonomie. Zwischen den Staaten herrscht Konkurrenz um die Anteile ausländischer Märkte und um die besseren Standortbedingungen des transnationalen Kapitals. Seitdem mit der bipolaren Weltordnung auch die Systemkonkurrenz weggefallen ist, nimmt die systemimmanente Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Staaten um Zugriff und

politik« auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden könnte. – Vgl. auch Edgar Wolfrum: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.

5 Der Begriff der »Diskursivierung« stammt von Michel Foucault und ist nicht bloß als eine Anreizung zur Diskussion zu verstehen, indem also etwas öffentlich zur Kontroverse gemacht wird. Diskursivierung meint die Verengung des Gesprächs durch eine Reduzierung und Privilegierung der sprechenden Subjekte. Um am Diskurs teilzunehmen, bedarf es einer Qualifikation und eines Zugangs, d. h. einer Machtposition und der Anerkennung bestimmter Umgangsformen und Sprachregeln. Der Diskurs findet in einem Raum statt, in dem Wahrheit ein Arrangement ist, d. h. den Interessen und Machtkonstellationen unterliegt, die den Diskurs ordnen. Diskurse gewährleisten demzufolge eine instrumentelle und ideologische Ausrichtung der Wissensproduktion und Wahrheitsfindung. – Vgl. Michel Foucault: *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt a. M. 1991, S. 25 f, 29, 32.

6 Dabei wird sich affirmativ auf Thomas Nipperdey berufen, der qualitativ zwischen drei affektiven Bindungen zur Nation (»durchschnittlicher Nationalpatriotismus«, »Normalnationalismus« und »Radikalnationalismus«) unterscheidet. (Vgl. Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866–1918. Zweiter Band. Machtstaat vor der Demokratie*, München

1992, S. 595 ff, 597 ff, 602 ff.) Weder vom durchschnittlichen Nationalpatriotismus noch vom Normal-Nationalismus, wohl aber vom Radikalnationalismus soll der Weg zu Hitler geführt haben. Für Nipperdey entgleiste 1914 der Normal-Nationalismus während seiner »Aufholjagd« im imperialistischen Wettlauf mit den anderen mächtigen Staaten – mit den bekannten katastrophalen Folgen: der Metamorphose in den »Radikal-Nationalismus«. Durch die trennscharfe Unterscheidung zwischen den qualitativen Stufen, die in der deutschen Geschichte zeitlichen Phasen zugeordnet werden, können mithin bestimmte Bereiche der jüngsten deutschen Geschichte von der Last der Vergangenheit befreit und als vermeintlich unbelastete, positive Anknüpfungspunkte für die Gegenwart angeboten werden. Genau diesen Zweck scheint Nipperdey mit seinen Differenzierungen auch verfolgt zu haben, jedenfalls entpuppt sich diese Absicht bei den Konservativen, die sich affirmativ auf Nipperdey beziehen, wenn sie einem gewöhnlichen deutschen Nationalgefühl und dem Stolz auf historische Errungenschaften das Wort reden: »Unsere Vergangenheit hat viele große Momente. Auch wir haben Anlaß zu Selbstvertrauen, Würde und bescheidenem Stolz. Was uns im letzten Jahrhundert gelungen ist, war nach dem Vorangegangenen nicht selbstverständlich. Es ist, alles in allem, eine großartige Leistung.« – Arnulf Baring: Es lebe die Republik, es lebe Deutschland! Stationen demokratischer Erneuerung 1949–1999, Stuttgart 1999, S. 336.

Gestaltungsmacht gegenüber ausländischen Märkten wieder zu (Globalisierung).

Das staatliche Militär erfüllt den Zweck des Schutzes nicht nur der Grenzen und des Staatsvolkes (Landesverteidigung), sondern vor allem auch der Umsätze und Profite nationaler wie transnationaler Kapitale. Der Status eines Nationalstaats drückt sich somit auch in der Schlagkraft des Militärs aus. Die Voraussetzung für die Souveränität eines kapitalistischen Staates besteht in der Abgestimmtheit und Funktionalität der Triade aus Wirtschaft, Politik und Militär nach innen und außen. Für Deutschland ergab sich hieraus der Normalisierungskomplex. Außenpolitische Souveränität war nach 1945 aberkannt und bis 1989/90 nur eingeschränkt zurückerlangt worden.

Die außenpolitische Normalisierung des vereinten deutschen Staates ist in erster Linie darum auf das *ius ad bellum* gerichtet gewesen, dessen Wiederherstellung nicht nur ein Problem der Vergangenheitspolitik und von diplomatischen bilateralen Beziehungen, sondern auch ein strukturelles Problem der Bundeswehr gewesen ist. Der Weg zum *ius ad bellum* mußte vergangenheitspolitisch und juristisch freigemacht und im strukturellen wie technischen Sinne militärpolitisch wiederhergestellt werden. Die Bundeswehr war nach einhelliger Ansicht der deutschen Militärs und Außenpolitiker zwar ihrem ursprünglichen und im Grundgesetz verankerten Auftrag gemäß verteidigungsfähig, aber nicht kriegsfähig und mithin nach 1989/90 nicht wirklich bündnisfähig, da sich die NATO von ihrem ursprünglichen Verteidigungsauftrag »emanzipierte«. Normalisierung bedeutete im außenpolitischen Bereich demzufolge nicht nur die Entsorgung der belasteten deutschen Vergangenheit, die das kollektive Gedächtnis als Barrikade für die Umstrukturierung hin zu einer Interventionsarmee in Anschlag brachte, sondern ebenso die Herstellung von Einsatzfähigkeit der Bundeswehr sowohl in einem juristischen (rechtliche Klärung von *out of area*-Einsätzen der Bundeswehr) als auch in einem technischen Sinne (qualitative Aufrüstung und Umstrukturierung der Bundeswehr, Bildung von schnellen Eingreiftruppen).

Die kapitallogisch-systematische Normalisierung ist allerdings kein »automatisches Subjekt«. Zu ihrer Durchsetzung bedarf es normalisierender Akteure, die allerdings in der Regel nicht idealtypisch kapitallogisch vorgehen, sondern mit abweichendem Bewußtsein den Vorgang der Normalisierung kulturell verschleiern und politisch rechtfertigen.

#### *Das Normalfeld der »westlichen Wertegemeinschaft«*

Im Sinne der gaußschen Normalverteilung ist derjenige Bereich, der innerhalb der festgelegten Grenzen des Normalen sich befindet, als Normalfeld zu bezeichnen. Das Normalfeld diene als Maßstab der Normalisierung.<sup>11</sup>

Die *westlichen Werte* (westliche Wertegemeinschaft) waren das Normalfeld für die deutsche Normalisierung. Der »Westen« fungierte als Chiffre für Freiheit, Demokratie, Republikanismus, Liberalität, Zivilität, Rechtsstaatlichkeit und freie Marktwirtschaft. Westlich zu sein, bedeutet in diesem Sinne *normal* zu sein. Spätestens seit Mitte der 90er Jahre bestimmte zur Frage der Normalität den öffentlichen

Diskurs die Behauptung, Deutschland könne nunmehr auf eine 50-jährige demokratische »Erfolgsgeschichte« zurückblicken und sei endgültig ein *westlicher* Nationalstaat geworden. Man kann diesbezüglich von einer »sinnstiftenden Meistererzählung«<sup>12</sup> sprechen, die als Eintrittskarte für den Kreis der »Erwachsenen« (USA, Großbritannien, Frankreich u. a.) diene.

Warum der Diskurs über Westlichkeit und Normalität in Deutschland zu einer »sinnstiftenden Meistererzählung« werden konnte, hängt mit den Staatsverbrechen in der deutschen Vergangenheit zusammen, deren Konsequenzen bis in die Gegenwart hinein zu spüren sind und für deren Erklärung das von Helmuth Plessner<sup>13</sup> begrifflich ausgearbeitete Theorem der »verspäteten Nation« herangezogen wurde.

Plessners Kernthese ist, daß politischer Liberalismus und demokratischer Rationalismus, wie sie im Zuge der bürgerlichen Emanzipationen in England und Frankreich wirkmächtig geworden waren, der deutschen Gesellschaft fremd geblieben sind. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation verkörperte das Alte, während das Neue nur in Loslösung vom Reich entstehen konnte. So blieb das Kernland des Reiches rückständig im Alten verhaftet und kultivierte die Idee des Volkstums in Abgrenzung zur römisch-katholischen Rechtsidee, wie sie im Zuge der Revolution von 1789 in Frankreich Fuß faßte und nur bis nach Süd-Deutschland (Limes) gelangte, in Preußen aber vehement zurückgedrängt wurde. In der Folge sei es in Deutschland nicht zu einer selbstbewußten Emanzipation des Bürgertums und einer republikanisch verfaßten Nationalstaatsbildung gekommen; statt dessen lebten Obrigkeitsstaat und Kadavergehorsam fort, die dann den Nährboden für den Faschismus ausmachten.

Die »Verspätung« der deutschen Nationalstaatsbildung wurde von den politischen Akteuren der Normalisierung angenommen und erhielt dadurch als generalisierende negative Norm reale Wirkmacht; die angenommene Verspätung sollte aufgehoben werden. – Indem sich der deutsche Staat nach 1989/90 in einem größtmöglichen Zusammenhang als *westlicher* Nationalstaat vorstellte, gab er an, die für den Weg in den Faschismus mitverantwortliche *historische Verspätung* aufgehoben zu haben und legitimierte darüber die außenpolitische Normalisierung, insbesondere die Wiederherstellung des *ius ad bellum*.

### *Normalisierung als Kampfplatz*

Da die Normalisierer selbst zunächst nicht homogen in ihren Annahmen und Interessen gewesen sind, wurde die Normalisierung schon in der alten Bundesrepublik zu einem Kampfplatz und die Interpretation der Vergangenheit zu einer Machtfrage zwischen Konservativen und Liberalen. Denn unmittelbar aus dem Geschichtsbild leiten sich politische Konsequenzen für Gegenwart und Zukunft ab.

Die Mitte der 90er Jahre markierte den Höhepunkt dieser vergangenheitspolitischen Auseinandersetzung. Vor dem Hintergrund diverser 50. Jahrestage geschichtsträchtiger Ereignisse (Befreiung von Auschwitz, Ende des Zweiten Weltkrieges etc.) fand in der Öffentlichkeit eine scheinbar lebendige Aufarbeitung der Vergangenheit statt, die aber unter Verdacht geriet, nur deshalb so umfassend und

7 Vgl. Th. W. Adorno: Beitrag zur Ideologienlehre (1954), in Ders: GS, Soziologische Schriften I, Frankfurt a. M. 1979.

8 Vgl. Historisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. v. Joachim Ritter u. Karlfried Gründer, Bd. 6: Mo-O, Basel 1984, »Norm«, S. 906.

9 Vgl. Georges Canguilhem: Das Normale und das Pathologische. (Aus dem Französischen von Monika Noll und Rolf Schubert), München 1974, S. 169.

10 Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Band 1, in: MEW Bd. 23, Berlin 1969, S. 145 f.

11 Jürgen Link nennt diese Normalisierungspraxis, dessen idealtypische Apparatur das Modell der gaußschen Normalverteilung ist, Normalismus. Normalismus ist, so Link, die Ideologie der gaußoiden Mitte; über sie werde in Form eines »Netztes von Dispositiven«, das einen Anpassungs- und Homogenisierungsdruck vermittelt, Normalität hergestellt. Link unterscheidet diesbezüglich zwei Normalisierungsstrategien. Wenn der Anpassungsdruck als direkte Aufforderung (Zwang), sich anzupassen, an die Subjekte gegeben wird und der Maßstab der Normalität aus statischen Natur-, Wesens- oder Gottesvorstellungen abgeleitet wird, spricht Link von Protornormalismus. Werde die Vorstellung, was normal sei, im Sinne einer Normalverteilung zunächst durch eine statistische Erhebung ermittelt und es dann den Subjekten selbst überlassen, ob sie sich anpassen, spricht Link von einem Fle-

xibilitätsnormalismus. Letzterer habe sich seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts allgemein durchgesetzt. – Vgl. Jürgen Link: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, 2. Aufl., Wiesbaden 1999 (1. Aufl.: 1997).

12 Vgl. Phillip Gassert: »Ex Occidente Lux? Der Westen als nationaler Mythos der Berliner Republik«, in: vorgänge, Heft 2/2001, S. 15-22.

13 Vgl. Helmuth Plessner: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes (1959), 6. Aufl., Frankfurt a. M. 1998.

weitgehend frei von Schuldabwehr zu sein, weil man gleichzeitig den wachsenden Abstand zum historischen Geschehen demonstrierte, indem die Aufarbeitung in einen Normalitätsdiskurs mündete. Es wurden aus der Aufarbeitung keine, dem Normalitätsbegehren widersprechenden Konsequenzen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaftsordnung zugelassen. Die Vergangenheitsaufarbeitung blieb somit abstrakt, d. h. vom Gesamtzusammenhang isoliert, und verkümmerte zu einer ritualisierten, verdinglichten Erinnerungspraxis, die dem Zweck diene, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß der deutsche Staat – insbesondere das Militär – demokratisch eingebunden und kontrolliert werden.

Zwischen Liberalen und Konservativen ist seitdem kaum ein Unterschied mehr in ihren Grundannahmen zu erkennen. Es herrscht diesbezüglich weitgehende Einigkeit zwischen den politischen Lagern, weshalb auch nicht mehr um Begriffe (z. B. Befreiung oder Besatzung, Singularität oder Vergleichbarkeit, Aufarbeitung oder Schlußstrich etc.) wie noch im Historikerstreit 1986 gestritten wird. Die Streitlust für oder gegen Normalisierung ist einer pragmatisch-realistischen und realitätsgesättigten Konsensbereitschaft auf beiden Seiten gewichen, so daß sich die ehemals gegensätzlichen Positionen, wie sie bis Mitte der 90er Jahre zwischen Liberalen und Konservativen noch existiert haben, zu einer neuen Einheit zusammenfanden. Erst diese allgemeine Konsensbereitschaft, die Normalisierung der Normalisierer, konnte die letzte Etappe des finalen Weges der außenpolitischen Normalisierung möglich machen.

Die Normalisierung war somit seit Mitte der 90er Jahre kein Kampfplatz mehr; sie verlief geradlinig und befand sich weitgehend im Einklang mit einer (nur idealtypisch ableitbaren) kapitallogisch-systematischen Normalitätsbestimmung. Eine selbstkritische und verantwortungsvolle Reflexion auf die Verbrechen in der deutschen Geschichte, gleichsam eine lebendige Aufarbeitung der Vergangenheit stand dennoch dem Wunsch nach einem normalisierten Umgang mit der Geschichte und einer Militarisierung der Außenpolitik deutlich im Wege. Aus diesem Umstand ergab sich die Fortsetzung von Entsorgungs-, Relativierungs- und Instrumentalisierungsstrategien im Umgang mit der deutschen Vergangenheit. Die deutsche Bevölkerung mußte noch von der Militarisierung der deutschen Außenpolitik überzeugt werden.

### *Außenpolitische Normalisierung seit 1989/90*

Nach 1945 wurde von den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges die staatliche Souveränität Deutschlands aberkannt und bis 1989 nur teilweise wieder zurückgegeben. Erst mit der deutschen Einheit von 1990 erhielt der deutsche Staat formal seine vollständige Souveränität wieder zurück. Von diesem Zeitpunkt an begann der finale Normalisierungsprozeß. Denn von Normalität konnte mit der formalen Zurückerlangung der staatlichen Souveränität noch keine Rede sein. Militärpolitische Handlungsfreiheit, das *ius ad bellum* war noch keineswegs wieder hergestellt – dem entgegen stand das *kollektive Gedächtnis* der Bevölkerung, welches aus der verbrecherischen deutschen Vergangenheit eine zentrale Lehre gezogen und die sich im Grundgesetz manifestiert hatte: Nie wieder Krieg.

Führte die ungeklärte Verfassungslage bezüglich von militärischen Einsätzen der Bundeswehr *out of area* direkt nach der deutschen Einheit noch zu einer weitgehend passiven Haltung (Scheckbuchdiplomatie) Deutschlands im Golfkrieg 1991, wurden ein Jahr später mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR), in denen die außenpolitischen Interessen des deutschen Staates sowie die Aufgaben der Bundeswehr vom Verteidigungsminister Stoltenberg neu definiert wurden, die militärpolitischen Weichen für eine Umstrukturierung der Bundeswehr von einer reinen Verteidigungsarmee hin zu einer Interventionsarmee gestellt. Die militärpolitische Umstrukturierung orientierte sich an der von den USA neu erlassenen und auf das Ende der bipolaren Weltordnung abgestimmten Sicherheitsdoktrin, die eine Transformation der NATO in dieselbe Richtung einleitete.

Bis in das Jahr 1994 erfolgten Einsätze der Bundeswehr *out of area*, die im militärischen Grauzonenbereich angesiedelt waren: Bau eines Krankenhauses für UNO-Soldaten in Kambodscha, Beteiligung an der Luftbrücke ins eingekesselte Sarajewo, Einsatz von Kriegsschiffen und Flugzeugen in der Adria zur Überwachung des gegen Serbien verhängten Embargos, Einsatz von AWACS-Flugzeugen zur Überwachung der Flugverbotszonen über Bosnien, humanitäre Intervention in Somalia.

Mit diesen Einsätzen im militärischen Grauzonenbereich wurden von der Bundesregierung Fakten geschaffen, die ihre normative Kraft auf die Verfassungswirklichkeit ausübten. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte schließlich 1994 die Verfassungsmäßigkeit von *out-of-area*-Kampfeinsätzen der Bundeswehr, sofern sie im Rahmen von Bündnisverpflichtungen und im Einklang der UNO stattfinden.

Der Bürgerkrieg im auseinanderbrechenden Jugoslawien, insbesondere das Massaker von Srebrenica im Jahr 1995, bei dem bis zu 8000 bosnische Muslime von serbischen Soldaten ermordet wurden, führte zu einer Abkehr von pazifistischen Positionen bei den noch in der Opposition befindlichen Sozialdemokraten und Grünen. Wenige Monate nach dem rot-grünen Regierungswechsel 1998 begann die NATO mit deutscher Beteiligung einen Angriffskrieg gegen Serbien. Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Scharping nannte den Kriegsausbruch einen Glücksfall für die Möglichkeit Deutschlands, sich als verantwortungsvoller und souveräner Staat in der westlichen Staatengemeinschaft zurückzumelden. Der deutsche Staat wolle in dem sich neu konstituierenden Europa eine herausragende Rolle spielen.

Die Konflikte auf dem Balkan dienten der Bundesregierung als Anlaß, die neue Sicherheitsarchitektur in Europa unter deutscher Führung voranzutreiben. In der deutschen Öffentlichkeit, die weitgehend die einzige gewesen ist, in der der instrumentelle Vergleich mit dem Nationalsozialismus (Milosevic = Hitler) eine solch gravierende Rolle gespielt hat, ging es denn auch um den spezifisch deutschen Problemzusammenhang der Normalisierungsfrage, der die vergangenheitspolitische Auseinandersetzung vorgelagert war, weil jener die beiden ungeschriebenen Präambeln des Grundgesetzes »Nie wieder Auschwitz« und »Nie wieder Krieg« als Grundsäulen

des kollektiven Bewußtseins im Wege standen. In der vergangenheitspolitischen Auseinandersetzung mit den beiden Grundsäulen in aktueller Beziehung auf die im ehemaligen Jugoslawien begangenen Kriegsverbrechen gingen die beiden Grundsäulen ihres Begründungszusammenhangs verloren und wurden gegenseitig neutralisiert. Übriggeblieben sind Phrasen, die gegeneinander ausgespielt und mit neuem Inhalt gefüllt, d. h. instrumentalisiert werden konnten.

Die beiden im Rahmen der globalen Terrorismusbekämpfung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 stattgefundenen Kriege gegen das Taliban-Regime in Afghanistan und zum Sturz des Diktators Saddam Hussein im Irak, dienten dem deutschen Staat dazu, den Prozeß der militärpolitischen Normalisierung zum Abschluß zu bringen. Die Terroranschläge vom 11. September 2001, die von der Bundesregierung als »Angriff gegen die zivilisierte Welt« gedeutet wurden, hätten gezeigt, daß eine neue Form der Selbstverteidigung nötig geworden sei, so daß das Militärische nicht mehr tabuisiert werden dürfe. Es gehe vorrangig um die Stabilität der Weltwirtschaft, um ungehinderte Zugänge zu Ressourcen und Märkten, sowie um eine Gewichtverschiebung in der Weltordnung, in der Deutschland im Verhältnis zur USA nicht »Alliiertes zweiter Klasse« sein dürfe. Es ging demnach um eine Positionierung des deutschen Staates in einer neuen Weltordnung, welche eine Erweiterung des nationalen Sicherheitsbegriffes, die »Verteidigung Deutschlands auch am Hindukusch« (Peter Struck) und eine vollständige »Enttabuisierung des Militärischen« (Gerhard Schröder) erforderlich mache.

Während der deutsche Staat sich im Afghanistankrieg 2002 mit Kampfhandlungen noch aktiv beteiligt hat, blieb die militärische Unterstützung im Irakkrieg 2003 weitgehend passiv. Die Ausübung normaler Souveränität kann auch bedeuten, Bündnissolidarität zu verweigern, wenn es nationalen Interessen entspricht. Der von Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf 2002 ausgerufene »deutsche Weg« sollte die inzwischen unpopulär gewordene Formel der »uneingeschränkten Solidarität«, wie sie unmittelbar seit dem 11. September 2001 galt, wieder zurücknehmen – zumindest einschränken. Der »deutsche Weg« erfaßte den Kern des Normalitätsbegehrens, in dem ein stolzes und selbst- wie traditionsbewußtes Nationalbewußtsein zum Ausdruck kommen sollte, das Respekt und Ansehen in der Welt verlangt. Etwas irreführend war die Bezeichnung vom »deutschen Weg«, weil es sich faktisch um einen Weg zur Selbstbehauptung Europas gegen die USA gehandelt hat.

In Deutschland galt vom zweiten Golfkrieg 1991 bis zum dritten Krieg am Golf 2003, daß der Ausnahmezustand außerhalb des eigenen Territoriums und *out of area* außenpolitische Souveränität, konkret: das (allgemein durchs Völkerrecht eingeschränkte) *ius ad bellum* herstellt. Zwischen Krieg, Souveränität und Vergangenheitspolitik existierte insofern ein für Deutschland spezifischer Produktionszusammenhang, der auf Normalisierung und Normalität zielte. – Insofern fällt es schwer, der Aussage zu folgen, der deutsche Staat sei als Konsequenz aus zwei verschuldeten Weltkriegen und Auschwitz eine Friedensmacht geworden. Der Anspruch auf außenpolitische Normalität als Bestandteil der deutschen Staatsräson wurde vordergründig umgesetzt, indem der Staat den außenpolitischen und

militärischen Konflikt suchte, um sich im Windschatten der militärischen Interventionen von UNO, NATO und USA zu normalisieren, d. h. Normalität zu demonstrieren, statt den Konflikt wirklich aus humanistischen und ehrlichen Motiven lösen zu helfen.

### *Europa als erweitertes Operationsfeld der Normalisierung*

Die außenpolitische Normalisierung besitzt einen Doppelcharakter. In ihrer Zielsetzung: der Produktion von deutscher Normalität, nahm die Normalisierung zum einen Anleihen aus der Vergangenheit (traditionelle Norm der nationalstaatlichen Souveränität), zum anderen ist sie in die Zukunft gerichtet und orientiert sich an einer neuen, werdenden Vorstellung von Normalität (dynamisierte Norm der transnationalstaatlichen Souveränität). Letzteres findet im Rahmen der europäischen Integration statt und macht es notwendig, den außenpolitischen Normalisierungsprozeß nicht nur im nationalstaatlichen, sondern auch im europäischen Rahmen zu betrachten. Die Europäische Integration muß deshalb als ein erweitertes Operationsfeld der deutschen Normalisierung angesehen werden.

Innerhalb der Europäischen Union beansprucht der deutsche Staat zusammen mit Frankreich eine Führungsposition. Faktisch nimmt Deutschland aufgrund seiner wirtschaftlichen Kraft innerhalb Europas eine hegemoniale Stellung ein. Kein Land in Europa und in der Welt kann es sich leisten, keine guten diplomatischen Beziehungen zu Deutschland zu haben. Der deutsche Staat kann es sich wiederum – aufgrund seines immensen Erstarkens in Europa und damit in der Welt nach der deutschen Einheit und der Auflösung der bipolaren Weltordnung – leisten, sich von dem »historisch mitgeschleppten Image-Makel«<sup>14</sup> zu entledigen und die Auseinandersetzung mit der verbrecherischen Vergangenheit ad acta zu legen. Zwar ist Deutschland auf Europa angewiesen, und deutsche Interessen können nur im europäischen Einklang zur Geltung kommen, d. h. müssen in europäischer und nicht in deutsch-nationaler Rhetorik vorgetragen werden – aber weil umgekehrt Europa auch auf Deutschland angewiesen ist, können sich deutsche Interessen bei der Gestaltung der europäischen Integration deutlicher durchsetzen als diejenigen anderer Mitgliedstaaten der EU, weshalb von einem deutsch dominierten Europa die Rede sein kann, das Gefahr droht, zu einem deutschen Europa zu werden.

Der deutsche Staat galt unter den europäischen Staaten bis 1989/90 als ein »ökonomischer Riese«, der zugleich wegen seiner von den Siegermächten auferlegten Selbstbeschränkungen ein »politischer Zwerg« gewesen war. Mittlerweile ist Deutschland mit Hilfe der Europäischen Union größtenteils normalisiert, d. h. politisch wie ökonomisch ein Riese geworden. Die Furcht vor einer deutschen Vorherrschaft über den europäischen Kontinent ist dadurch sehr real geworden, verbindet sich doch damit ein hohes Risiko für Europa, falls in Deutschland einmal eine Generation an die Schaltstellen der staatlichen Macht gelangen sollte, die weitaus hemmungsloser die dazugewonnenen Machtchancen des deutschen Staates im kapitalistischen und imperialistischen Konkurrenzkampf einsetzt, weil sie sich an historische Schuld oder Verantwortung nicht mehr gebunden fühlt und die von Helmut Kohl so genannte »Gnade der späten Ge-

14 Vgl. Moshe Zuckermann: Gedenken und Kulturindustrie. Ein Essay zur neuen deutschen Normalität, Berlin/Bodenheim 1999, S. 30 f.

burt« als *Recht auf Normalität* für sich in vollem Umfang beansprucht. – Sieben Jahre rot-grüne Regierungspraxis mögen vielleicht nur ein Vorgeschmack darauf gewesen sein.

Überlagert wird die Gefahr einer deutschen Vorherrschaft über Europa allerdings durch die ökonomischen, militärpolitischen und geopolitischen Selbstbehauptungsbemühungen gegenüber den USA.<sup>15</sup> Die Selbstbehauptung Europas hat als treibendes Motiv die ältere Motivation für eine europäische Integration, die Eindämmung durch Einbindung Deutschlands, in den Hintergrund gerückt – sie war auch längst ihrer Wirkmacht (Eindämmung) verloren gegangen, weil die Einbindung dem deutschen Staat zu mehr Machtchancen verholfen hat und weil gleichzeitig sich dieses Deutschland soweit europäisiert hatte, daß das Mißtrauen, der deutsche Staat könnte versucht sein, ein drittes Mal mit militärischer Gewalt nach der Weltmacht zu greifen, weitgehend bei den europäischen Nachbarn verschwand.

In drei wesentlichen Bereichen äußert sich diese Selbstbehauptung Europas: 1.) in der stetigen Erweiterung der EU, so daß allmählich ein Wirtschaftsraum entsteht, der größer und mächtiger ist als derjenige der USA; 2.) in der Schaffung einer von der NATO und damit von den USA unabhängigen EU-Armee, die einmal der US-Armee den Rang als weltpolitische Ordnungsmacht ablaufen soll; 3.) in der politischen Integration und im Verfassungsprozeß, der eine größtmögliche Handlungsfähigkeit und europäische Souveränität herstellen soll.

#### *Die Frage nach einer Alternative zur vorherrschenden Normalität*

Die Frage nach einer Alternative zur vorherrschenden Normalität muß eine Antwort auf zwei Ebenen finden. Solange wie Kapitalismus und Nationalstaat die beiden wesentlichen Organisationsprinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind, kann nur eine realpolitische Alternative zur vorherrschenden Normalität realisiert werden. Diese besteht allgemein darin, einen Begriff von äußerer Souveränität vorzubereiten, der sich durch den weitgehenden Verzicht auf äußere Souveränität im traditionellen Sinne auszeichnet und sich positiv artikuliert durch ein wirklich friedvolles und wahrhaft verantwortungsvolles Engagement zur Gestaltung einer vernünftigen und gerechten Welt. So verstandene Souveränität wäre das direkte Gegenteil des erweiterten Diktums von Carl Schmitt, wonach Souverän ist, wer nicht nur über den eigenen, sondern auch über den fremden Ausnahmezustand verfügt.

Langfristig realpolitisch umzusetzen wäre dies durch die Stärkung der UNO als Gewaltmonopolisten, durch ein konsequentes globales Abrüstungsregime, ein global umgesetztes Verbot von Rüstung und Waffenexport, d. h. die Trockenlegung der gesamten Kriegsindustrie, ferner durch humanitäre Maßnahmen nach innen und außen, d. h. durch massiven Ausbau von Entwicklungshilfen für die Dritte Welt sowie soziale Fürsorge für die Armen und Schwachen und die Fesselung kapitalistischer Kräfte.

Im Rahmen der kapitalistischen und nationalstaatlichen Organisationsprinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens kann bis dahin aus Vernunftgründen der Einsatz von militärischen Mitteln nicht kategorisch für jede denkbare Situation ausgeschlossen werden.

15 Auch wenn die Große Koalition die Pflege der transatlantischen Freundschaft wieder in den Vordergrund rücken will, kann davon ausgegangen werden, daß sich die EU weiterhin von den USA emanzipieren möchte und wird.

Eine »Friedensmacht« ist nicht derjenige Staat, der seine militärischen Zwangs- und Gewaltmittel vollständig liquidiert, denn es gibt Situationen, in denen es nicht nur zur Selbstverteidigung, sondern zur Verteidigung der gesamten Menschheit vernünftig ist, zur Gewalt zu greifen. Sicher ist aber nur eines: Kriegen kann ihre Legitimität nur dann einwandfrei zugesprochen werden, wenn ihnen keine kapitalistischen oder imperialen Interessen zugrunde liegen. Aber auch, wenn den Alliierten im Zweiten Weltkrieg solche Interessen nicht fremd waren, war es richtig, daß sie gegen das Deutsche Reich und damit auch gegen Auschwitz Krieg geführt haben. Die militärische Intervention Vietnams gegen das massenmörderische Regime der Roten Khmer in Kambodscha 1979 war richtig und zugleich imperialistischer Motive unverdächtig. In Ruanda hätte man 1994 militärisch intervenieren müssen, um einen Völkermord zu verhindern.

Wenn man allerdings wie Joschka Fischer eine Interventionspflicht bei Völkermord fordert, bedarf es einer genauen und allgemein verbindlichen Definition dessen, was Völkermord überhaupt bedeutet. Und es bedarf einer unabhängigen Instanz, die darüber wacht, daß der Begriff des Völkermordes nicht zum Spielball partikularer Interessen wird. Ansonsten schrumpft der Begriff des Völkermordes zu einem Etikett, das immer dann einer Situation zugewiesen wird, wenn mit einer militärischen Intervention gleichzeitig auch imperiale Interessen realisiert werden können, und das immer dann im Gebrauch vermieden wird, wenn imperiale Interessen nicht vorhanden sind. Da eine solche unabhängige Instanz nicht existiert, es sie vermutlich so schnell auch nicht geben kann, ist der ganze Gedanke einer »Interventionspflicht bei Völkermord« vorerst nicht nur hinfällig, sondern geradezu gefährlich.

Moral und Gewalt sind keine Gegensätze, sondern verstärken sich gegenseitig: Steigern sich die moralischen Argumente, vermehren sich in der Regel auch die Bereitschaft zur Gewalt und ihre Rechtfertigung.<sup>16</sup> Kriege nur moralisch zu beurteilen, ist deshalb keine Lösung; es führt in Parteilichkeit, Chaos und wieder Krieg. Die richtige Frage ist dagegen die nach dem verantwortlichen Umgang mit Gewaltpotentialen, um Kriege einzugrenzen oder gar zu verhindern. Wenn nationale Streitkräfte auf Angriffspotentiale verzichten, kommt mehr Sicherheit in die Staatenwelt, ebenso auch in die innerstaatliche Welt.

Deutschland und Europa wären erst dann Friedensmächte im Rahmen des Bestehenden, wenn die Streitkräfte mit maximal ausreichendem Umfang in Form von Verteidigungsstreitkräften ausschließlich zur Landes- und Bündnisverteidigung ihrem strikten Wortsinn nach ausgerüstet und eingesetzt werden würden. Die Mitwirkung an UNO-Einsätzen im Sinne der UN-Charta und KSZE, nicht aber an UNO-ermächtigten Einsätzen mit Kampfauftrag, scheint geboten, muß aber mit einer maximalen Ausweitung der Entwicklungshilfen, der maximalen Abrüstung und dem radikalen Stopp von Rüstung und Rüstungsexporten einhergehen.

Für militärische Einsätze der Europäischen Union bedürfte es wenigstens einer demokratischen Kontrolle durch das EU-Parlament, d. h. eines Parlamentsvorbehaltes, wie er für Deutschland im Grundgesetz verankert ist, seit einiger Zeit aber stetig ausgehöhlt und

16 Vgl. Karl Otto Hondrich: Gegen Windmühlenflügel, in Ders.: Wieder Krieg, Frankfurt a. M. 2002, S. 101.

17 Vgl. Stefan Brunner: Deutsche Soldaten im Ausland. Fortsetzung der Außenpolitik mit militärischen Mitteln?, München 1993, S. 223.

schon bald durch ein Entsendegesetz faktisch ersetzt werden wird. Europa aber wäre erst dann eine Friedensmacht, wenn es von der Umsetzung einer europäischen Militärstaatlichkeit abläßt und auf die Weltintegration Europas setzt. Eine angemessene Inanspruchnahme von Normalität würde u. a. darin bestehen, daß die Integration der Welt am Beispiel Europas und unter den Vorzeichen einer vernunftgeleiteten Aufarbeitung der Vergangenheit fortgeführt wird.<sup>17</sup> – Jedenfalls nicht darin, einer von Deutschland dominierten EU die Attribute einer imperialistischen Großmacht zu verschaffen, die sich im globalen Kräftespiel mit China, Rußland und den USA mißt.

Langfristig aber geht es um noch viel mehr, das allein realpolitisch nicht zu realisieren ist. Nur wenn die beiden Organisationsprinzipien dieser Welt, wenn Kapitalismus und Nationalstaatlichkeit überwunden und in diesem Sinne die Gesellschaften in die Freiheit geführt werden, kann sich eine Alternative zur vorherrschenden Normalität realisieren, die nach einem Gedanken von Walter Benjamin als der »wirkliche Ausnahmezustand« bezeichnet werden darf: »Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, daß der ›Ausnahmezustand‹, in dem wir leben, die Regel ist. Wir müssen zu einem Begriff der Geschichte kommen, der dem entspricht. Dann wird uns als unsere Aufgabe die Herbeiführung des wirklichen Ausnahmezustands vor Augen stehen; und dadurch wird unsere Position im Kampf gegen den Faschismus sich verbessern. Dessen Chance besteht nicht zuletzt darin, daß die Gegner ihm im Namen des Fortschritts als einer historischen Norm begegnen. – Das Staunen darüber, daß die Dinge, die wir erleben, im zwanzigsten (und auch im einundzwanzigsten; MH) Jahrhundert ›noch‹ möglich sind, ist kein philosophisches. Es steht nicht am Anfang einer Erkenntnis, es sei denn der, daß die Vorstellung von Geschichte, aus der es stammt, nicht zu halten ist.«<sup>18</sup>

18 Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, in Ders.: GS, Bd. I.2, Frankfurt a. M. 1974, S. 691-704; These VIII.

Es geht um nichts Geringeres als um die sozialistische und kosmopolitische Utopie einer befreiten Welt und des ewigen Friedens, die wir bei aller notwendigen Verstrickung in Realpolitik nicht aus den Augen verlieren dürfen.

## BRIGITTE HOLM

# Gemeinsam sind wir Stadt

Zum Abschluss der Konferenz formulierte *Klaus Lederer*, Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS in Berlin, seine Wünsche für das Jahr 2011: ein Berlin mit einer leistungsfähigen und demokratisch kontrollierten sozialen Infrastruktur, mit einem Bildungssystem, das allen Kindern eine Perspektive eröffnet, ein Berlin, in dem der soziale Zusammenhalt und die Solidarität Maximen der städtischen Kultur sind.

2011 ist das Jahr, bis zu dem voraussichtlich die nächste Wahlperiode des Berliner Abgeordnetenhauses geht. Am 17. September dieses Jahres entschied sich, wer bis 2011 die Stadt regiert und ob die Wünsche von Klaus Lederer eine Chance haben. Oder anders gesagt: ob die Wählerinnen und Wähler der Koalition aus SPD und Linkspartei für weitere fünf Jahre das Mandat geben wollten.

»Gemeinsam sind wir Stadt« war das Wahlprogramm der Linkspartei überschrieben und dies war auch der Titel einer Konferenz am 1. Juli in Berlin, getragen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Landesstiftung »Helle Panke«, dem Kommunalpolitischen Forum Berlin und der Linksparteifraktion des Abgeordnetenhauses. Die Untertitel »Innovation und Gerechtigkeit« sowie »Visionen für Berlin« gaben der Diskussion, in deren Mittelpunkt die Regierungsbeeiligung der Linkspartei stand, die Orientierung.

Auf der Liste der Referenten von der Bundesebene Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, dazu das Spitzenpersonal der Berliner Linkspartei: Landesvorsitzender Klaus Lederer, Fraktionsvorsitzender Stefan Liebich, die drei Senatoren der Linkspartei Harald Wolf (Bürgermeister des Landes Berlin und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen und zugleich Spitzenkandidat für die bevorstehenden Wahlen), Heidi Knake-Werner (Senatorin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz) und Thomas Flierl (Senator für Wissenschaft und Kultur). Für die unverzichtbare »Außensicht« waren als Disputanten gewonnen worden: Rolf Reißig (Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaften – BISS), Dierk Hirschel (Chefökonom des DGB), Michael Opielka (Fachhochschule Jena, Fachbereich Sozialwesen) und Olaf Kretschmar (Geschäftsführer Club Commission Berlin).

Zeitweilig etwa 80 Menschen verfolgten die Debatte und hatten selbst Gelegenheit, sich zu beteiligen. Allerdings erwies sich die dafür veranschlagte Zeit als zu knapp, um seitens des Publikums zum Beispiel die Situation der privatisierten Wasserbetriebe oder die der zum Verkauf ausgeschriebenen Sparkasse ausführlich zu behandeln.

Brigitte Holm – Jg. 1948,  
Dipl.-Journalistin

Konferenz zum Thema  
»Innovation und Gerechtigkeit – Visionen für Berlin«  
am 1. Juli in Berlin

An den Ausgangspunkt des Mitregierens Ende 2001 erinnerte Fraktionsvorsitzender Stefan Liebich. Durch Korruption und Größenwahn hatte die CDU-geführte schwarz-rote Landesregierung die Stadt an den Rand des Bankrotts gebracht. »Wir haben alle Lügen gestraft, die gesagt haben, die Rot-Rote hält nicht durch«, meinte Liebich. Aber, ergänzte er, durchhalten allein zähle nicht, denn Regierungsbeteiligungen seien kein Selbstzweck. »Wichtig ist, was abgerechnet werden kann.« Das war dann eine Liste von respektabler Länge. Sie reicht vom Ausstieg aus der unsozialen – weil die Immobilienwirtschaft stärkenden – Anschlussförderung im Wohnungsbau, über ein kostenfreies letztes Kita-Jahr ab 2007, weniger Abschiebungen, die Abschaffung der Rasterfahndung, den Erhalt der öffentlichen Betriebe Vivantes (Krankenhausverbund), BSR (Stadtreinigung) und BVG (Verkehrsbetriebe) bis zur Haushaltskonsolidierung. Berlin gibt – abgesehen von den horrenden Zinsen zur Schuldentilgung – nicht mehr aus als es einnimmt. Doch ehe der Fraktionschef diese Resultate vortrug, stellte er fest, dass nicht alle Entscheidungen als Ruhmesblatt linker Regierungspolitik gelten können. In diesem Zusammenhang nannte er die Privatisierung der Wohnungsgesellschaft GSW und den Zeitraum, in dem es kein Sozialticket gab. Trotzdem sei er der festen Überzeugung, »dass Berlin liberaler und sozialer regiert wurde, als dies in jeder anderen Regierungskonstellation möglich gewesen wäre«.

*Rolf Reißig*, der eine Studie zur Regierungsbeteiligung angefertigt hatte, sprach von einem »Projekt des strategischen Lernens«. Die Linke, nicht nur in Berlin, habe noch kein tragfähiges Konzept, wie unter den Bedingungen des Neoliberalismus regiert werden kann. Notwendig sei ein Lernprozess. Der vertrage sich nicht mit feststehenden und nicht zu hinterfragenden Gewissheiten, sondern erfordere Unvoreingenommenheit, Offenheit und eine kritische Prüfung der Erfahrungen, schließlich auch die Fähigkeit der Korrektur. Und das bei Befürwortern wie bei Kritikern der Regierungsbeteiligung. Seine – hier äußert verknappt wiedergegebene Bilanz: Berlin beziehungsweise die Linkspartei als Vorreiter neoliberaler Politik zu bezeichnen, widerspreche den Realitäten. Andererseits sei Berlin unter Rot-Rot alles andere als ein »sozialer Leuchtturm«. Die Stadt sei heute nicht tiefer gespalten als zuvor (wie die Konservativen prophezeit hatten), sondern einheitlicher (bezogen auf West und Ost) und lebendiger geworden. Eine neue politische Öffentlichkeit, ein Diskurs, sei jedoch nicht entstanden. Reißig empfahl unter anderem, klar bestimmte Projekte, die die Handschrift der Linkspartei tragen, zu präsentieren und mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Als mögliche Themen nannte er den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor oder den Umgang mit öffentlichen Gütern.

Die öffentliche Daseinvorsorge war das Thema von *Oskar Lafontaine*, Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag. »Wie viel Staat braucht ein funktionierendes Gemeinwesen?«, fragte er, um auf die Steuer- und Abgabenquote einzugehen, die für ihn einen zentralen Platz einnimmt. Sie liegt in Deutschland bei 34 Prozent, im Durchschnitt der EU-Länder bei 40 Prozent. Dieser Unterschied von sechs Prozent mache einen Unterschied von 130 Milliarden aus. Kämen die in die hiesige Staatskasse, würde alles, was die Bundesregierung

als »Reformen« verkauft und zulasten der kleinen Leute geht, überflüssig. Bei einer Orientierung an den skandinavischen Staaten mit einer Abgabenquote von 50 Prozent läge der Zugewinn bei 300 Milliarden Euro. Viele der Probleme, die in Berlin bestehen, könnten dann gelöst werden. Zum Mitregieren, sagte er, der in diesem Lande am längsten in verschiedenen Verantwortungen gestanden hat, könne man nicht prinzipiell ja oder prinzipiell nein sagen: Die Linke muss immer erkennbar sein. Jede Bürgerin, jeder Bürger muss sagen können, was hat denn die Linke in der Gemeinde, im Land oder im Bund durchgesetzt? Dabei würden die Leute nicht denken, die Linke könnte alles, was wünschenswert wäre, durchsetzen. Wenn wir glaubwürdig sagen könnten, ohne uns wäre das Krankenhaus oder das Verkehrsunternehmen schon verkauft, dann rechtfertige das eine Beteiligung. Auch beim öffentlichen Eigentum gehe es nicht um ein prinzipielles ja oder nein. Natürlich soll die Herstellung von Speiseeis in privaten Händen bleiben. Auch die Herstellung von Porzellan muss nicht – wie bisher in Berlin geschehen – in einem öffentlichen Unternehmen erfolgen. Neben der Eigentumsfrage sei die Frage der Kontrolle, der Regelungen entscheidend, was er am Beispiel der Stromversorgung erläuterte.

Ein Problem, mit dem sich in jüngster Zeit Senator *Harald Wolf* zu beschäftigen hatte. Er ging in seinem Beitrag vor allem auf die Arbeitsmarktsituation ein. Die anhaltend hohe Zahl von Erwerbslosen sei noch immer eine Folge der früheren Ost-West-Teilung der Stadt. Im Ergebnis sei Berlin die einzige Hauptstadt in Europa, deren Bruttoinlandsprodukt unter dem Durchschnitt des Landes liege. Vor allem Industriearbeitsplätze seien nach der Wende weggebrochen. Das sei von der früheren Politik mehr oder weniger hingenommen worden, weil man glaubte, den Verlust durch den Dienstleistungssektor zu kompensieren. »Aber die Stadt kann nicht davon leben, dass wir uns alle gegenseitig ablichten«, sagte er. Deshalb ist die Arbeit seiner Verwaltung auch darauf ausgerichtet, Industrie zu halten und neu anzusiedeln. Das vollziehe sich vor allem im Zusammenspiel mit den Wissenschaftspotenzialen der Stadt. Im Zusammenhang mit Hartz IV bekräftigte er nochmals die Ablehnung seitens der Linkspartei und erläuterte seinen Vorschlag für sozialversicherungspflichtige Stellen. Dafür sollen alle Mittel für das Arbeitslosengeld II gebündelt werden und eine Aufstockung aus dem EU-Sozialfonds erfahren. Es ist vorgesehen, diese Stellen tarifgerecht zu bezahlen. Das soll anfangs eventuell über Teilzeitarbeit gesichert werden. Um die Pläne umzusetzen, ist eine bundesrechtliche Änderung nötig.

Die Einhaltung tariflicher Standards war für *Dierk Hirschel*, Chefökonom des DGB, sehr wichtig. Er verwies auf die vielen prekären Beschäftigungsverhältnisse in der Stadt. Sehr viele Menschen würden von ihrer Arbeit nicht leben können. Er sprach sich für das skandinavische Modell aus: Dort beträgt der Anteil der öffentlich Beschäftigten 30 Prozent. Nach seiner Einschätzung spiele die gesamtwirtschaftliche Situation eine dominante Rolle für Berlin. Es sei nicht verwunderlich, wenn die Stadt davon besonders betroffen sei. Allerdings gebe es auch Städte wie Köln oder Frankfurt am Main, die Beschäftigungszuwächse über dem Durchschnitt hätten. Da müsste analysiert werden, was wachstumsstärkend und was wachstumsmin-

dem ist. Vor allem der Ausbau der Exportbasis würde sich positiv auswirken. Was die Konsolidierung des Haushalts angehe, meinte Hirschel, dass diese den Trend nicht umdrehen könne: Die Schulden bleiben.

*Heidi Knake-Werner*, Senatorin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz, zitierte eingangs Brecht: Über das Fleisch in der Suppe wird nicht in der Küche entschieden, sagte sie mit Hinweis auf die eingeschränkten Kompetenzen von Ländern und Kommunen. Über die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums entscheide die Bundesregierung ebenso wie über Sozialabbau und Deregulierung. Trotzdem habe die Linkspartei an ihrem Gestaltungsanspruch festgehalten. Er richte sich darauf, die neoliberale Politik zu durchbrechen. 90 Prozent der Finanzen in ihrem Ressort seien für gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben gebunden. Die Spielräume für eigene Vorhaben seien entsprechend klein. Die Mittel würden dort eingesetzt, wo die sozialen Probleme am schärfsten sind. Statt Ausgrenzung vorzunehmen, würde Partizipation gefördert.

Die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen nannte sie als einen wichtigen Schwerpunkt: Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäuser, Möglichkeiten zur Selbsthilfe werden, wo es nur geht, unterstützt. Vielleicht sei es nicht sehr visionär, aber es treibe sie um, dass sich Leute keinen Arztbesuch mehr leisten können. Sie frage sich deshalb, wie sie das mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst auffangen kann.

Im Zusammenhang mit Hartz IV verwies sie auf die spezielle Berliner Regelung für die Wohnkosten, mit der Umzüge weitestgehend verhindert werden. Auch das Sozialticket zum halben Preis sei einmalig, wenngleich es auch Kritik gebe, dass es zu teuer sei.

Der Sozialwissenschaftler *Michael Opielka* hielt vieles von dem, was die Senatoren erläutert haben, für wichtig und nützlich. Er meinte aber, gestaltende Sozialpolitik dürfe sich nicht in der Ausnutzung von Spielräumen erschöpfen. Er vermisste einen sozialen Diskurs in der Stadt, der auch Gestaltungsimpulse geben könnte. Im Zusammenhang mit den Überlegungen der Linkspartei für einen öffentlichen Beschäftigungssektor bemerkte er eine Art »Heiligsprechung« der Arbeit und bedauerte, von den Senatoren nichts über das Projekt einer Grundsicherung gehört zu haben. Dass viele Menschen von Transferleistungen leben, sollte nicht immer als Problem dargestellt werden. Nötig sei eine öffentliche Debatte, wie mit diesen Möglichkeiten umgegangen werden kann.

*Thomas Flierl*, Senator für Wissenschaft und Kultur, wurde als der am längsten amtierende Kultursenator seit 1990 vorgestellt. Die Kultur, bemerkte er, sei sowohl Arbeit als Voraussetzung für Nichtarbeit. Diskussionen hätten gezeigt, dass angesichts der Bedeutung von Kultur und Wissenschaft dieses Ressort zunehmend zu einem »Leitressort« für die Stadtentwicklung werden könnte, ein Platz, den bisher das Bauressort einnimmt. In der modernen Wissensgesellschaft werde der kulturelle und wissenschaftliche Sektor immer bedeutsamer als Standortfaktor.

In diesem Bereich wirke die einstige Teilung der Stadt ebenfalls fort: Einerseits brachten die Doppelstrukturen eine einmalige Dichte, andererseits bringen sie – soweit sie noch bestehen – Kosten, die immer wieder infrage gestellt werden. Kann die Stadt sich die

Freie Universität und die Humboldt-Universität leisten? Braucht die Stadt drei Opernhäuser? – Er und seine Partei haben das bejaht und – ja – mit großen Einsparungen an den drei Universitäten und mit der Gründung der Opernstiftung eine Lösung gefunden.

Der freie Zugang zu Wissen und Kultur entscheide mehr und mehr über die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, über die soziale Stellung der Menschen.

Einer der nächsten Kämpfe, die auszufechten sind, hat mit den Studiengebühren zu tun, die Berlin nicht erhebt. 60 Prozent der Studierenden kommen aus anderen Bundesländern. Nun strebt Flierl einen Länderausgleich an.

*Olaf Kretschmar*, Geschäftsführer der Club Commission, stellte sich vor als jemand »aus einer anderen Welt«. Diese Welt, die Welt der Clubs, wurde nie als Kultur eingestuft, bekam kaum Förderung. Nach einer Studie rangiere diese Welt aber weit vor all jenen Kulturen, die der Stadt die Budgets leer fressen. Clubs seien heute Standortfaktoren jeder modernen Metropole. Die Clubkultur hole junge Menschen in die Stadt und sie bilde den Hintergrund dafür, dass sich Berlin heute Musikhauptstadt nennen kann. Wenn Beethoven heute 20 wäre, würde er wahrscheinlich elektronische Musik machen. Traditionsgemäß sei Kultur das, was Bildung heißt und Anstrengung kostet. Das Gegenteil denunziere man als Vergnügen. Der Tanz auf der Bühne sei subventionswürdig. Würden die Gäste selbst tanzen, falle das unter die Vergnügungsstättenordnung und sei Thema für das Ordnungsamt. Olaf Kretschmar sprach sich dafür aus, die Kultur derer zu fördern, die keine Eliten sind, aber die Kultur brauchen wie die Luft zum Atmen für ihre Selbstachtung, für ihr Überleben und für ihre Integration in das Gemeinwesen.

Lohnt regieren? – Unter dieser Überschrift stand der Beitrag von *Klaus Lederer*, Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS. Er fragte unter anderem, was das Regieren den Bürgerinnen und Bürgern und was es der Linken gebracht hat.

Linke Politik beziehe ihre Legitimation aus einer sozialen Idee von Gesellschaft. Dabei habe sie oft mit widersprüchlichen Interessen zu tun. Damit müsse sie zurechtkommen und sich entscheiden. Er erläuterte das anhand des Sozialtickets: Die Berlinerinnen und Berliner wollen billig fahren, Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfänger wollen ihren Anspruch auf Mobilität geltend machen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Aufsichtsrat befürchten negative Konsequenzen für das Gesamtergebnis und befürchten, dass der Anteil von den Beschäftigten zu tragen ist. Und wir – wir wollen das Sozialticket haben und die Privatisierung der BVG verhindern und wir wollen den sozialen Standard der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichern und wir wollen natürlich auch, dass die Berlinerinnen und Berliner möglichst billig fahren können. Wie bringen wir die Interessen zueinander, wie gehen wir damit um? Das, so Klaus Lederer, seien die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Abschließend formulierte er seine Wünsche an das Berlin im Jahre 2011 – siehe eingangs.





WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Es ist wahrlich nicht immer angenehm, mit seinen politischen Spökenkiekereien recht zu haben. Als ich in der vorigen Ausgabe auf die unappetitlichen Nationalistereien in Polen und im Baltikum zu sprechen gekommen war, fiel mir im Moment des Kommentierens und Aufzählens merkwürdigerweise gar nicht die Ukraine ein. Doch auf deren Präsident Viktor Juschtschenko ist Verlaß – und ein Nachtrag zur vorherigen *Festplatte* angebracht:

Juschtschenko, lese ich heute im Morgenblatt, habe sich dafür ausgesprochen, die Weltkriegsveteranen der sowjetischen Armee und der UPA (»Ukrainische Aufstandsarmee«) rechtlich gleichzustellen. Wenn ich ehrlich sein soll: So richtig überrascht hat mich diese Meldung nicht. Übrigens ebensowenig wie das Ausbleiben geharnischter Proteste der deutschen demokratischen Presse gegen diese Ungeheuerlichkeit. Die hatte sich ja schon sehr bedeckt gehalten, als sich vor bereits etlichen Jahren Hitlers lettische Waffen-SS-Veteranen mausig gemacht hatten. Nun wird zu beobachten sein, welche Weiterungen der Vorstoß des ukrainischen Präsidenten hat. Und welche Reaktionen er auslöst. Zum Beispiel beim Nachbarfreund Polen, wo die Mörderbanden des Stefan Bandera bis heute nicht vergessen und ihre Spuren vor allem im Südosten des Landes immer noch sichtbar sind.

Sicher, Geschichte verläuft nur sehr selten nach den Regeln der Logik, aber wenn sie es in diesem Falle doch tun sollte, dann müßte Ukrainiens Staatsoberhaupt eines Tages wohl auch ein gutes Wort für die »SS-Division Galizien« übrig haben – ein Denkmal in Kiew oder Lemberg wäre doch nicht schlecht ... Nie? Wer sich das Wörtchen »nie« nicht abgewöhnt, ist selber schuld, wenn ihn derlei Vorkommnisse verblüffen.

Auch bei einem anderen Thema war in den letzten Wochen die selektive Sicht deutscher Medien (und vor allem auch des öffentlich-rechtlichen des Fernsehens!) so auffällig wie allgemein üblich: beim nordkoreanischen Atombombenversuch. Nur ganz, ganz selten rangen sich Kommentatoren und Moderatoren dazu durch, ihren Lesern, Hörern und Zuschauern darzulegen, daß der Atomwaffensperrvertrag inzwischen kaum mehr das Papier wert ist, auf dem er gedruckt wurde. Denn wäre es anders, dann hätte bei der aufgeregten Berichterstattung redlicherweise darauf hingewiesen werden müssen, daß er auch wichtige Bestimmungen enthält, um deren Realisierung sich die Signatarmächte bislang einen Teufel geschert haben (Abrüstung); und es hätten in der Debatte über Kim Jong IIs Bombenversuch auch Länder wie Israel, Indien oder Pakistan vorkommen müssen. Und gerade das ist fast nie passiert. Die prägnanteste Ausführung zu diesem Thema las ich von Norman Paech in der *Netzeitung* und im *Neuen Deutschland*.

Übrigens (da wir gerade bei Nordkorea sind ...): Ich traue der allgemeinen Berichterstattung über dieses Land nur bedingt, mir wird da zuviel mit Schablonen hantiert, die diversen Berichte und Reportagen fügen sich nicht zu einem stimmigen Gesamtbild. Das war auch in den Wochen so, als der Atombombenversuch beschrieben und besprochen wurde: vorne die Bombe – und hinten, auf der Kulturseite, die unkommentierte Meldung, der deutsche Film »Napola« habe auf dem Filmfestival in Pjöngjang einen Preis erhalten. Wie, was, fragt sich der überforderte Zeitungsleser – Filmfestival, was für ein Filmfestival? Gibt es dort überhaupt ein Kino? Ich denke, sie essen dort Gras ... Aber wahrscheinlich sind auch die Reisejournalisten mit diesem Land überfordert.

In Deutschland haben sie jetzt die Unterschicht entdeckt. Und die ist – hat es den Anschein – den Führungsmedien auch so eine Art »Korea«: fremd, schwer erklärbar. Auch da geht manches nicht zusammen und paßt oft nicht zueinander: Einerseits zum Teil hervorragende Sozialreportagen und Porträts zu den Themen Armut, Arbeitslosigkeit (und zwar nicht nur in als »links« geltenden oder sich so verstehenden Blättern), andererseits im Fernsehen – Sonntag-12-Uhr-Mittag-Runden mit Chefredakteuren, die emotionslos die von der Großen Koalition initiierten Reformen bereden. Wenn man sich beim Ansehen und Anhören derartiger Auftritte nur einmal kurz vergegenwärtigt, was hierzulande Chefredakteure kosten, dann wird jede Äußerung so eines Hochverdienenden z. B. über Hartz IV oder die Gesundheitsreform zumindest fragwürdig. Was sie aber nicht davon abhalten wird, nun über Wochen und Monate hinweg die Unterschicht(en) rauf und runter zu bereden. Und die, die es angeht, werden davon kaum etwas mitbekommen: Sei es, weil sie sich – auch das ein Zeichen von »Unterschicht« – nicht mehr für Politik interessieren und lieber Volksmusiksendungen hören und sehen, sei es, weil sie sich solche Zeitungen nicht mehr leisten. Oder weil ihnen die ganze Demokratie gestohlen bleiben kann und sie mehr und mehr dazu übergehen, sich auf einschlägigen Seiten im Internet zu informieren oder jene Zeitung zu lesen, die der Händler (vorst?) nur unter dem Ladentisch bereitgelegt hat.

Und wenn das Thema »Unterschicht« medial gegessen ist, dann wird wieder – rauf und runter – darüber debattiert werden, warum bei der »Unterschicht« die Demokratie so übel beleumundet ist. Und wieder wird keiner daran schuld gewesen sein.

Hermann Weber, Ulrich Mählert,  
Bernhard H. Bayerlein,  
Horst Dähn, Bernd Faulenbach,  
Jan Foitzik, Ehrhart Neubert,  
Manfred Wilke (Hrsg.):  
Jahrbuch für Historische  
Kommunismusforschung,  
Bd. 2005, Aufbau-Verlag Berlin  
2005, 464 S. (75 €) (enthält  
Internationale Newsletter der  
Kommunismusforschung, Nr. 18)

Auch die neue, zwölfte Ausgabe des Jahrbuchs ist wieder in bewährter Weise eine Zusammenstellung von Forschungsaufsätzen, Diskussionsartikeln und biographischen Skizzen, die zumeist auf Archivrecherchen gestützt sind. Wenn nicht, dann greifen sie auf die umfangreiche Forschungsliteratur zurück und liefern auf dieser Grundlage Einschätzungen. Abgerundet wird der Band durch Sammelbesprechungen sowie den Internationalen Newsletter der Kommunismusforschung mit Kurzinformationen zu Tagungen, Forschungsprojekten und Publikationen.

Das Inhaltsverzeichnis weist nur einen Schwerpunkt, nämlich Südosteuropa, aus. Deswegen thematischer Zusammenhang wird ausschließlich durch die Geographie bestimmt. Zum einen geht es um die Konstruktion einer »Zivilreligion« in Titos Jugoslawien (Sergej Flere), mit der eine Klammer für das multiethnische Land geschaffen werden sollte. Dann wird die Familienpolitik in Bulgarien skizziert (Ulf Brunnbauer), die einerseits die Integration der Frau in das Arbeitsleben in die Wege leiten sollte – wie in allen anderen Gesellschaften des »realen Sozialismus« im Widerspruch zwischen Aufrechterhaltung der Kleinfamilie und Angeboten zur »Vergesellschaftung« der Hausarbeit –, dann aber auch eine spezifische üble ethnische Wendung nahm, als es darum ging, die höheren Geburtsraten der nationalen Minderheiten »in den Griff zu bekommen«. Und schließlich wird noch ein bisher wenig beachteter Schauprozess in Rumänien im Jahre 1951 dargestellt (William Totok), der zwar den allgemeinen Schemata dieser Prozesse folgte, aber mit seinen Ange-

klagen aus der römisch-katholischen Kirchenhierarchie gegen eine »untypische« Minderheit zielte.

Aufgemacht wird der Band dagegen mit einem sicherlich auf ein breiteres Interesse stoßenden, inhaltlich gewichtigen Beitrag des Osteuropa-Historikers Bernhard Bonwetsch, in dem er einen Überblick über die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage der neuesten Forschungen gibt. Hierin werden die Stalinsche Politik und Strategie und die Folgen für die sowjetische Bevölkerung materialreich und thematisch ausgewogen skizziert. Merkwürdig unbestimmt bleibt er nur in der Frage der »Präventivkriegsthese«, die er zwar in Zweifel stellt, was man aber viel entschiedener tun kann. Schließlich darf man sich nicht davon ablenken lassen, dass Hitler zwar die Weisung für den »Fall Barbarossa« zwar im Jahre 1940 gab, dass der Angriff auf die Sowjetunion aber letztlich im Mittelpunkt der gesamten Kriegsvorbereitungen Nazi-Deutschlands stand – und die wurden unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 eingeleitet. Im Übrigen hatte das Hitler ja auch schon ausführlich in Mein Kampf proklamiert, ein Buch, das Stalin durchaus im Unterschied zu vielen anderen gelesen hatte.

Das gute Dutzend weiterer Beiträge umfasst mehrere ineinander greifende Themenkomplexe. Zwei Beiträge beschäftigen sich mit dem postsowjetischen Geschichtsbild, wie es in Geschichtslehrbüchern heute vermittelt wird (Jan Foitzik), wobei es vor allem um die Frage des russisch-sowjetischen Imperiums in seiner Konfrontation mit dem Westen geht, und um die postsowjetische Erinnerungskultur an den »Großen Vaterländischen Krieg« (Andreas Langenohl).

Ein weiterer solcher Mini-Schwerpunkt stellt die sowjetische Österreich-Politik nach 1945 dar (Stefan Karner/Peter Ruggenthaler und Wolfgang Mueller) und geht – kontrovers – der Frage nach, welchen Absichten Stalin dabei nachging: einen weiteren volksdemokratischen bzw. sozialistischen Staat schaffen oder nicht? Die von der Sowjetunion noch in den letzten Kriegstagen eingesetzte Regierung Renner erwies sich als wesentlich stabiler, und die KPÖ als wesentlich weniger verankert, wie ursprünglich gedacht. So verringerten sich die Erwartungen der Sowjetunion sehr schnell,

da zudem die Aufmerksamkeit durch wichtigere Länder in Beschlag genommen wurde. Andererseits ist das hier aber auch wieder ein Fall, der zeigt, wie unterschiedlich, d. h. gegensätzlich, manchmal Quellen interpretiert werden können, wenn es sich etwa um vergleichsweise unklare Notizen handelt. In diesem Fall geht es um eine solche von Šdanov aus dem Jahre 1944 über sowjetische Nachkriegspläne.

Die Beschäftigung mit dem »großen Terror«, der das Charakteristikum des Stalinismus ist, ist eine Konstante des Jahrbuchs seit dem ersten Erscheinen. Hier veröffentlicht Wladislaw Hedeler eine Darstellung eines Lagerkomplexes, in den nach 1937 viele Ehefrauen verhafteter deutscher »Volksfeinde« verbracht wurden. Mehrere Sammelrezensionen ergänzen diese Thematik. Auf die DDR wird durch eine Analyse des Luxemburg-Liebknicht-Gedenktages (Barbara Könczöl) und durch einen Beitrag zur DDR-Verfassung von 1968 eingegangen (Giandomenico Bonanni), was durch die biographische Skizze eines »Basiskaders«, der in den fünfziger Jahren mehrfach bei der SED-Bürokratie aneckte und ausgeschlossen wurde, ergänzt wird (Ulrich Mählert). Dazu kommt ein Beitrag, der dem Verhältnis der DDR zur RAF und speziell zu Ulrike Meinhof nachgeht (Andreas Förster). Das weist aber auch auf die Geschichte der ›Neuen Linken‹ in der Bundesrepublik, zu der sich Gerd Koenen anhand der jüngsten Kontroversen um Rudi Dutschke und sein Verhältnis zur Gewalt äußert. Schließlich werden die umfangreichen Memoiren von Mátyás Rákosi vorgestellt (Endre Kiss), die vor einigen Jahren in Ungarn erschienen sind, aber über deren Inhalt aufgrund der sprachlichen Schranken kaum etwas in eine interessierte internationale Öffentlichkeit vorgedrungen ist. Rákosi hatte durch seinen (bildungs-)bürgerlichen Hintergrund eine zweifellos untypische Herkunft im Vergleich zu den übrigen »Ostblockführern« nach 1945. Ebenso untypisch ist, dass er dann, nach seiner Absetzung 1956, eine Reflexion versuchte, die der Autor vor allem psychologisch zu deuten versucht. Dem anhand des Originals nachzugehen, wird wohl für die allermeisten Interessierten weiterhin an der Sprachenschanke scheitern. Einige weitere Rezensionen und der Berichtsteil im Newsletter runden diesen Band ab.

Wie immer bietet also das Jahrbuch ein breites thematisches Spektrum mit einem Autorenkreis, der die unterschiedlichsten inhaltlichen Konzeptionen vertritt. Es ist jedoch vielleicht zu ausschließlich auf die Herrschaftsgeschichte des Kommunismus zentriert, wobei durchaus verschiedene Akzente in der Analyse der inneren Herrschaftsmechanismen, etwa anhand der Auseinandersetzungen innerhalb der Partei oder im Verhältnis zwischen Staatsmacht und Gesellschaft gesetzt werden, was allerdings auch zu einer starken Mittel- und Osteuropa»lastigkeit« geführt hat. Was allerdings eher fehlt, ist die Bewegungsgeschichte, d. h. die Analyse kommunistischer Parteien und Bewegungen dort, wo sie nicht herrschten. Doch ist das vielleicht nur den Zufälligkeiten der eingereichten Beiträge geschuldet und erscheint nicht etwa den Herausgebern eher als Teil der allgemeinen Sozialgeschichte bzw. der traditionellen Geschichte der Arbeiterbewegung, damit als Bereich für andere Publikationsorte.

REINER TOSSTORFF

Gunnar Heinsohn, Otto Steiger:  
Eigentumsökonomik, Metropolis-  
Verlag Marburg 2006, 270 S.  
(21,80 €)

Nach ihrem großen Werk *Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft* (1996/2004), einem »Jahrhundertbuch« (vgl. UTOPIE kreativ 147, S. 86 ff.), präsentieren die Autoren mit dem vorliegenden Band eine eigentumstheoretische Erweiterung ihres Ansatzes, dessen Präzisierung und Vertiefung. Editorisch handelt es sich hierbei um die Neufassung der Schrift *Eigentumstheorie des Wirtschaftens* versus *Wirtschaftstheorie ohne Eigentum* aus dem Jahre 2002, welche nunmehr in revidierter und wesentlich erweiterter Gestalt einem größeren Publikum vorgelegt wird. Die Begründung für diese Arbeit ergibt sich unmittelbar aus dem Forschungsplan der Autoren. Sie ist getragen vor allem von der Absicht, den in den bisherigen Veröffentlichungen verfolgten *volkswirtschaftstheoretischen* Ansatz zu ei-

nem umfassenden *gesellschaftstheoretischen* Erklärungskonzept weiter zu entwickeln.

Die übergreifende forschungsleitende Frage, die es in diesem Zusammenhang zu beantworten gilt, ist die nach dem *Verlust*, welcher durch den *Zins* ausgeglichen werden soll. Diese Frage ist gleichbedeutend mit der Begründung eines positiven Zinssatzes. Die Antwort, die Heinsohn und Steiger hierauf geben, unterscheidet sich grundlegend von allen bisher vorgelegten Zinstheorien: Sie akzeptiert weder einen temporären Profitverlust (klassische politische Ökonomie) noch einen temporären Konsumverlust (Neoklassik), noch einen temporären Verlust an Liquidität (Keynesianismus) als Erklärung für den Zins. Vielmehr entsteht dieser »aus dem temporären Verlust der Verfügung über *Eigentum* bei der kreditären Schaffung von *Geld*« (S. 9). Zur Verdeutlichung dieses »zinsbegründenden Verlustes«, welcher »aus der Aufgabe eines immateriellen Ertrages von *Eigentum*« resultieren soll, bedienen sich die Autoren bezeichnenderweise des begrifflichen Konstrukts der *Eigentumsprämie*. Diese Begriffswahl sagt zugleich etwas über die Herkunft der Autoren aus: Sie kommen aus dem Lager der Keynesianer.

Fundamental für das Verständnis dieses Erklärungsansatzes ist die Unterscheidung a) zwischen *Eigentum* und *Besitz*, b) zwischen *Wirtschaften* und *Produzieren* und c) zwischen »Geldschaffungszins« und »Leihzins«. *Geld* entsteht durch die Belastung von *Vermögen* als »anonymisierter Anspruch auf *Eigentumstitel*« eines Gläubigers auf dem Wege eines Kreditkontrakts. Es ist daher untrennbar mit *Kredit* und *Zins* verbunden, weshalb die theoretische Beschäftigung mit ihm immer alle drei Begriffe einschließt. Die Konsequenzen sind so einfach wie schlagend: Nur »*Eigentumsgesellschaften*« kennen so etwas wie »*Wirtschaft*«. Und nur hier gibt es »*Geld*, *Kredit* und *Zins*«. Alle anderen Ordnungen fußen lediglich auf *Besitzverhältnissen*, betreiben *Reproduktion* (statt *Wirtschaft*) und funktionieren auf der Basis von *Befehlsgewalt* und *politischer Herrschaft*. Dies gilt für feudale *Gesellschaften*, namentlich aber auch für den *Kommunismus*, worunter hier auch der *Staatssozialismus* gefaßt wird.

Neu gegenüber der ersten Fassung wurde das Kapitel »*Eigentumsprobleme der Entwicklungs- und Transformationsländer*« aufgenommen. Die Autoren wollen hier zeigen, daß die Armut

der Entwicklungsländer wesentlich auf *Versäumnisse* bei der Etablierung *privaten Eigentums* zurückgeht. Analog dazu wird der Mißerfolg der *Transformation* in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern auf *Verzögerungen* bei der *Schaffung privaten Eigentums* zurückgeführt. Beide Erklärungsversuche überzeugen jedoch nicht. Zum einen ist die analytische Basis für derartige Begründungen hier viel zu schwach ausgearbeitet. Zum anderen erfolgt die *Darstellung* zu holzschnittartig, so daß sie der *Komplexität* der Problematik nicht gerecht wird. Zudem wurde dem zweiten Abschnitt dieses Kapitels eine *Einleitung* vorangestellt (S. 204 f.), die aus der Zeit des Kalten Krieges zu stammen scheint. Für die hier behandelte Thematik jedenfalls ist sie ohne erkennbaren Nutzen, so daß die Autoren besser darauf hätten verzichten sollen.

Die *Radikalität* des hier vorgestellten Ansatzes hat zwangsläufig die *Vereinsamung* ihrer Vertreter zur Folge. Und dies nicht nur in der aktuellen Debatte, sondern auch im theoriehistorischen Kontext. So sehen sie einzig in dem schottischen Merkantilisten James Steuart (1712-1780) einen Verbündeten. Alle anderen Theoretiker sind in ihren Augen gescheitert, weil sie das *Wirtschaften*, insbesondere aber *Zins* und *Geld*, ohne *Eigentum* zu erklären versuchten. Und auch die gegenwärtige Diskussion gleicht einem »*Krieg*« Heinsohns und Steigers gegen alle bzw. aller gegen Heinsohn und Steiger, worüber die zahlreichen Zitate und Fußnoten im Buch Aufschluß geben. Damit der Leser diesen Aspekt auch gebührend würdigen kann, ist dem Text ein 18-seitiges *Debattenverzeichnis* beigelegt worden. Hierin sind alle Quellen der »*Kritik* und *Weiterentwicklung*« des zehnjährigen Meinungsstreits zwischen 1996 und 2005 aufgeführt. Eine bemerkenswerte *Auflistung!* Schon ein oberflächlicher Blick auf einige der hier genannten Namen und Quellen läßt erkennen, wie umstritten der von Heinsohn und Steiger vertretene Ansatz ist. Es wird aber auch deutlich, daß er unbedingt ernst zu nehmen ist und bei der Beschäftigung mit *Fragen des Eigentums* und *des Geldes* nicht ignoriert werden kann. Dies gilt insbesondere auch für aktuelle wirtschaftspolitische Debatten, z. B. über *Privatisierung* und *öffentliches Eigentum* oder über *Geld-, Zentralbank- und Zinspolitik*.

ULRICH BUSCH

**Christoph Henning:**  
**Philosophie nach Marx.**  
**100 Jahre Marxrezeption und die**  
**normative Sozialphilosophie**  
**der Gegenwart in der Kritik,**  
 transcript-Verlag Bielefeld 2005,  
 659 S. (39,80 €)

Der Kulturwissenschaftler Christoph Henning hat mit seinem Buch einen theoretischen Rundumschlag vorgelegt, dessen Waffe das Breitschwert, nicht aber das Skalpell ist. Henning tritt an, in Form einer »Destruktion des Überlieferungsgeschehens« (S. 23) den Rezeptionsschutt wegzuarbeiten, der sich im Laufe von mehr als einem Jahrhundert in der marxistischen wie antimarxistischen Theoriegeschichte angesammelt und unser Verständnis von *der* Marxschen Theorie entscheidend geprägt hat. Den leitenden Gesichtspunkt, unter dem ein enormes Textmaterial ökonomischen, soziologischen, philosophischen und theologischen Denkens bearbeitet wird, liefert die These, die gesamte nach-marxsche Theoriegeschichte sei als Prozess des »Verlust[es] des Gegenstands Gesellschaft« (S. 29) zu begreifen. Was bei Marx noch originäres Objekt kritischer Theoriebildung gewesen sei, zerfalle in den verschiedenen Disziplinen »bürgerlichen«, aber auch bereits in der »orthodoxen« Richtung marxistischen Denkens in die Dichotomien von Subjekt versus Objekt, Technik versus Ethik, Arbeit versus Interaktion, Mensch-Mensch versus Mensch-Ding-Relationen usf. In den einzelnen Kapiteln, die eine kurze Aufarbeitung der Marxrezeption in den jeweiligen Fachgebieten enthalten und auch unabhängig voneinander lesbar sind, finden sich zugleich »systematische Kernpunkte«, die einen Zugang zum, wie es naiv-hermeneutisch heißt, »von Marx gemeinten Sinn« (S. 23) seiner Texte liefern sollen. Dessen Kritik der politischen Ökonomie wird als Ansatz begriffen, der empirische Erscheinungen der kapitalistischen Moderne durch theoretische Mittelglieder hindurch mit nichtempirischen Modellen zu erklären beansprucht (S. 335, 564). Weder dürften die Modelle empiristisch verkürzt als unmittelbare Beschreibungen empirischer Prozesse verstanden werden (so geschehen im tra-

ditionellen Marxismus (S. 37)), noch sei die nichtempirische Ebene ungestraft von ihrem Zusammenhang mit der erfahrbaren Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft zu trennen (wie es für die mannigfaltigen »Verphilosophierungsversuche« bis hin zum Hegelmarxismus (S. 569) diagnostiziert wird). Die Entfernung von der Wirklichkeit wird vor allem der normativen Sozialphilosophie der Gegenwart von Rawls und Habermas bis hin zur Wirtschaftsethik bescheinigt, der mit einem »therapeutischen Realismus« (S. 547) begegnet werden soll.

Dabei ist Henning zwar zuzustimmen, wenn er den normativistischen Modellkonstruktionen der Gegenwartsphilosophie wie den Prämissen der neoklassischen Ökonomie vorwirft, bereits mit der schnöden Alltagserfahrung in Konflikt zu geraten und zentrale empirische Probleme der globalisierten Menschheit schlicht zu ignorieren: »Wir hören von Elend und Krieg, spüren natürliche Triebe und müssen unsere Rechnungen bezahlen« (S. 546). Doch dieser Ansatz gerät nicht selten zu einer unbegründeten Substantialisierung des common sense und unserer »Intuitionen«, respektive der »harten Wirklichkeit« als Kriterium der Bewertung von Theorien und »Wegzeichen« (S. 547) zu einer sachhaltigen Analyse der Gegenwart. Von hierher speist sich wohl auch der grobschlächlige und hemdsärmelige Argumentationsstil des Autors, wenn es um die Bewertung der Überlegungen der Kritischen Theorie, die schlicht unter »Religion« abgekanzelt wird, oder des bundesdeutschen Marxismus der 1970er Jahre geht, »der aus den Marxschen Texten nicht mehr zur Welt kam« (S. 569). In der Charakterisierung des »Neomarxismus« wimmelt es zudem von sachlichen Fehlern, z. B. in der Bewertung der monetären Werttheorie, die Henning als Position (miss-)versteht, die einen logischen Primat des Geldes vor dem Wertbegriff vertrete und es derart als nicht weiter erklärbare Prämisse behandle (S. 171). Hier wird auch die »Wertformanalyse« von einem Teil des Marxschen »Kapital« kurzerhand zu »einem späten Ausläufer adornitischer Sozialphilosophie« (S. 170) und wird jemand wie Ernest Mandel zu einem Theoretiker (v)erklärt, der die Zentralität des Geldes für die Marxsche Werttheorie erkannt habe (S. 172). Jeder, der

sich ernsthaft mit der Rezeptionsgeschichte der Marxschen Geldtheorie befasst hat, kann über solche Thesen nur den Kopf schütteln. Ist doch Mandel derjenige, der in seiner »Marxistischen Wirtschaftstheorie« mit dem größten Aufwand versucht, die Engelsschen Mythen einer einfachen, geldlosen Warenproduktion mittels vermeintlicher empirischer »Beweise« zu retten. Bei näherer Betrachtung findet man eine ganze Reihe derart befremdlicher Thesen, vornehmlich zur neuen Marx-Lektüre in der Bundesrepublik. Geradezu verächtlich ist da von »Deduktionsmarxismus« (S. 332) die Rede, werden die unterschiedlichsten Theoretiker unter das Label »Hegelmarxismus« subsumiert (selbst solche, die, wie Klaus Holz, sich nichts Geringeres vornehmen, als Dialektik und Identitätsphilosophie grundlegend zu verabschieden!) (S. 563) oder nimmt es Henning nicht so genau mit den Aussagen seiner Lieblingsgegner, namentlich dem Marxologen Hans-Georg Backhaus (S. 171, Fußnote 115). Hennings spärliche Bemerkungen zur Methode der Marxschen Ökonomiekritik fußen dabei weitgehend auf den Ausführungen des analytischen Philosophen Ulrich Steinvorth (u.a. S. 335, 563). Mit dessen unzweifelhaft interessantem und elaboriertem Versuch einer einheitswissenschaftlichen Konzeption Marxscher Dialektik werden aber auch dessen Schwachpunkte schlicht reproduziert. Marx' Geldtheorie erscheint so als eine von pragmatischen »Regelzusammenhängen«, was ihre Differenz zu klassischen Ansätzen nicht mehr erkennbar werden lässt (S. 175). Das erste Kapitel des »Kapital« könne »überschlagen« werden, »ohne dem Buch einen Abbruch zu tun« (S. 146) und die Darstellungsweise sei lediglich »didaktisch sinnvoll[e]« Ordnung chaotischen Materials (S. 145). Wie dann, ohne einen Begriff von Wert und Wertform, noch Geld und Kapital zu begreifen sind, bleibt Hennings Geheimnis. Fragen, die bei einer Rezeption Steinvorths auftauchen, z.B. der, wie »unwirkliche« Widersprüche, für die er diejenigen von Gebrauchswert und Wert, Ware und Geld hält, in einer Krise plötzlich zu wirklichen werden können, weicht Henning schlicht aus. Sein »Zurück zu Marx« (S. 13), so treffend es viele tatsächliche Fehlinterpretationen aufdeckt (obwohl ihm hierin keinesfalls Originalität bescheinigt werden kann),

entpuppt sich so nicht selten als eine simulierte Orthodoxie, die mit einer Oberflächlichkeit und Selbstverständlichkeit methodologische Fragen übergeht, die einem den Atem verschlägt.

Ein weiteres Ärgernis hängt mit der Stärke des Buches zusammen: Dessen ungeheurer Materialreichtum geht bisweilen in einen wahrhaften Zitier- und Fußnotenwahn über (bis zu 30 Buchtitel zu einem Stichwort sind keine Seltenheit; das Literaturverzeichnis umfasst 88 (!) eng bedruckte Seiten), der etliche Werke meist ohne Seitenangaben als Belegstellen anführt, der Bücher angibt, die noch gar nicht veröffentlicht sind (So z. B. Krätke 2002) oder es auch sonst mit deren Erscheinungsjahr, z. B. Dieter Wolf 1980 (tatsächlich 1985) bzw. 2003 (tatsächlich 2002) oder den Namen von Autoren – Lucio Colletti wird zu Coletti (S. 41, 329, 585), Gert Schäfer zu Gerd Schäfer (S. 640) usw. – nicht so genau nimmt.

Dennoch kann dieses Buch sowohl für solvente Einsteiger in die Beschäftigung mit »dem« Marxismus als auch für solche, die sich mit den Geisteswissenschaften der Gegenwart herumschlagen wollen, von Nutzen sein. Bei einem Preis von fast 40 Euro und der Konzentration auf Rezeptionsgeschichte hätte aber ein Personenverzeichnis nicht schaden können.

INGO ELBE

**Matthias Steinbach (Hrsg.):  
Universitätserfahrung Ost.  
DDR-Hochschullehrer im  
Gespräch. Unter Mitarbeit  
von Michael Ploenus.  
Reihe manuskript – Archiv zur  
Bildungs- und Wissenschafts-  
geschichte, Bd. 1. Verlag Bussert  
& Stadeler Jena 2005, 332 S.  
( 24,90 €)**

Neun Emeriti, einstige DDR-Hochschullehrer verschiedener Disziplinen, werden zu ihrer Tätigkeit an der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) in Jena befragt. Das Augenmerk von Matthias Steinbach und Michael Ploenus gilt vorzugsweise den Geisteswissenschaftlern. Die

entstammen den Jahrgängen 1921 bis 1931. Die Autoren begründen die Konzentration auf das geistige Fach mit ihrer Kompetenz als Historiker. Der Chemiker Günther Drefahl (Jg. 1922), der ab 1962 der FSU mehrere Jahre als Rektor vorstand, bildet die Ausnahme von der Regel.

Fixpunkte aller Gespräche sind die Fragen zu den großen politischen Zäsuren in der DDR, die sich mit den Jahren 1953, 1961 und 1968 verbinden. Die diesbezüglichen Auskünfte ermöglichen es auch den Nachgeborenen, die graduellen Unterschiede in den subjektiven Wahrnehmungen zu erkennen. Allein am Beispiel des Arbeiteraufstands vom 17. Juni 1953 wird das Problematische der individuellen Erinnerung erkennbar: Der Sportwissenschaftler Prof. Willi Schröder (Jg. 1927) etwa will an diesem Tag auf dem Hallmarkt in Halle (Saale) Erna Dorn als Sprecherin erlebt haben, obwohl keine stichhaltigen Beweise existieren, dass die »Kommandeuse« (Stephan Hermlin) dort wirklich als Rednerin aufgetreten ist. Auch die Erinnerungen von Prof. Hans Richter (Jg. 1928), der den 17. Juni 1953 in Jena erlebte, zeugen m. E. von einer selektiven Wahrnehmung der Ereignisse. Bezogen auf das Arbeitsumfeld mag stimmen, was der Amerikanist Prof. Karl-Heinz Schönfelder (Jg. 1923) zu Protokoll gab, demzufolge der 17. Juni 1953 im Fachbereich Anglistik »überhaupt keinen Einfluss« hatte.

Günther Drefahl wird, was den Mauerbau vom 13. August 1961 betrifft, für das Gros seiner einstigen Professorenkollegen sprechen, wenn er beteuert: »Bis auf die profunden Marxisten und Parteifunktionäre empfand man die Mauer als eine Schande ...« Es wurde den meisten Jenaer Professoren schlagartig bewusst, dass die Grenzschießung sie von den internationalen Wissenschaftsforen (Vorträge, Konferenzen, Forschungsaufenthalte etc.) dauerhaft abschnitt. Allein der Kunsthistoriker Prof. Bernhard Wächter (Jg. 1924) betrachtete den Mauerbau – freilich aus privaten Erwägungen heraus – als »eine Art Erlösung«: »Denn mit einem Schlag war die untergründig doch immer noch lauernde Frage, wie machst du es nun richtig, beantwortet. Nun war sicher, dass man nicht mehr raus kam.« Prof. Wächter bekennt aber auch explizit, dass er es in der

DDR, so gegenüber dem MfS, an Zivilcourage habe fehlen lassen. Unter den Interviewten ist niemand ein Zuträger des MfS gewesen. Also beteuert auch keiner der Professoren, dass der »faustische Pakt« mit dem Mielke-Ministerium eine Art der Weltverbesserung hätte bedeuten können – so hatte der Jenaer Kunsthistoriker Prof. Friedrich Möbius in seiner Autobiographie von 2001 seine Kooperation mit der Stasi begründet.

Eher gelassen reagierten die meisten Befragten nach eigenen Angaben im Jahre 1976 auf die Ausbürgerung von Wolf Biermann. Der Kunsthistoriker Bernhard Wächter erinnert sich, dass das Ereignis in seiner Abteilung »keine allzu großen Wellen geschlagen« hat und ergänzt: »Ich weiß nicht einmal mehr, ob wir eine Erklärung gegen ihn unterschrieben haben.«

Anpassung an die gesellschaftlichen Gegebenheiten hin oder her, Unwägbarkeiten gab es für Lehrstuhlinhaber im Universitätsalltag zahllose. Und je unorthodoxer ein Hochschullehrer – gemessen an den parteipolitischen Vorgaben – auftrat, um so problematischer konnte seine Position sein. Aber wohl kaum ein Lehrender dürfte mit solchen Argusaugen (auch und vor allem denen des allgegenwärtigen MfS) beobachtet worden sein wie der Professor für praktische Theologie Klaus-Peter Hertzsch (Jg. 1930). Es blieb aber selbst für die DDR ein singuläres Phänomen, dass ihm und seinen Kollegen von der Sektion Theologie mit dem (in seinem Amt eher unglücklich wirkenden) Olof Klohr ein Professor für wissenschaftlichen Atheismus vor die Nase gesetzt wurde. Aber Klohr, so Hertzsch, sei ein jovialer Mensch gewesen und habe »hier (in Jena) eine geringere Rolle (gespielt) als in der westdeutschen Medien-Öffentlichkeit«. Prof. Hertzsch bestätigt auch, bei der Ausgestaltung der Lehre, von den allgemein gültigen Hochschulrahmenbedingungen abgesehen, autonom gewesen zu sein.

Dass es politisch akzentuierte Kampagnen nicht nur gegen Theologen, sondern auch gegen Wissenschaftler anderer Provenienz gab, zeigt der Fall des Pädagogikprofessors und SED-Mitglieds Rudolf Menzel (Jg. 1921), der 1962 Opfer einer Rufmordaktion wurde, als er in seiner Habilitationsschrift den Schulunterricht in der DDR kritisch befragte. Man be-

zichtigte ihn des Revisionismus, der Überheblichkeit und »bürgerlicher Allüren«. Menzel fühlte sich nach eigenem Bekunden wie ein Angeklagter in einem Inquisitionsverfahren. Der Vorwurf eines »bürgerlichen Standpunkts« war eine ideologische Keule, die in Jena gern geschwungen wurde. So gegen den Germanisten Prof. Joachim Müller, auf den sein Schüler und Kollege Hans Richter zu sprechen kommt. Auch der Slawist Gerhard Schaumann (Jg. 1927) wurde kurz nach dem Mauerbau gemäßregelt. Ein probates Mittel gegen Unbotmäßigkeit war das SED-Parteiverfahren. Weil Schaumann mit einigen Kollegen gegen das Mundtotmachen von Kritikern seine Stimme erhob, wurde ein Verfahren gegen ihn eingeleitet. Derartige Disziplinierungsmaßnahmen prägten künftiges Auftreten. Kritik wurde, wenn überhaupt artikuliert, meist weich verpackt, um nicht die eigene Position zu gefährden – ob direkt oder zwischen den Zeilen formuliert: Zum Helden oder Märtyrer fühlte sich niemand berufen.

Eins bedauern die Befragten unisono: Die kaum zu beziffernde, auf jeden Fall verlorene Zeit, die auch an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena zu DDR-Zeiten mit Zusammenkünften vertan wurde, die rein gar nichts mit universitärer Lehre und Forschung zu tun hatten.

In seinem die Vorzüge und Nachteile derartiger Befragungen klug abwägenden Vorwort nennt der Spiritus rector des Unternehmens, Matthias Steinbach, Geschichte als »Dialog zwischen Menschen und Zeiten«. Deshalb bilden für den Jenaer Historiker auch und vor allem »Zeitzeugenberichte in Form lebensgeschichtlicher Interviews« ein notwendiges Korrektiv zu den geglätteten Einseitigkeiten des offiziellen DDR-Schrifttums. Denn der Erkenntniswert der schriftlichen Hinterlassenschaften der »wirklichkeitsfremden Bürokratie« namens DDR, auch das deutet der Herausgeber an, ist für die historische Forschung oft erschreckend gering.

Der Band hätte gewonnen, wenn zu jedem Gesprächspartner ein Lebenslauf abgedruckt und eine Auswahl wichtiger Publikationen aufgeführt worden wäre. Im Abkürzungsverzeichnis fehlt die Erklärung für das von Rudolf Menzel auf Seite 71 verwendete Kürzel GVH.

Es ist fraglos, dass die von Steinbach und

Ploenus geführten Gespräche das Bild von der Lust und Last, die in der DDR mit einer Professur im Allgemeinen und an der FSU in Jena im Speziellen verbunden waren, schärft. Es wäre jetzt an der Zeit, auch die Naturwissenschaftler, die zu DDR-Zeiten in Jena tätig waren, zu befragen. Das Buch kann Vorbildfunktion für alle Hochschulen in Ostdeutschland haben, ihren einstigen Hochschullehrern ähnliche Fragen zu stellen – auch und gerade dann, wenn die zwischen 1949 und 1989 liegende Geschichte der Universitäten von Greifswald bis Dresden nach den Quellen aufgearbeitet und publiziert sein sollte. Nicht nur Akten, auch die subjektive Authentizität von Zeitzeugen ist von Bedeutung.

KAI AGTHE

Günther Glaser:

»...auf die andere Seite übergehen«. NVA-Angehörige in Krise und revolutionärem Umbruch der DDR. Studie mit Dokumenten (22. September – 17./18. November 1989), edition bodini Berlin 2005, 64 S., 10 Dokumente. (10,80 €)

Das Grundanliegen von Günther Glaser ist es, konkret historisch zu analysieren, welchen Stellenwert das Verhalten der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR für den friedlichen Verlauf der demokratischen Revolution im Herbst 1989 besaß. Er wendet sich damit einem in der Literatur umstrittenen Sachverhalt zu. Obwohl zu keiner Zeit versucht worden ist, die Bürger- und Oppositionsbewegung mit militärischer Gewalt niederzuschlagen, ist verschiedentlich zu lesen, dass dennoch das Vorhandensein einer derartigen Option nicht ausgeschlossen werden könnte. Die Bildung von Hundertschaften aus Armeeangehörigen zur Verstärkung der Polizei und Überlegungen Erich Honeckers, die immer stärker anschwellende Bürgerbewegung auf den Straßen Leipzigs durch militärisches Eingreifen zurückzudrängen sowie die am 10. November für militärische Formationen im Raum Berlin aus-

gelöste »Erhöhte Gefechtsbereitschaft«, die am 11. November wieder aufgehoben wurde, sprechen durchaus für die genannte Option. Wenn es dennoch – abgesehen von den Hundertschaften – zu keinem weiteren militärischen Einsatz kam, ist das auf eine Reihe miteinander verflochtener Geschehnisse und Umstände zurückzuführen, zu denen der Rezensent sich ausführlich geäußert hat. (Siehe Paul Heider: Nationale Volksarmee – Ultima ratio zum Erhalt der SED-Herrschaft?, in: Stefan Bollinger (Hrsg.), Das letzte Jahr der DDR, S. 100-123).

Zu den dort genannten Umständen zählt u. a., dass ein Einsatzbefehl für die NVA wegen des inneren Zustandes der Truppe im Kontext mit den anderen Faktoren mit einer Reihe von Unwägbarkeiten verbunden gewesen wäre. Dieser Befund wird von Glaser im Ergebnis weiterer Untersuchungen und beigebrachter, bislang kaum bekannter Fakten und auch durch die Dokumentenanlagen zu seiner Studie erhärtet. In dem von ihm behandelten Zeitabschnitt bot die NVA kein einheitliches Erscheinungsbild mehr und stand nicht mehr geschlossen hinter der Partei- und Armeeführung um Honecker und Heinz Kessler. Unter der Regierung von Hans Modrow und dem neuen Verteidigungsminister Theodor Hoffmann bewies die NVA Loyalität, die allerdings auf allen Ebenen mit Erwartungen für eine tiefgreifende strukturelle Umgestaltung verbunden war, denen durch reformorientierte basisdemokratische Bewegungen an wissenschaftlichen Einrichtungen und in der Truppe selbst gehörig Nachdruck verliehen worden ist. In diesem von Glaser nachgezeichneten Prozess gerieten die konservativ orientierten Führungskräfte der Armee, die auf den verschiedenen Führungsebenen bereit waren, die alte überlebte Ordnung zu verteidigen, in die Isolierung. Die in einem widersprüchlichen Wandlungsprozess befindliche Armee verhielt sich auch den Bürgerbewegungen gegenüber kooperativ, noch vor der Bildung des »Runden Tisches« beim Verteidigungsminister kam es verschiedentlich zur Zusammenarbeit mit diesen. Ein neues Verhältnis zwischen Armee und Gesellschaft begann sich herauszubilden, wie Glaser an Inhalt und Verlauf der bislang kaum beachteten Tagung der Volkskammer der DDR am 17./18. November 1989 nachweist. Mit der

Regierungserklärung Modrows wurde u. a. die Außen- und Sicherheitspolitik parlamentarischer Kontrolle unterstellt sowie ein neues Wehrgesetz und ein Zivildienst angekündigt. Der zu den reformbereiten Kräften zählende Vorsitzende der SED-Fraktion, Wolfgang Herger, verkündete die Trennung der SED vom Staat, was nicht zuletzt auch die Streitkräfte betraf. Die am 11. November 1989 erfolgte Auflösung der Hundertschaften ist ein signifikantes Merkmal der inzwischen eingetretenen Wandlungen. Alles in allem ist Günther Glaser zuzustimmen, dass die NVA sich nicht nur passiv zur friedlichen Revolution verhielt, wie mitunter angenommen wird, sondern dass »NVA-Angehörige einen aktiven Beitrag zur Erhaltung des Friedens im Innern der DDR« geleistet haben (S. 32).

Weitere Überlegungen sind erforderlich, um die Haltung der Armee als Ganzes zu beurteilen, wobei die durch die Militärreform vollzogenen gravierenden Einschnitte ebenso zu berücksichtigen sind wie das kooperative Verhalten von maßgeblichen Führungskräften der NVA gegenüber Vertretern der Bundeswehr auf dem Weg in die deutsche Einheit.

PAUL HEIDER

Mike Davis:  
Die Geburt der Dritten Welt.  
Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter, Association A  
Berlin/Hamburg/Göttingen 2005,  
460 S. (20 €)

Das in der englischsprachigen Welt viel beachtete und mit dem »World History Association Book Award« im Jahr 2002 ausgezeichnete Buch liegt nunmehr dankenswerterweise in deutscher Übersetzung vor. Es konzentriert sich auf die Frage, warum es so einen gravierenden Entwicklungsunterschied der »Ersten« (welche Selbstüberheblichkeit spricht allein aus dieser Katalogisierung!) zur »Dritten« Welt gibt. Dabei stehen die Interaktionen zwischen Weltklima und Weltökonomie im imperialistischen Zeitalter, die in einer einzigartigen »Politischen Ökologie« des Hungers

gemündet habe, im Mittelpunkt der Darstellung der »Geburt der Dritten Welt«.

Der US-amerikanische linke Historiker Mike Davis hat ein Buch von wahrhaft graviegender Bedeutung geschrieben, zum einen hinsichtlich der Fülle des gesichteten und ausgewerteten Materials, zum anderen wegen der Einbindung ökologischer und naturwissenschaftlicher Prozesse in die Geschichte und zum weiteren wegen des welthistorischen Anspruchs der Arbeit. Mike Davis geht davon aus, daß gegen Ende des 19. Jahrhunderts verschiedene Dürren ungeheuren Ausmaßes die Ernährungsgrundlagen in denjenigen Teilen der Welt, die heute »Dritte Welt« genannt werden, zerstörten.

Zwischen 1876 und 1879 sowie zwischen 1896 und 1900, so arbeitet der Autor heraus, starben in den im allgemeinen als klimabedingt definierten Hungerkatastrophen und nachfolgenden Epidemien in Äthiopien, Indien, China und Brasilien zwischen dreißig und sechzig Millionen Menschen. Zwischen 1889 bis 1891 kam es in Indien, Korea, Brasilien und Rußland infolge von Trockenheit zu Hungersnöten. In Äthiopien und im Sudan starb vermutlich ein Drittel der Bevölkerung an Hunger. In den Tropen und in Übersee blieb im Zeitraum von 1896 bis 1902 immer wieder der Monsun aus. Verheerende Malaria-, Pest-, Ruhr-, Pocken- und Choleraepidemien rafften Millionen von hungergeschwächten Menschen dahin. Als unmittelbarer Auslöser dieser wenig beachteten, aber ungeheuerlichen Massenvernichtung wurden in der Wissenschaft bislang Wetterphänomene, wie gegenwärtig wieder El Niño, verantwortlich gemacht. Doch die Natur ist allein selten so tödlich. Die ersten globalen Hunger- und Umweltkatastrophen fielen zusammen mit dem Prozeß der europäischen Kolonialeroberung in der sogenannten Dritten Welt.

Wenn man nach einer Schwäche des Buches sucht, dann findet man diese in der Darstellung der Rolle und der konkreten Auswirkungen des Kolonialismus auf die in der »Dritten Welt« lebenden Völker. So wurde verschiedentlich aus der Sicht der europäischen Kolonialhistoriographie das hier geschilderte Phänomen aufgegriffen, ohne freilich den globalen Zusammenhang, wie ihn Mike Davis darstellt, hervorzuheben. Deutlich macht der Autor je-

doch, daß der Kolonialismus die indigenen Strukturen zerstört hat und das nicht erst in der Phase der direkten Kolonialherrschaft von 1884/85 bis 1918/19. Richtig betont der Verfasser: »Wir haben es ... nicht mit »Hungerländern« zu tun, die im Brackwasser der Weltgeschichte ins Abseits geraten sind, sondern es geht um das Los der Menschheit in den Tropen, das sich just zu einem Zeitpunkt (1870-1914) änderte, als deren Arbeitskraft und Produkte zwangsweise in die Dynamik der von London gesteuerten Weltwirtschaft integriert wurden. Millionen starben nicht außerhalb des »modernen Weltsystems«, sondern im Zuge des Prozesses, der sie zwang, sich den ökonomischen und politischen Strukturen anzupassen« (S. 18).

Das Buch ist nach einem Vorwort sowie einem Kapitel, in dem Davis die Grundlagen seiner Ausführungen legt, in dem er Definitionen für verschiedene Schlüsselbegriffe anbietet, wie El Niño, Dürre oder Hunger, sodann in vier Komplexe gegliedert und nochmals in insgesamt zwölf Kapitel unterteilt. Trotz dieser Einteilungen, die zum Teil auch regionalen Koordinaten geschuldet sind, wird in der Arbeit doch häufig zwischen den Kontinenten »gesprungen«. Eine stärkere Einbettung der regionalen und zuweilen auch der thematischen Forschungsthemen in den einzelnen Kapiteln hätte der Übersichtlichkeit des Dargebotenen sicherlich nicht zum Nachteil gereicht. So gehört schon ein Großteil spezieller Kenntnisse der Weltgeschichte dazu, den Ausführungen des Autors zu folgen. Zumal er nur in den Endnoten lediglich auf Ökologie-relevante Spezialliteratur verweist und kaum Überblicksliteratur zu den behandelten Themen in den überseeischen Regionen anbietet. Hinzu kommt, daß dem Buch keine Bibliographie beigelegt ist, was seiner Nutzung nicht gerade förderlich ist.

Insgesamt gesehen handelt es sich jedoch um eine historiographische Meisterleistung, die auf neue Zusammenhänge in der Weltgeschichte hinweist und diese eindrucksvoll und im wesentlichen nachvollziehbar begründet. Das Buch sei vor allem denjenigen empfohlen, die sich mit der globalen Ökologiegeschichte beschäftigen und über historische Hintergründe der gegenwärtigen großen Naturkatastrophen und deren Folgen informiert sein wollen.

ULRICH VAN DER HEYDEN

**Wirtschafts- und Sozialwissen-  
schaftliches Institut (Hrsg.),  
WSI Tarifhandbuch 2006,  
Bund-Verlag Frankfurt a. M. 2006,  
299 S. (17,90 €)**

Selbst der Tarifabschluss der IG Metall im April 2006, der von vielen Gewerkschaftern als Erfolg angesehen wurde, beinhaltet eine Öffnung bei den Einmalzahlungen, die ein Abweichen auf betrieblicher Ebene ermöglichte. Das »Tarifhandbuch 2006« des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI), das der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung zugeordnet ist, hat die Tarifabschlüsse der letzten Monate untersucht. Das Resultat: Die Tariflandschaft und die Tarifverträge unterliegen einem starken Wandel. Die Tarifbindung geht seit Mitte der neunziger Jahre zurück. Es gibt keine wichtige Branche, für die nicht in den vergangenen Jahren substanzielle Öffnungsklauseln vereinbart worden sind.

Ein Blick in die Tarifverträge der verschiedenen Branchen zeigt, wie weit die Eingriffe in die Tarifverträge gehen. Löhne, Urlaubs- und Weihnachtsgeld können betrieblich gesenkt werden. In der Chemieindustrie gibt es niedrigere Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose. Eine Härtefallklausel in der Metallindustrie sieht vor, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf 30 Stunden zu verkürzen, wenn der Unternehmer dies will. Eine Klausel im Einzelhandel in Ostdeutschland sieht geringere Gehälter in kleineren und mittleren Firmen vor.

Die Tarifverträge in der Metallindustrie weisen ein hohes Maß an differenzierten und flexiblen Regelungen auf, betont der Tarifexperte des WSI-Instituts, Reinhard Bispinck. Tarifstandards der Branchen können in vielfältiger Weise an die »betrieblichen Bedingungen« angepasst werden. Davon wird in der Praxis auch reger Gebrauch gemacht. Die Metalltarife bieten nahezu jedes erdenkliche Maß an Arbeitszeitflexibilität. Regelungen zur Arbeitszeit wurden im Rahmen der Arbeitszeitflexibilisierung seit Mitte der achtziger Jahre vereinbart. Dazu zählen Möglichkeiten zur Arbeitszeitverlängerung, zu Arbeitszeitkonten

oder zu Arbeitszeitkorridoren. Seit Mitte der 90er Jahre werden zunehmend tarifliche Möglichkeiten zur befristeten Absenkung der Arbeitszeit vereinbart, die dem Ziel der Arbeitsplatzsicherung dienen sollen. Seit dieser Zeit ist auch zunehmend der Regelungsbereich von Lohn und Gehalt betroffen. Dabei geht es um das befristete Aussetzen vereinbarter Tarifierhöhungen, Einstiegstarife für Arbeitslose oder um die Absenkung tariflicher Grundvergütungen. Auch die leistungsbezogene Vergütung spielt eine Rolle bei Tarifverhandlungen.

Betriebsräte versprechen sich jedoch von dieser Verbetrieblichung der Tarifpolitik keine Fortschritte. Für diese Arbeitnehmervertreter ist die Verbindlichkeit von Tarifverträgen von hoher Bedeutung. Von einer zunehmenden Flexibilisierung tariflicher Regeln auf betrieblicher Ebene profitieren nach Meinung der Interessenvertreter nicht die Beschäftigten, sondern die Unternehmen – so das Ergebnis einer WSI-Befragung von Betriebsräten.

»Das System einheitlicher Flächentarifverträge, das mit verbindlichen und unabdingbaren Tarifstandards branchenbezogen die Arbeits- und Einkommensbedingungen aller Beschäftigten regelt, gehört offenkundig der Vergangenheit an«, betont WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck. »Es wurde inzwischen abgelöst von einer bunt gescheckten Tariflandschaft. Diese weist ein breites Spektrum tarifvertraglicher Regelungsmuster und unterschiedliche Verbindlichkeitsgrade der Tarifbestimmungen auf.«

Damit das Tarifsystem nicht weiter zerfällt, sollen nach Beobachtung des WSI Branchentarifverträge systematischer als bislang betrieblich verankert und umgesetzt werden. Insofern gewinnt eine neu definierte »betriebsnahe Tarifpolitik« an Bedeutung. Der Gesetzgeber müsse nach Auffassung von Bispinck eine Re-Stabilisierung des Tarifsystems flankieren. Unterstützende Maßnahmen sind in vielen europäischen Nachbarländern üblich. Dazu gehören für Bispinck ein erleichtertes Verfahren der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen auch gegen den Willen der Unternehmer, eine Ausweitung des Arbeitnehmerentendegesetzes auf alle Branchen und ein gesetzlicher Mindestlohn.

MARCUS SCHWARZBACH

Bernd Hüttner, Gottfried Oy,  
Norbert Schepers (Hg.):  
Vorwärts und viel vergessen.  
Beiträge zur Geschichte  
und Geschichtsschreibung  
neuer sozialer Bewegungen,  
AG SPAK Bücher Neu-Ulm 2005,  
176 S. (11 €)

Der im vergangenen Jahr erschienene Sammelband liefert Einblicke in Debatten, die derzeit zur Geschichte der bundesdeutschen neuen sozialen Bewegungen der letzten dreißig Jahre im sympathisierenden akademischen Milieu stattfinden. Vertreten sind verschiedene Ansätze (Selbst)reflexion über autonome, feministische, »globalisierungskritische«, diskurspolitische und weitere »Bewegungsfelder«. Schon der erste Beitrag des Bandes betont, dass solche Vielfältigkeit auch Konflikte einschließt: Imma Harms arbeitet in ihrer gegen »die Vitrinisierung der eigenen Vergangenheit« gerichteten Polemik heraus, dass die Interpretation von Protestereignissen, auch und gerade wenn sie durch an ihnen einst Beteiligte vorgenommen wird, als umstritten und umkämpft zu gelten hat. Es geht ihr um die Würdigung der oppositionellen Impulse in »einer Welt, in der die Fremdheit täglich über uns zusammenschlägt« (S. 26). Die Konjunktur, die die Erinnerung an bestimmte Segmente von Bewegungs-Politik erlebt, wie etwa die Debatte über die Rolle von Joschka Fischer in der Neuen Linken gezeigt hat, haben diese »Fremdheit« eher befestigt, zumal sie von individuellen Strategien der Verdrängung und des »Zusammenbruchs von Überzeugung« bei den Generationen ehemaliger Aktivistinnen und Aktivisten bestätigt wird. Harms Forderung, »bewusst einen subjektiven Standpunkt einzunehmen und den Widerspruch zu suchen« (S. 25) bleibt allerdings (noch?) deklamatorisch. Dies fällt auch auf, weil die beiden auf ihren Beitrag folgenden Texte sich wesentlich auf die vorhandenen Reste einer emanzipatorischen Forschung an den Universitäten beziehen und beschränken: Während Sebastian Haunss im Streit zwischen einem Verständnis neuer sozialer Bewegungen als mechanisches Nutzen der von den Institutionen nicht ver-

dauten gesellschaftlichen Konflikte oder als »antagonistische Akteure in historischen Umbruchsituationen« (S. 37) eher dem Letzteren zuneigt, setzt Dirk Lange auf das Konzept einer »Politisierung« der »Alltagsgeschichte« in der Erforschung der »vergessenen« Elemente der neuen sozialen Bewegungen. In beiden Texten geht es um die Revitalisierung von Forschungsansätzen, deren Konjunktur seit etlichen Jahren schwächelt: Während Haunss die kritischen Aspekte der (überwiegend soziologischen) Bewegungsforschung seit Tilly und Touraine betont, plädiert Lange für das »Grabe, wo du stehst« der Oral-History der 1980er Jahre, und schlägt vor allem vor, diese Wühlarbeit zu entindividualisieren und nach dem von Alf Lüdtke propagierten »Eigensinn« zu befragen.

An diese Vorschläge schließt der zweite Teil des Buches an, der sich mit einzelnen »Bewegungsgeschichten« befasst: Hier stellen zunächst Ilse Lenz und Brigitte Schneider ein Projekt zur Analyse der Neuen Frauenbewegung im internationalen Maßstab und speziell in der Bundesrepublik. Ausgangspunkt ist hier die quantitative Ermittlung von »Protestereignissen« auf der Grundlage von »Presseberichten« (S. 57). Erklärungsbedürftig ist zunächst der Umstand, dass die Zahl der »Protestereignisse« nach 1989 angestiegen ist, in einer Phase, in der nach Lenz/Schneider die westdeutsche neue Frauenbewegung wichtige »Meilensteine« ihrer »institutionellen Integration« (S. 63 ff.) schon hinter sich gebracht hatte. Doch die Ambivalenz zwischen »Protestdaten« und »Erfolgsgeschichte« bleibt ungeklärt, da sich die Autorinnen weitgehend auf die Darstellung der »Erfolge« der feministischen Bewegung konzentrieren. Angesichts dessen, dass fast alle anderen Artikel das Thema Geschlechterverhältnisse ausblenden, ist es schade, dass eine Diskussion der fortwährenden Geschlechterhierarchien lediglich thematisiert wird, indem bestimmte Forderungen (ein »allgemeines Diskriminierungsgesetz, generelle berufliche Gleichstellung, allgemeine Kinderbetreuung, Freigabe der Abtreibung«) als »nicht durchsetzbar« charakterisiert werden.

Einen anderen Begriff der Offenheit sozialer Konflikte vermittelt die Darstellung zweier »exemplarischer« migrantischer Kämpfe durch Serhat Karakayali. In seinem Text findet sich

auch eine sehr instruktive »dichte Beschreibung« der Mietstreiks/des Häuserkampfes in Frankfurt am Main (S. 122 ff.) und des Streiks bei Ford in Köln-Niehl (S. 128 ff.) in der ersten Hälfte der 1970er Jahre. Überzeugend wird am Ende des Textes dargelegt, dass die Rezeption dieser Kämpfe einen »Antirassismus möglich mach(t), (der...) die rassistische Überdeterminierung von Ausbeutungsverhältnissen thematisiert« (S. 131). Zugleich steht der Text auch für einen geschichtspolitischen Ansatz: für die Gruppe *kanak attak* war und ist die Thematisierung des »strukturellen Rassismus« ein Anliegen, das nicht auf die gerade in der deutschen, linken Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren immer bedeutender werdende These von der »Liberalisierung« und »Zivilisierung« der Bundesrepublik, sondern auf die prinzipielle Uneingelöstheit der Ziele der sozialen Kämpfe verweist.

Sehr lesenswert sind in diesem Teil des Buches auch die beiden Artikel von Gottfried Oy: sowohl die brillante Analyse des Diskurses um die RAF-Ausstellung als auch der kurze Abriss der »Medienpolitik« der Bewegungen sind durch die Frage nach einer Innovation der Interventionen linker Politik in die und innerhalb der allgemeinen bürgerlichen Öffentlichkeit geprägt. Die beiden Artikel werden durch einen weiteren diskurspolitischen Text ergänzt: Thomas Kunz schildert das virtuelle Gespräch zwischen »der inneren Sicherheit und ihren Kritikern«, wobei er Letzteren vor allem die immanente Ausgrenzung der Frage vorhält, die in der Bezugnahme auf die Bedrohung der »staatsbürgerlichen Rechte« liegt. Abgerundet wird dieser Abschnitt schließlich durch zwei Beispiele aus der »autonomen« Geschichtspolitik: Die »AG Grauwacke« schildert, wie ihr Buch »Autonome in Bewegung« den Geschichtsdiskurs der »Postautonomen« zugleich aufgenommen, absorbiert und gefördert hat, und Rainer Wendling schildert das Programm des Verlages Assoziation A, der das zurzeit durch die »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften« (!) indizierte Buch der »Grauwacke« herausgegeben hat.

Am Ende des Buches schließlich steht ein eher blasser Artikel von Stefan Griegat, der in seiner Kritik an der letzten, bundesdeutschen Antikriegsbewegung vor allem mangelnde Einsicht in die Ambivalenz sozialer Bewegun-

gen beweist, die doch zugleich das wichtigste Rüstzeug für eine kritische Befassung wäre, neben einem sehr lebendigen Artikel von Bernd Hüttner über den Alltag und die Konflikte in und um das »Bewegungsarchiv«, in dem er seit Anfang 2000 ehrenamtlich tätig ist.

Insgesamt zeigt das Buch sowohl die Vielfalt als auch die Lücken der derzeitigen bundesdeutschen »Bewegungsgeschichte«. Vor dem Hintergrund dieser Vielfalt wäre es, in einem nächsten Schritt, vielleicht interessant, nach Verbindungen zwischen Diskursen und Diskurspolitiken, zwischen Alltag und Alltagsforschung und schließlich auch zwischen »alten« und »neuen« sozialen Bewegungen zu suchen. Es ist wiederum Bernd Hüttner zu verdanken, dass diese Perspektive am Ende des Buches eröffnet wird. In seinem Vorwort zu einem Artikel Sergio Bolognas konstatiert er, dass »Rezepte und Instrumente der 1980er Jahre, egal ob sie nun ›sozialgeschichtlich‹ oder ›postmodern‹ geprägt sind, (...) nicht ausreichen, um die aktuelle gesellschaftliche Konfliktualität (...) zu untersuchen.« (S. 161) Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die »Acht Thesen zu einer militanten Geschichtsschreibung«, die Sergio Bologna 1977, im Jahr der Niederlage der operaistisch geprägten Militanz in Italien, verfasst hat und die am Ende des Buches abgedruckt sind, immer noch unbeantwortete Fragen enthalten. Zu diesen gehört auch die des Zusammenhangs zwischen »militanten Historikern« und dem, was Marx als »wirkliche Bewegung« bezeichnet hat: Nicht zuletzt die Entwicklung der Protestbewegungen selbst bestimmt die Möglichkeiten ihrer Historikerinnen und Historiker.

PETER BIRKE

WERNER SCHMIDT  
 Peter Weiss – An Intellectual  
 in a Divided World

This is an article in remembrance of the writer, painter and film producer, Peter Weiss, who was born 90 years ago, November 8, 1916, in Nowawes (today Potsdam-Babelsberg). In 1939, Weiss, fleeing German fascism, went to Sweden and remained there until his death in 1982. The author looks back especially upon Weiss' rich and world-acclaimed literary production and mirrors the close relationship between his works, on the one hand, and his political engagement against fascism, war and in favor of socialism, on the other, which, at times, encountered opposition.

ERHARD CROME  
 After the Elections is Before the Elections

The author discusses the Left Party/PDS' September 17 election results in Berlin (13.4%) and in Mecklenburg-West Pomerania (16.8%) – the two states, where the party had been participating in governing coalitions. His observations are in connection with the formation of a new Left Party, planned for early summer 2007 by the leaders of the Left Party/PDS and the Election Alternative Work and Social Justice (WASG). He describes new challenges, while pleading for a triangle of a) the ability to develop alternatives in daily policies, b) the cultivation of close relations with the social, ecological, feminist, and peace movements and c) the readiness to present new concepts of socialism.

WOLFRAM ADOLPHI  
 Cadre Party. Outline of an HKWM-Entry

The newest volume (vol. 7 – letter »K«) of the »Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus« (HKWM – Historical-critical Dictionary of Marxism) is scheduled for publication by the Argument Publishing House at the end of 2007. The author presents his outline of the entry »Kaderpartei« (Cadre Party) to this volume discussing the views and politics of Marx and Engels, Lenin, Rosa Luxemburg, Stalin, Gramsci, Dimitroff, Mao Zedong, looking into the critical debate by Serge, Djilas, Abendroth, Dutschke, among others, as well as into the party theory by Michels (1909), Lenk and Neumann (1968) among others and debating new approaches to party organization.

JÖRN SCHÜTRUMPF  
 Rosa Luxemburg, the Bolsheviks  
 and »Certain Questions«

The author recalls Rosa Luxemburg's assassination by reactionary soldiers on January 15, 1919 and the subsequent assassination of her thoughts and scientific works, along with the persecution of her defenders, such as Paul Levi, by Stalin and his German apologists. He pleads for today's Left to take a vivid approach to her life and work. Paul Levi raised »certain questions«

to Clara Zetkin about Rosa Luxemburg's heritage. According to the author, one of the decisive questions concerned the relationship between socialism and democracy.

CAREN LAY

## Farewell to the »Breadwinner Model«

### The New Left's Family, Social and Labor Politics

While defending the welfare state against neo-liberal strategies, at times, the Left Party/PDS, the author states, attempts to defend old concepts inscribed into German social law, that are also incompatible with modern socialist ideas. The »Breadwinner Model« is one of these old welfare state concepts, that must be discarded. It is based on the traditional partition of the labor force along lines of gender and must be regarded as part of a growing »welfare orientation«, that includes elements of patriarchal authority and constraint. The author develops six fields for a new, alternative approach.

CARSTEN HERZBERG

## Participatory Budget: a Left Transformation Project?

Analyzing the experience made with a participatory budget in two German communities, the author shows that such a budget does not necessarily become a left transformation project, but can also end up a very formal bureaucratic act. The author refers to the applied examples in the state capital, Potsdam and the Berlin district, Lichtenberg. The example of Lichtenberg, governed by the Left Party/PDS, the author says, can be considered as the most democratic participatory budget in Germany, but social questions and ideas, that lead to alternative solutions for the whole society, must still be included to a greater extent.

MARCUS HAWEL

## »Normalized« Foreign Policy

### Coming to Terms with the Past and Revival of a German »ius ad bellum«

In capitalist states, the logic of capital, the author says, demands a foreign policy, that necessarily includes a »ius ad bellum«: the right to go to war. But following World War II, the collective memory in Germany imposed, for a period of time, a critical appraisal of the German past, thus placing this »normal« right to go to war into question. Currently, Germany is »normalizing« its foreign policy – and also »normalizing« its right to go to war. To bring this under control, the author pleads, tactically, for a strengthening of the UN and European mechanisms, and, strategically, for a socialist, cosmopolitan utopia of a world of détente, where eternal peace is needed.

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

## Impressum

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,  
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,  
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,  
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,  
Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122

Internet: [www.utopiekreativ.de](http://www.utopiekreativ.de)

E-Mail: [utopiekreativ@rosalux.de](mailto:utopiekreativ@rosalux.de)

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €